

Dieses Landtagswahlprogramm wurde auf der
50. Landesversammlung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
am 1. und 2. März 2019 in Chemnitz beschlossen.

Herausgeber*in:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 494 01 08

Telefax: 0351 / 496 19 75

E-Mail: info@gruene-sachsen.de

Internet: www.grüne-sachsen.de

V.i.S.d.P.:

Magdalena Elkmann

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Wettiner Platz 10

01067 Dresden

Titelgestaltung, Layout:

Wigwam eG

Druck und Satz:

Cartell - Werbeagentur und Verlag GmbH

**PROGRAMM ZUR
LANDTAGSWAHL 2019 IN SACHSEN**

Inhalt **INHALTSVERZEICHNIS**

PRÄAMBEL 11

1. UNSERE LEBENSGRUNDLAGEN BEWAHREN 15

1.1 Natur und Umwelt bewahren 15

Für die ganze biologische Vielfalt 15

Flächenfraß stoppen 18

Wir pflanzen und schützen Bäume 20

Lebenselixier Wasser 22

Luft rein halten, Lärm und Lichtverschmutzung reduzieren 25

Müll und Abfall: Vermeidung ist besser 27

1.2 Nachhaltige und soziale Landwirtschaft – konsequenter Tierschutz 28

Strukturen der Landwirtschaft erneuern 29

Landwirtschaft im Einklang mit der Natur 32

Für einen neuen Umgang mit Tieren in der Landwirtschaft 34

Tiere konsequent schützen 36

1.3 Konsequenter Klimaschutz ist notwendig 39

Neue Energie für Sachsen – Energiewende umsetzen 40

Wir stehen zur Nutzung der Windenergie 42

Beteiligung ermöglichen – Chancen nutzen – Akzeptanz schaffen 43

Bremserrolle Sachsens im Bund beenden 44

Der Kohleausstieg ist Realität – höchste Zeit zum Handeln 46

Kommunaler Kohleausstieg – Divestment – Energiewende im Wärmebereich 47

Netzausbau und Speicherstrategie 49

Energieverbrauch und Kosten senken – energetisches Existenzminimum sichern 51

Energie sparen, Energieeffizienz erhöhen 52

Sachsen braucht ein Klimaschutzgesetz 53

Inhalt

1.4	Mobilität für alle	54
	Mit der Mobilitätsgarantie grün mobil im ganzen Land	55
	Bahnhöfe zu Mobilitätsstationen entwickeln	57
	Nah – Mobil. Zu Fuß und mit dem Rad	58
	Güter von der Straße auf die Schiene bringen	60
1.5	Wirtschaft und Arbeit – Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit zusammen denken	62
	Nachhaltigkeitsziele setzen	63
	Tourismusland Sachsen	66
	Das Handwerk als Partner für nachhaltige Entwicklung	66
	Mut zur Existenzgründung machen, Gründer*innen unterstützen	67
	Fair und nachhaltig wirtschaften	69
	Gute Arbeit in Sachsen	70
	Digitalisierung als Herausforderung annehmen	72

2. DAS MENSCHLICHE SACHSEN GESTALTEN **74**

2.1	Ein Sachsen, das allen gerecht wird	74
	Für ein generationengerechtes Sachsen	75
	Gleiche Chancen für Frauen	77
	Jedes Geschlecht verdient Anerkennung und Sicherheit	79
	Umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung	80
	Integration gemeinsam gestalten	82
	Minderheiten fördern und schützen	85
2.2	Unser Plan für ein soziales Sachsen	87
	Armut bekämpfen	87
	Zukunftsplattform soziale Innovation	88
	Eine Gesundheitsversorgung, auf die wir uns verlassen können	89
	Bessere Rahmenbedingungen für Beschäftigte im Gesundheitswesen	92
	Für eine Drogenpolitik mit Menschlichkeit und Augenmaß	92

Ideen für eine moderne Pflege	94
Verbraucher*innen besser schützen	95
Sport verlässlich und nachhaltig fördern	96
Gutes Wohnen für alle	98
2.3 Gute Bildung für alle	101
Gerechte Bildung von Anfang an	101
Nachwuchs fördern und faire Arbeitsbedingungen schaffen	103
Weichen stellen für das Lernen von morgen	104
Selbstständigkeit und Mitbestimmung in der Bildung stärken	106
Berufliche Bildung und Weiterbildung für eine sich ändernde Arbeitswelt	108
2.4 Für starke Hochschulen und exzellente Wissenschaft	110
Mehr Gestaltungsspielräume für Hochschulen	110
Offene, soziale und vielfältige Hochschulen	111
Wissenschaft als Beruf	112
Innovation mit Verantwortung	114

2.5 Kultur (er)leben	117
Kultur für alle	117
Perspektiven für Kultur eröffnen	119
Kulturelle Institutionen stärken	120
Erbe und Erinnerung pflegen	121
Vielfalt und Qualität in den Medien sichern	123

3. DER STAAT IST FÜR DIE MENSCHEN DA **125**

3.1 Aufbruch für mehr Demokratie und Transparenz	127
Bessere Bürger*innenbeteiligung und mehr Entscheidungsrechte für die Menschen	127
Wahlalter absenken und politische Bildung stärken	129
Transparenter Staat statt gläserner Bürger	130
Sachsen braucht ein Transparenzgesetz	131
Die Zukunft der Verwaltung ist digital	132

3.2	Für starke und transparent arbeitende Parlamente	134
	Für die Stärkung des Landtags und der Kommunalvertretungen	134
	Zahlen sind Macht – mehr Transparenz im sächsischen Haushalt	135
	Für einen fairen kommunalen Finanzausgleich	136
	Sicherheit im Dienst der Freiheit – unsere Bürger*innenrechte	137
	Freistaat statt Schnüffelstaat	138
	Stark ist der Staat, der die Grundrechte schützt	140
	Für eine bürger*innennahe und gut ausgebildete Polizei	144
	Klare Kante gegen Rechtsextremismus	146
	Eine leistungsfähige Justiz für einen funktionierenden Rechtsstaat	147
	Wir stärken die, die uns retten	149
3.3	Die bestmögliche Verwaltung für einen gut funktionierenden Freistaat	152
	Sachsens Verwaltung braucht ein Personalkonzept	152
	Bessere Repräsentation von Ostdeutschen in der Landesverwaltung	153

3.4	Ein weltoffenes Sachsen in Europa	154
	Sachsens Beitrag zu mehr Demokratie in einem geeinten Europa	154
	Sachsen braucht gute Nachbarschaft	156
	EU-Förderung ab 2021 nachhaltig vor Ort einsetzen	157
	Ein weltoffenes Sachsen übernimmt globale Verantwortung	159

STICHWORTREGISTER 161

PRÄAMBEL

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

bei der Landtagswahl am 1. September 2019 liegt die Zukunft Sachsens in Ihrer Hand. Sie entscheiden, ob wir gemeinsam das Miteinander in unserem Land wieder stärken können. Ob Freiheit, Gerechtigkeit und Vernunft der Antrieb politischen Handelns für eine lebenswerte Zukunft sind und ob wir uns zusammen Ausgrenzung und Spaltung kraftvoll entgegenstellen. Ob Mut und der zuversichtliche Blick nach vorn es uns ermöglichen, auch große Herausforderungen entschieden anzugehen.

Wir GRÜNE wollen gemeinsam mit Ihnen einen neuen Aufbruch für Sachsen wagen – einen Aufbruch in eine neue politische Kultur, die ermöglicht statt abwiegelt, die Mut macht anzupacken, anstatt Angst zu verbreiten, die Sachsen und Europa eint, statt spaltet. Wir GRÜNE streiten mit vielen anderen für eine vielfältige Gesellschaft und die zentralen Werte unserer Demokratie – mit einer klaren Haltung und breitem Rückgrat. Wir stehen zusammen für ein erneuertes Sachsen. Ein Sachsen mit dem Mut, dem Willen und der Kraft zur Veränderung.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Grüne Inhalte sind quer durch die Gesellschaft vielen Menschen ein wichtiges Anliegen. Ob Atomausstieg, Artenschutz, längeres gemeinsames Lernen oder Eheöffnung – bei vielen grünen Themen können wir auf Mehrheiten bauen – auch in Sachsen. Immer mehr Menschen trauen uns größere Verantwortung zu. Sie sehen, was wir in Städten und Gemeinden bewirken können, was grüne Dezernent*innen Wichtiges umsetzen, was unsere Vertreter*innen im Landtag, in Kreistagen, in Stadt- und Gemeinderäten jeden Tag leisten. Sie sehen, dass wir GRÜNE auch große politische Herausforderungen entschieden angehen und mit unserer Politik die Grundlage für ein lebenswertes Sachsen legen. **GRÜN wählen lohnt sich!**

Auf der anderen Seite müssen wir mit ansehen, dass leere Versprechungen, Machtkalkül und egoistische Ränkespiele anderer Parteien vielerorts zu Frust und Resignation führen. Die Bindungskräfte zwischen den Menschen, ganzen gesellschaftlichen Gruppen und den Parteien lösen sich auf – und damit der Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Es lohnt sich, wählen zu gehen und es lohnt sich, GRÜN zu wählen. Das zeigen wir Ihnen in diesem Programm.

Eine starke Gesellschaft braucht GRÜN!

Viele Menschen in Sachsen sind in ihrem Denken und Handeln schon einen entscheidenden Schritt weiter als die Landesregierung. Sie gründen Bürgerkraftwerke, schmieden Bündnisse für Zivilcourage, engagieren sich in Vereinen und gründen Nachbarschaftshilfen. Sie sorgen dafür, dass unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben und demokratisieren unsere Gesellschaft. Grüne Politik stärkt die Zivilgesellschaft. Grüne Politik ist Partnerin für all jene, die hier wirken, arbeiten, anpacken und gestalten für ein modernes, gerechtes und weltoffenes Sachsen. Grüne Politik hat zum Ziel, auf Augenhöhe zu kommunizieren und den Menschen ein Angebot zu machen, Politik gemeinsam zu gestalten.

Unser Programm will gestalten – mit Ihnen!

Wir sind neugierig darauf, welche Ideen Sie haben. Denn unsere Politik vertraut darauf, dass sich die Wähler*innen aktiv in Entscheidungs- und Diskussionsprozesse einbringen und wir gemeinschaftlich um Argumente ringen, um das bestmögliche für die Zukunft unserer Gesellschaft zu erreichen. Wir brauchen und wollen eine selbstbestimmte Bürgergesellschaft, die Politik als Angebot zum Einmischen wahrnimmt und Sachsen aktiv verändert.

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt

Die natürlichen Lebensgrundlagen in Sachsen brauchen unseren Schutz. Sauberes Wasser, gute Luft zum Atmen, eine reiche Tier- und Pflanzenwelt, intakte Kulturlandschaften und ein gutes Klima sind Voraussetzungen für ein gesundes, sicheres und gutes Leben. Trotzdem werden unsere natürlichen Ressourcen weiter vernachlässigt und verschwendet. Unsere Zukunft und die aller nachfolgenden Generationen steht auf dem Spiel.

Dabei haben wir längst ökologische, nachhaltige und wirtschaftliche Alternativen. Wir können auch ohne Ackergifte genügend Lebensmittel für alle herstellen. Wir können mit Bussen, Bahnen, dem Fahrrad und zu Fuß für saubere Luft und weniger Lärm in den Städten sorgen. Wir können echte Lösungen liefern, bevor die Bagger rollen – nur wir können unsere Kulturlandschaft vor der Zerstörung bewahren. Dafür machen wir GRÜNE uns stark.

Chancen der Digitalisierung nutzen – und Daten schützen

Die Digitalisierung erfordert dringend Strategie und Gestaltung. Wir GRÜNE ergreifen die Chancen, die sich bieten, in der Schule, am Arbeitsplatz, beim Behördengang. Wir nutzen die digitalen Technologien nachhaltig, um saubere Energie zu erzeugen, einen attraktiven öffentlichen Personenverkehr anzubieten und die gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. Wir schaffen die dafür notwendigen Voraussetzungen und kämpfen für starke Bürger*innen- und Arbeitnehmer*innenrechte. Dort, wo Freiheit eingeschränkt, Datenschutz und Datensicherheit ausgehöhlt werden, setzen wir die Grenze.

Gerechtigkeit hält die Gesellschaft zusammen

Gleiche Rechte und Chancen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Sprache, Glauben, religiösen oder politischen Anschauungen, Behinderung oder Alter: wir GRÜNEN stehen für Fairness und Gerechtigkeit. Gute Bildung mit individueller Förderung ist für uns der Schlüssel zu einer Gesellschaft, in der alle die gleichen Möglichkeiten haben.

Endlich ausreichend Angebote zur Kinderbetreuung, längeres gemeinsamen Lernen, faire Bezahlung und Schluss mit sachgrundloser Befristung – für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung und eine gute Pflege in allen Teilen Sachsens. Wir brauchen endlich echte Gleichstellung, damit Frauen nicht nur auf dem Papier, sondern überall und jederzeit gleichberechtigt sind.

Zusammenarbeit über soziale, kulturelle und nationale Grenzen hinweg ist für uns kein Ziel, sondern Alltag. Nationaler Rückzug und Abschottung bringt hingegen soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen, die wir uns nicht leisten können. Die Würde des Menschen ist und bleibt unantastbar.

Wir verteidigen und stärken Demokratie und Rechtsstaat

In der Tradition der Weimarer Reichsverfassung von 1919, des Grundgesetzes von 1949 und wurzelnd in der DDR-Bürgerrechtsbewegung von 1989 stehen wir GRÜNE ein für die Geltung der Grundrechte, für parlamentarische Demokratie, für die Begrenzung politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Macht, für die Beteiligung der Menschen am demokratischen Prozess auch jenseits von Wahlen, für den funktionierenden Rechts- und Sozialstaat, der die Rechte

der Einzelnen und von Minderheiten schützt, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, für eine engagierte Zivilgesellschaft und für vielfältiges Leben in gegenseitigem Respekt.

Freiheit, Toleranz, Pluralität und Weltoffenheit sind nicht nur zentrale GRÜNE Werte, sondern bilden das Fundament unserer Gesellschaft. Allen Versuchen, an diesen Grundfesten zu rütteln, werden wir uns immer wieder mit aller Kraft entgegenstellen. Wir stärken den Rechtsstaat und sorgen durch eine gute Ausstattung, bestmögliche Ausbildung und mehr Personal für unsere Polizei sowie die konsequente Anwendung vorhandener Gesetze für mehr Sicherheit. Eingriffe in die Bürger*innen- und Freiheitsrechte lehnen wir entschieden ab.

Endlich ein GRÜNES Sachsen

Die Herausforderungen, vor denen unser Bundesland und unsere Gesellschaft stehen, sind groß und erfordern mutige Antworten. Gemeinsam mit Ihnen, mit den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, mit neuen Ideen und mit Kraft und Zuversicht können und werden wir unser aller Zukunft lebenswert gestalten. Damit dies gelingt, braucht es starke GRÜNE, die etwas verändern können – am besten in Verantwortung.

Gemeinsam haben wir es in der Hand, Sachsen zu ändern.

1. UNSERE LEBENSGRUNDLAGEN BEWAHREN

1.1 Natur und Umwelt bewahren

Wir GRÜNE sind die Partei des Umwelt- und Naturschutzes. Die Menschen brauchen den Schutz der Pflanzen und Tiere nicht nur um ihrer selbst willen, sondern auch weil er die grundlegende Voraussetzung für ein gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften ist. Wir Menschen leben von der Natur und ihrer Vielfalt. Deshalb stehen Natur- und Umweltschutz in diesem Programm am Anfang. Wir müssen alles dafür tun, die Artenvielfalt bei uns in Sachsen zu erhalten und zu vermehren.

Nach wie vor gilt: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Dem Artensterben müssen wir dringend etwas entgegensetzen. Ohne intakte Ökosysteme, ohne den Erhalt der Biodiversität, ohne den Schutz von Boden, Luft und Wasser können wir das Versprechen an unsere Kinder und Kindeskiner nicht einlösen, ihnen gesunde Lebensgrundlagen zu hinterlassen.

Uns GRÜNEN ist eine verlässliche und konsequent durchdachte Politik für Naturschutz und Artenvielfalt ein Kernanliegen. Ökosysteme müssen sich in ihrer Vielfalt regenerieren und erhalten können. Wir wollen daher den Umwelt- und Naturschutz ins Zentrum der sächsischen Politik rücken.

Für die ganze biologische Vielfalt

Die biologische Vielfalt von Tieren, Pflanzen und Lebensräumen zu erhalten und zu vermehren, ist eine gewaltige Herausforderung. Gelingt es nicht, das Artensterben zu stoppen – sowohl international wie auch in Sachsen – sind die Folgen unabsehbar und die Grundfesten der menschlichen Existenz bedroht – insbesondere durch das Insektensterben, denn die Rolle der Insekten in biologischen Zusammenhängen kann nicht hoch genug geschätzt werden. Sie sind Bestäuber, Abfallverwerter, Bodenverwalter, aber auch Nahrung für Wirbeltierarten und damit wichtiger Teil der Nahrungskette. Sterben sie, bleiben auch Nutzpflanzen unbestäubt, kein neuer Humus wird produziert, Böden verarmen

und den insektenfressenden Wirbeltieren fehlt die Lebensgrundlage. Um das Artensterben zu bremsen oder ganz zu stoppen, bedarf es auch einer Agrarwende. Das Artensterben ist ungebremst, obwohl verschiedene Kategorien von Schutzgebieten in Sachsen erfolgreich eingerichtet und zahlreiche Arten gesetzlich geschützt worden sind. Allein in den Reservaten können Arten also nicht überleben. Sie müssen auch in der Normallandschaft einen Platz finden. Artenvielfalt braucht beides: Eine lebensfreundlichere Normallandschaft und Biotopverbundstrukturen.

Großschutzgebiete sind ein wichtiger Baustein unserer Naturschutzpolitik. Der Nationalpark Sächsische Schweiz stärkt die Attraktivität dieser einzigartigen Region und sorgt für Wertschöpfung vor Ort. Durch **Biosphärenreservate** verknüpfen wir aktive Naturschutzpolitik mit wirtschaftlichen Aktivitäten und Tourismus. Hier zeigt sich, dass man mit GRÜNER Politik schwarze Zahlen schreiben kann. In Großschutzgebieten gehen Naturschutz, Naherholung, Tourismus und die Entwicklung regionaler Produktlinien Hand in Hand. So wird regionale Wertschöpfung erzeugt und entstehen vielfältige Arbeitsplätze. Erfolgreich sind vor allem die Großschutzgebiete, bei denen Zielsetzung und Realisierung gemeinsam mit den Menschen und Unternehmen vor Ort festgelegt und umgesetzt werden. Daher wollen wir GRÜNE im Dialog mit den und für die Menschen vor Ort bestehende Großschutzgebiete verbessern und neue entwickeln. So wollen wir etwa das Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe nach Sachsen ausdehnen und den Nationalpark Sächsische Schweiz behutsam erweitern. Wir GRÜNE setzen uns für eine Nachfolgeregelung für das Naturschutzgroßprojekt Bergwiesen im Osterzgebirge in deutsch-tschechischer Zusammenarbeit ein. Ferner streben wir die Einrichtung des Nationalen Naturmonuments „Grünes Band“ auch in Sachsen analog zu Thüringen an.

Wir GRÜNE wollen, dass die **Großschutzgebietsverwaltungen** in den Schutzgebieten aufgestockt werden. Wir wollen die Naturschutzbehörden finanziell stärken, um mehr Geld für **praktischen Naturschutz** zur Verfügung stellen zu können. Wichtige Naturschutzprojekte wollen wir mit einer dauerhaften Finanzierung absichern und so eine gesicherte Perspektive für die Zukunft schaffen. Wir wollen das landesweite Netz von **Naturschutzstationen** sichern und ausbauen.

Die Hauptursachen für den immensen Rückgang der Arten sind der Verlust der Lebensräume und die intensivierte Landwirtschaft. Daher wollen wir einen

grundlegenden Wandel in der Landwirtschaft und ein funktionierendes, das ganze Land überspannendes Netz von geschützten Lebensräumen schaffen. Dieses soll aus den bestehenden **Schutzgebieten**, den biologisch wertvollen Bestandteilen der gewachsenen Kulturlandschaften sowie neuen Verbindungsflächen entwickelt werden. Wir wollen in Sachsen ein hochwertiges **Biotopverbundnetz** einrichten, das einen Verbund von Lebensräumen und Wanderkorridoren anbietet. Dieses Netz nützt allen Arten, sei es den Gewässerarten, wie auch den Arten des Offenlandes oder des Waldes, deren **Arterhaltung** inzwischen auch mangels genetischen Austauschs gefährdet ist. Wir GRÜNE wollen eine kontinuierliche Arterfassung und das professionelle Monitoring bestehender Populationen gewährleisten.

Wir wollen erreichen, dass sich mehr Menschen für Artenschutz und Biotoperhaltung engagieren. Eine Voraussetzung dafür sind Angebote qualitativ hochwertiger Umweltbildung im Freizeitbereich und an den Schulen. Umweltbildung soll sich in praxisbezogener Ökologie in den Lehrplänen, mehr Exkursionen und Freilandexperimenten zeigen. Spezielle Förderung, beispielsweise von Schüler*innen-Arbeitsgemeinschaften „Naturschutz“, sowie die Qualifizierung und Sensibilisierung der Lehrer*innen sind sinnvolle Maßnahmen. Wir unterstützen die Anbieter*innen von Umweltbildungsangeboten, die Vernetzung der Akteur*innen sowie die Qualifizierung der Angebote. Umweltbildung darf sich jedoch nicht nur auf Kinder und Jugendliche als Zielgruppen beschränken, sondern muss auch an sächsischen Hochschulen und den Einrichtungen der Berufsausbildung sowie in der Erwachsenenbildung verankert werden. Die in der Umweltbildung tätigen Beschäftigten brauchen sichere und besser bezahlte Arbeitsplätze.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Erweiterung und Ergänzung der bestehenden Großschutzgebiete,
- mehr Geld für praktischen Naturschutz und mehr Naturschutzstationen,
- ein sächsisches Biotopverbundnetz,
- die Sicherung der Arterfassung und des Monitoring,
- die Stärkung der Umweltbildung und bessere Arbeitsbedingungen der hier Beschäftigten.

Flächenfraß stoppen

Intakte Böden sind eine entscheidende und zugleich zu wenig beachtete Lebensgrundlage. Unsere Böden dienen nicht nur dem Anbau von Kulturpflanzen, sondern sind Speicher und Filter für Wasser, Nährstoffe und auch Kohlenstoffdioxid (CO₂). Der Boden schützt auf diese Weise unsere Atmosphäre und spielt damit eine zentrale Rolle für den Klimaschutz. Zugleich ist er vielfältiger Lebensraum für unzählige Bodenorganismen. Dennoch wird Boden durch Flächenversiegelung, Flächenverbrauch, und Verschmutzung in immer größerem Maße gefährdet und dauerhaft zerstört. Es gehört zu den wichtigsten ökologischen Herausforderungen der nächsten Jahre, dem trotz schrumpfender Bevölkerungszahl ständig steigenden Flächenfraß in Sachsen Einhalt zu gebieten. Die **Eindämmung des Flächenverbrauchs** ist neben dem Erosionsschutz wohl der bedeutendste Baustein für den Bodenschutz. Mit täglich mehr als 4 Hektar Flächenverbrauch ist der Bodenverbrauch in Sachsen viel zu hoch. Damit werden in Sachsen jedes Jahr wertvolle Böden, die größer als der Bärwalder See sind, der größte See Sachsens, dem Flächenfraß geopfert. All diese Flächen sind für unsere Natur, Landwirtschaft und gewachsene Kulturlandschaft verloren. Wir GRÜNE setzen uns daher auf allen Ebenen für eine deutliche **Trendwende beim Flächenverbrauch von Böden** ein.

Wir wollen den ungebremsten Flächenverbrauch per Gesetz stoppen und das **Netto-Null-Ziel** für das ganze Land rechtlich verbindlich machen. Bisher sind alle politisch oder rechtlich gesetzten Ziele für eine Vermeidung oder Reduzierung von Flächenfraß bei Bauprojekten letztlich unverbindlich. Straßen werden ohne reale Erfordernis einfach wegen behördeninterner Standards regelmäßig verbreitert oder ohne Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung neu gebaut. Neue Gewerbegebiete und Wohngebiete werden auf der grünen Wiese geplant, obwohl landesweit noch immer vielfach Gebäudeleerstand und innerörtliche Brachen zu finden sind. Wir GRÜNE wollen, dass das Thema Flächenfraß für jedes derartige Bauvorhaben zu einer rechtlich relevanten Größe wird.

Wir wollen mit dem verbindlichen Stopp weiteren Flächenfraßes nicht in bestehende Rechte Privater eingreifen und gleichzeitig die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen erhalten. Dazu wollen wir ein intelligentes **Flächenzertifikatesystem** einführen. Das Netto-Null-Ziel kann nur dann erreicht werden, wenn unsere Städte und Gemeinden mit im Boot sind. Die gesetzliche Begrenzung soll sich nur auf neue Planungen und solche außerhalb bestehender

Ortslagen und Gewerbegebiete beziehen. Dort, wo jenseits bereits bestehenden Baurechts neue Vorhaben entstehen sollen, soll der Neuverbrauch künftig vollständig ausgeglichen werden. Weil das nicht immer vor Ort möglich ist und der Bedarf zu Neubau oder Rückbau landesweit sehr unterschiedlich ist, soll ein System von Flächenzertifikaten geschaffen werden. Über diese handelbaren Flächenzertifikate ermöglichen wir Kommunen, Landkreisen und Freistaat mit konkretem Flächenbedarf den Kauf von Flächen von anderen Kommunen, die diese nicht mehr benötigen. Dabei sollen möglichst keine landwirtschaftlichen Flächen für Ausgleichsmaßnahmen herangezogen werden. Neuversiegelungen sollen nur noch genehmigt werden, wenn jeweils eine gleich große Fläche in gleichartiger Umgebung entsiegelt wird. Dieses System lässt Raum für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung, ausreichend Wohnungsbau und sorgt zugleich für einen sparsamen und intelligenten Umgang mit unseren Böden.

Damit wird der bislang häufig nur beschworene, aber nicht verwirklichte **Vorrang der Innenentwicklung gegenüber den Randlagen** auf kommunaler Ebene endlich Wirklichkeit. Die Städte und Gemeinden sollen im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit bevorzugt Brachflächen und Baulücken im innerörtlichen Bereich nutzen, anstatt neue Baugebiete auf grüner Wiese auszuweisen. Bei der Errichtung von Gebäuden ist mit Blick auf die Geschossanzahl auf eine ökonomische Bauweise unter Nutzung von Unterkellerungen zu achten.

Wir GRÜNE wollen zugleich den Städten und Gemeinden verstärkte **Anreize für die zielgerichtete Innenentwicklung** bieten und technische Hilfsmittel für das Flächenmanagement vorhalten. Bereits vorhandene Ansätze wollen wir GRÜNE aufgreifen und eine **Innenentwicklungsberatung für Kommunen** schaffen. Dabei setzen wir uns für eine doppelte Innenentwicklung ein, die auf Nachverdichtung und Verbesserung der Durchgrünung, des Stadtklimas und der Lebensqualität setzt. Mit dieser zielgerichteten Politik für unsere Ortskerne und Innenstädte schaffen wir einen sichtbaren Beitrag für einen guten Bodenschutz, halten und bringen Kaufkraft in unsere Ortskerne und Innenstädte, lenken Investitionen in Baudenkmale und sorgen dafür, dass unsere einzigartige sächsische Kulturlandschaft erhalten bleibt.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Trendwende gegen den Flächenfraß und ein rechtlich verbindliches Netto-Null-Ziel beim Flächenverbrauch,
- ein intelligentes Flächenzertifikatesystem,
- neue Anreize für die Innenentwicklung in Städten und Gemeinden.

Wir pflanzen und schützen Bäume

Bäume und Hecken, insbesondere große Altbäume, sorgen für den Sauerstoff, den wir zum Atmen brauchen. Sie reinigen die Atemluft von Staub und Schadstoffen. Sie vermindern Lärm. Sie spenden Schatten und sorgen damit in heißen Sommern dafür, dass Temperaturen für den Aufenthalt im Freien erträglich bleiben und Feuchtigkeit länger im Boden bleibt. Sie schaffen ihrerseits Lebensraum für zahlreiche andere Pflanzen und Tiere. Sie prägen unsere Städte und Kulturlandschaften und machen sie zu lebenswerten, lebendigen Orten.

Die mit dem Klimawandel verbundene Zunahme von Extremwetterereignissen und anhaltender Hitze stellen unsere Städte vor erhebliche Probleme. Hier bekommen Bäume und Gehölze eine immer größere Bedeutung, als Einzelbäume und Straßenalleen, als wesentliche Elemente von Plätzen, Grün- und sonstigen Freiflächen und entlang unserer Gewässer. Wir GRÜNE kämpfen daher für ein **besseres Klima in den Städten** durch den Erhalt unserer Gehölze, für umfangreiche Neupflanzungen, gut erhaltene und neue Parks, Wiesen, Gärten, Wälder, für naturnahe Fluss- und Bachläufe und neu gepflanzte Alleebäume. **Gemeinschaftsgärten und Grünflächen** auf städtischen Brachen wollen wir mit einer öffentlichen Förderung unterstützen. Auch das Kleingartenwesen erfüllt viele soziale Funktionen. Wir wollen die Kleingärtner*innen dabei unterstützen, das Verständnis für die biologische Vielfalt nicht nur im Garten, sondern auch im Siedlungsbereich zu wecken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die noch von Schwarz-Gelb durch das „Baum-Ab-Gesetz“ abgeschaffte und von Schwarz-Rot nicht wieder hergestellte kommunale Selbstverwaltung beim **Baumschutz in Sachsen endlich wiederherstellen**. In unseren Städten und Dörfern ist nicht mehr zu übersehen, dass Bäume und Sträucher immer weniger werden. Die Städte und Gemeinden sollen Bäume und andere Gehölze wieder wirksam über eigene Baumschutzsatzungen schützen können. Wo eine solche Satzung gilt, dürfen

Bäume nur gefällt werden, wenn es dafür einen nachweisbaren Grund gibt und ein Ausgleich gepflanzt wird.

Wir GRÜNE wollen das Verschwinden von **Straßenbäumen und Alleen** stoppen und für eine Trendumkehr sorgen. Verwaltungsvorschriften und Förderrichtlinien im Straßenbau sorgen dafür, dass die Straßenverwaltungen systematisch Straßenbäume entfernen, die in diesem Zusammenhang einzig als mögliche Hindernisse betrachtet werden. Damit verschwindet ein wesentliches Element unserer Kulturlandschaft. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Baumfällungen beendet und Bäume entlang der Straßen wieder nachgepflanzt und neue Alleen angelegt werden. Zudem wollen wir den Einsatz von Tausalzen im Winter reduzieren, die zur Versalzung der Oberflächengewässer beitragen und die Straßenbäume schädigen.

Bislang werden auch Bäume und Gehölze entlang der Flüsse systematisch beseitigt. Flüsse werden von der zuständigen Landeswasserverwaltung als technische Anlagen des Hochwasserschutzes betrachtet und entsprechend umgestaltet. Dies betrifft Bäume und andere Gehölze am Gewässer selbst, auf Deichen und in einem breiten Streifen jenseits der Deiche. Das widerspricht nicht nur allen Grundsätzen einer notwendigen Renaturierung unserer Gewässer und der Wiedergewinnung von Auwäldern, sondern zerstört jahrhundertlang gewachsene Kulturlandschaften und damit Lebensräume für Mensch und Natur. Wir GRÜNE wollen diese Entwicklung beenden und für eine umfassende ökologische Umgestaltung unserer Flüsse sorgen. Hierzu wollen wir ein Auenprogramm auflegen, das den Flüssen wieder mehr Raum gibt und dem Hochwasserschutz dient.

Vor über 300 Jahren wurde in Sachsen der Begriff der Nachhaltigkeit mit Bezug auf die Forstwirtschaft geprägt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine **nachhaltige Forstwirtschaft in Sachsen**. Wir stehen für eine Waldbewirtschaftung, die den Herausforderungen des Naturschutzes, der Erholung und der Wirtschaftlichkeit gleichermaßen gerecht wird. Wir wollen dafür sorgen, dass der Freistaat Sachsen als mit Abstand größter Waldbesitzer und Bewirtschafter vorbildhaft daran arbeitet, die Belange des Naturschutzes und der Erholung mit denen der Forstwirtschaft in Einklang zu bringen. Der Schutz des Waldbodens vor dem Einsatz schwerer Technik, der Schutz von Lebensstätten geschützter Tiere, aber auch ein guter Zustand von Wanderwegen sind hier einige der wesentlichen Aspekte.

Wir müssen dringend weg von den noch immer prägenden Nadelholzmonokulturen. Der **Waldumbau** zu standortgerechten, artenreichen Mischwäldern muss konsequent weiterentwickelt werden. Das ist die Grundlage für eine hohe Vielfalt an Arten, nicht nur von Bäumen, sondern von Pflanzen und Tieren im und über dem Waldboden. Nur so kann der Lebensraum Wald fit für die Klima-herausforderungen der Zukunft gemacht werden. Wir GRÜNE wollen den Waldumbau im Staatswald beschleunigen und im Privatwald, etwa durch geeignete Beratung der Eigentümer*innen, unkompliziert und flexibel fördern. Darüber hinaus setzen wir uns für Waldmehrung ein.

Neben den bewirtschafteten Forsten wollen wir mit sogenannten **Prozessschutzflächen** den Anteil der Flächen, in denen natürliche Prozesse ungestört ablaufen können, konsequent auf 10 Prozent der sächsischen Waldfläche erweitern. Wir wollen ein Netz von naturnahen nutzungsfreien Wäldern und Waldreservaten mit Altholzbeständen entwickeln. Wir wollen, dass der Staatsbetrieb Sachsenforst künftig nach den internationalen Kriterien für verantwortungsvolle Waldwirtschaft des Forest Stewardship Council (FSC) arbeitet, wie es schon zahlreiche andere öffentliche Forstbetriebe in Deutschland erfolgreich tun.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Förderung von Gemeinschaftsgärten und Grünflächen auf städtischen Brachen,
- die Wiederherstellung des selbstbestimmten kommunalen Baumschutzes,
- den Erhalt und die Erneuerung von Straßenbäumen und Alleen durch neue Straßenbaurichtlinien,
- eine nachhaltige staatliche Forstwirtschaft,
- ökologisch sinnvollen Waldumbau im sächsischen Staatswald und für Waldmehrung.

Lebenselexier Wasser

Wir GRÜNE wollen, dass Bäche und Flüsse wieder offengelegt und renaturiert werden. Das kann durch den Rückbau von Drainagen oder Begradigungen erreicht werden. Auch die Gebirgsbäche sollen Durchgängigkeit und Retentionsraum (Speicherraum) bekommen. Wasserkraftausbau muss im Einklang mit dem Naturschutz stehen, insbesondere indem Mindestmengen an Wasser im

ursprünglichen Flussverlauf und funktionstüchtige Fischtreppe gewährleistet werden. Naturnahe Ufergehölze sind als stabilisierende Elemente zu erhalten. Durch ein landesweites **Renaturierungsprogramm** wollen wir eine gute ökologische Gewässerqualität in Sachsen erreichen. Um die dafür benötigten Flächen verfügbar zu machen, werden wir uns für eine aktive Flächenpolitik einsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein umfassendes und konsequent umzusetzendes **Deichrückverlegungsprogramm** und breite Pufferzonen zwischen landwirtschaftlich genutzten Flächen und Auen sowie Gewässerufern schaffen. Die Bodenbearbeitung auf den Nachbarflächen zu Gewässern und in Hanglagen muss bodenschonend und bodenerhaltend erfolgen. Wegen ihrer starken Anfälligkeit für Wind- und Wassererosion ist die vegetationsfreie Phase kurz zu halten und insbesondere vegetationsfrei gehaltene Brachen sind möglichst durch Grünbrachen zu ersetzen.

Wir GRÜNE wollen die **Elbe** als lebendigen Fluss erhalten. Die Staatsregierung muss sich gegenüber den tschechischen Behörden für einen Verzicht auf den Bau einer Elbe-Staumstufe bei Děčín einsetzen. Die Staumstufe hätte für die Flusslandschaft Elbe nahe der deutsch-tschechischen Grenze negative ökologische Auswirkungen. Die Wasserqualität würde sich verschlechtern und die Auen mit zahlreichen geschützten Pflanzen und Tieren austrocknen. Aufgrund der langen und häufiger werdenden Niedrigwasserperioden an der Elbe ist eine ganzjährige Binnenschifffahrt auf der Elbe bis zur Nordsee unrealistisch und unrentabel.

Als Folge des Braunkohlebergbaus ist z.B. die **Spree** durch Eisenhydroxid (Eisenocker) und Sulfat belastet. Dies hat negative Folgen für Tiere, Pflanzen und den Menschen. Wir wollen, dass neben einem planmäßigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung sehr viel mehr als jetzt getan wird, damit das Wasser in Flüssen, auch in Bergbauregionen, wieder von der Quelle bis zur Mündung klar und sauber ist. Trotz der bereits erreichten Verbesserung der Gewässerqualität in Sachsen führen Drainagen, Oberflächenabflüsse und sonstige Abwässer nach wie vor zu sehr starken Belastungen von Stand- und Fließgewässern. Die Belastungen sind unter anderem Pflanzenschutzmittelrückstände, Nitrate und Phosphate aus der Landwirtschaft, die zunehmenden Verunreinigungen durch Medikamente, Mikroplastik, Kontrastmittel, Antibiotika aus der Landwirtschaft oder andere chemische Verbindungen, die in Kläranlagen nicht herausgefiltert werden können. Wir wollen bei den Belastungsursachen ansetzen, den Eintrag

dieser Mittel reduzieren und bauen dabei auf eine **konsequente Umsetzung** der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Dabei helfen die Extensivierung der Landwirtschaft, die Einführung von mindestens zehn Meter breiten Gewässerschutzstreifen sowie die Reduzierung der Belastung aus Industrieanlagen, Haushalten und Altlastenverdachtsflächen, um den chemischen Zustand unserer Gewässer zu verbessern.

Wir wollen die sächsische Teichwirtschaft als bedeutungsvollen Faktor für die Fischzucht, den Schutz der natürlichen Lebensräume und die biologische Vielfalt in der kulturhistorischen Landschaft erhalten. Angelvereine wollen wir bei der Hege und Pflege der gepachteten Gewässer und beim Schutz bedrohter wildlebender Tier- und Pflanzenarten unterstützen.

Die vergangenen Jahre zeigten eine klimabedingte Häufung von Extremwetterereignissen, insbesondere von Dürre, regionalen Starkregenfällen und Hochwasser. Sowohl die Berichte des Weltklimarates der Vereinten Nationen als auch die Analyse des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) machen deutlich, dass in den nächsten Jahren mit einer Zunahme von Extremwetterereignissen zu rechnen ist. Mauern und Dämme immer nur höher zu bauen, hilft nicht weiter. Zu schnell abfließende Niederschläge führen flussabwärts zu gefährlich hohen Wasserständen sowie andererseits zu Wassermangel in Dürrezeiten. Wir wollen eine Neuausrichtung hin zum **ökologischen Hochwasserschutz** auf der gesamten Fläche und zu einer Anpassung der menschlichen Nutzung von Bach- und Flussauen. Um Hochwassergefahren wirksam zu verringern, muss den Flüssen mehr Retentionsraum gegeben werden. Die Elbe hat bis heute bereits drei Viertel ihrer Überschwemmungsflächen verloren – mit gravierenden Folgen: Die Fließgeschwindigkeit erhöht sich, die Hochwasserscheitel fallen höher aus und treten eher ein. Dennoch findet derzeit weder ein Retentionsraumausgleich statt, noch werden ausreichend neue Rückhalteflächen geschaffen. Umgesetzt werden vorrangig technische Maßnahmen wie der Deich- und Mauerbau. Schwerpunkt aller künftigen Maßnahmen muss der ökologische Hochwasserschutz werden. Dazu gehört auch die Laufverlängerung vieler begradigter Fließgewässerabschnitte durch das Renaturierungsprogramm, um das Wasser langsamer abfließen zu lassen und besser in der Fläche zurückzuhalten. Alle Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes sind mit dem ökologischen Gesamtgefüge abzustimmen und in Einklang zu bringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die dezentrale ortsnahe Versickerung und Regenwasserrückhaltung auf Grundstücken, wo es möglich ist.

Auen sind als naturbelassene Erholungsgebiete, als Frischluftschneisen und als Überschwemmungsflächen auszuweisen und zu nutzen. Auch die **Hochmoore** der sächsischen Mittelgebirge können eine wichtige regulatorische Funktion beim natürlichen Hochwasserschutz übernehmen. Da die meisten Moore jedoch mit Beginn der Industrialisierung Sachsens trockengelegt und abgebaut wurden, ist Wiedervernässung und Renaturierung unerlässlich. Hier wollen wir im Rahmen eines Landesprogrammes die Bemühungen der letzten Jahre auf diesem Gebiet verstetigen und intensivieren.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein landesweites Renaturierungsprogramm für Flüsse, Moore und Bäche,
- den Schutz der Elbe,
- die konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie,
- eine Neuausrichtung hin zum ökologischen Hochwasserschutz,
- den Erhalt und die Wiederentwicklung von Auen.

Luft rein halten, Lärm und Lichtverschmutzung reduzieren

Einer der Hauptverursacher von Luftverschmutzung ist der Straßenverkehr. Stickstoffdioxid und Feinstaub werden aus den Motoren, v.a. den Dieselmotoren, ausgestoßen. Zusätzlich entsteht Feinstaub aus Brems- und Reifenabrieb sowie aufgewirbeltem Staub. Der Schwerlastverkehr erzeugt dabei die größten Mengen. Weitere Emittenten sind die Industrie, die Landwirtschaft und die privaten Hauskamine. Unser Ziel ist die Minimierung des Ausstoßes an schädlichen Stoffen insgesamt. Der Schutz vor diesen enormen gesundheitlichen Risiken wurde bislang nicht konsequent verfolgt. Wir wollen flächendeckend wirkungsvolle **Aktions- und Luftreinhaltepläne** einrichten. Mit einer Palette von Maßnahmen, wie der Verlagerung von Transporten auf Schienenwege und der Unterstützung von ÖPNV sowie Rad- und Fußverkehr, soll insbesondere der Verkehr auf der Straße vermindert werden. Wir wollen dazu beitragen, dass die EU-Grenzwerte eingehalten werden. Die Erstellung und die Umsetzung dieser Maßnahmen sollen fachlich begleitet und finanziell gefördert werden. Die Individualklagerechte der Betroffenen wollen wir stärken.

Viele Menschen, die an Straßen oder Schienenstrecken wohnen, werden in erheblichem Maße in ihrer Gesundheit und Lebensqualität beeinträchtigt. Wir wollen die Investitionen für Lärmschutzmaßnahmen an Staatsstraßen und

regionalen Bahntrassen deutlich erhöhen. Zu diesem Zweck sollen finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Wir möchten die Umsetzung von Lärmaktionsplänen in den Kommunen fördern. Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, dass Sachsen im Bundesrat auf eine Änderung des Immissionschutzrechts hinwirkt, um eine erhöhte Bindungswirkung der kommunalen Lärmaktionspläne zu schaffen und den Städten und Gemeinden damit die Möglichkeit zu geben, die vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen auch durchzusetzen. Aus Gründen des Lärmschutzes setzen wir uns auch für ein Nachtflugverbot am Flughafen Leipzig/Halle ein.

Die Lichtverschmutzung, auch „Licht-Smog“ genannt, die nachts durch die Beleuchtung für Reklame, an Gebäuden von Straßen, Grundstücken und Parkplätzen entsteht, verringert qualitativ guten Schlaf und beeinträchtigt das Wohlbefinden der Menschen. Lichtverschmutzung ist auch ein Faktor für den dramatischen Rückgang von Insekten in den vergangenen Jahren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher sofortige Maßnahmen zur Reduzierung der Lichtverschmutzung. Die Maßnahmen beinhalten insbesondere, dass künstliches Licht nachts nur eingesetzt werden soll, wo es unbedingt notwendig ist. Das Licht soll dann nur dorthin gelenkt werden, wo es benötigt wird, d. h. auf die Verkehrsfläche oder die tatsächlich zu beleuchtende Fläche. Naturnahe Bereiche wie Bäume, Felsen oder Gewässer sollen nicht beleuchtet werden. Warmweißes und gelbes Licht mit einer äquivalenten Farbtemperatur von weniger als 2700 Kelvin ist zu bevorzugen. Die Lichtmenge soll eher gering gewählt werden und nach Möglichkeit bedarfsorientiert ein- und ausgeschaltet werden können. Die Nutzung von naturschutzfreundlicher und verantwortungsvoller Beleuchtung soll bereits in der Planung berücksichtigt werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- Aktions- und Luftreinhaltepläne, um die Belastung durch Stickstoffdioxid und Feinstaub zu reduzieren,
- die Förderung von Lärmaktionsplänen in den Kommunen,
- wirksame Maßnahmen gegen Lichtverschmutzung.

Müll und Abfall: Vermeidung ist besser

Das Ziel „Zero Waste“ (Null Müll) wird weltweit in immer mehr Kommunen und Regionen zum Leitbild der Abfallpolitik. „Zero Waste“ ist der Weg zum Ende von Müllverbrennung und Giftmülldeponien, von gefährlichen Transporten und Müllimporten nach Sachsen. Zudem bewirkt er eine Reduzierung von Plastik in unserer Umwelt und Mikroplastik in Organismen. Dies kann durch veränderte Verpackung von Konsumgütern, Müllvermeidung, die Wiederverwendung von Gegenständen und Bauteilen, die Umwandlung von Abfällen in Wertstoffe, effiziente Produktionsprozesse und eine vermehrte Kompostierung organischer Abfälle erreicht werden. Sachsen hat das Potenzial dazu, weil wir im Freistaat leistungsfähige Unternehmen in der Kreislaufwirtschaft haben. Eine Zero-Waste-Strategie schafft zudem neue Arbeitsplätze.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass in einer **Landesstrategie „Zero Waste“** zusammen mit Industrie, Kommunen, Entsorgungsverbänden und Umweltschutzorganisationen Vermeidungs- und Recyclingquoten festgelegt werden. Mit einer Autarkieverordnung nach dem Vorbild Baden-Württembergs wollen wir festlegen, dass Siedlungsabfälle aus Sachsen nicht in Abfallbeseitigungsanlagen anderer (Bundes-)Länder entsorgt werden. Wir wollen Unternehmen, Initiativen und Kommunen, die Geschäftsmodelle zu Abfallvermeidung, Mehrwegnutzung, Produkt-Sharing oder zum Einsatz kreislauffähiger Werkstoffe und Recyclingprodukte entwickeln, gezielt fördern. Der Freistaat soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Kommunen wieder die vollständige Verantwortung für Verwertung und Entsorgung der Siedlungsabfälle erhalten.

Wer GRÜN wählt, stimmt für:

- eine Landesstrategie „Zero Waste“,
- die Entwicklung und Förderung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft,
- die kommunale Verantwortung für Verminderung, Verwertung und Entsorgung von Siedlungsabfällen.

1.2 Nachhaltige und soziale Landwirtschaft – konsequenter Tierschutz

Wir wollen den ländlichen Raum stärken, indem wir die Land- und Forstwirtschaft als wichtigen Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber*innen stärken. Eine nachhaltige Landnutzung steht im Einklang mit den Selbsterneuerungskräften der Natur, sichert Lebensräume für wildlebende Tier- und Pflanzenarten, vor allem aber Arbeit, Einkommen und Lebensqualität der Bewohner*innen ländlicher Räume. Sie sichert außerdem die Herstellung von hochwertigen Lebensmitteln zur Versorgung der Bevölkerung.

Die Landwirtschaft sieht sich heute vielfach Kritik und Krisen ausgesetzt. Die Kritik macht sich fest am Einsatz von Ackergiften und Antibiotika, an Nitratverseuchung von Grundwasser, antibiotikaresistenten Krankheitserregern oder an tierquälerischen Haltungsformen. Zum anderen sehen sich Landwirt*innen mit immer neuen Preis- und Existenzkrisen konfrontiert. Eine jahrzehntelange Entwicklung hat zu einer Landwirtschaft geführt, die immer mehr immer billiger produzieren soll und damit Natur, Böden und Nutztiere bis weit über die erträglichen Grenzen hinaus ausbeutet und damit dauerhaft zerstört.

Durch die Auflösung regionaler Wirtschaftskreisläufe werden Erzeuger*innen immer abhängiger von Handelskonzernen, die die Preise bestimmen und nach unten drücken sowie von Preisschwankungen auf dem Weltmarkt. Gleichzeitig trifft diese Art der Landwirtschaft auf das gewachsene Bewusstsein der Verbraucher*innen, die generell nicht auf Kosten einer ausgebeuteten Umwelt und gequälter Tiere leben wollen. In ihrer wirtschaftlichen Situation bedroht, geben vor allem kleinere Betriebe auf. An die Stelle von verantwortlich, in Generationen denkenden Bäuer*innen treten zunehmend überregional oder gar international handelnde Kapitalgesellschaften, für die in erster Linie schneller Gewinn zählt. So schließt sich der Teufelskreislauf, der die bäuerliche Landwirtschaft bedroht. Derzeit kann die Landwirtschaft kaum ohne öffentliche Förderung leben. Damit zahlen die Bürger*innen in hohem Maße mit ihren Steuergeldern für ein System, das nicht ihren Interessen entspricht. Gleichzeitig werden Landwirt*innen zu Bittsteller*innen gemacht.

Auch die Landwirtschaft hat Einfluss auf das Klima. Gleichzeitig ist sie von Klimaveränderungen besonders betroffen – mal durch langanhaltende Dürren, dann wieder durch Starkregen. Es ist klar: Unsere Umwelt, unsere Gesellschaft und die Landwirtschaft brauchen die Agrarwende.

Strukturen der Landwirtschaft erneuern

Die heutigen Strukturen in der Landwirtschaft entsprechen weder den Interessen der Landwirtschaftsbetriebe, noch denen der Verbraucher*innen oder den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes. Der Umbau der intensiven Landwirtschaft in eine naturverträgliche und soziale Landwirtschaft ist notwendig und gemeinsam möglich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen nicht nur auf den unbedingt notwendigen Ausbau der **Ökolandwirtschaft**, sondern auch auf **nachhaltigere Bewirtschaftung in konventionellen Betrieben**. Wir wollen eine umweltverhaltende Pflanzenproduktion, eine **artgerechte Tierhaltung** und wir wollen eine soziale Landwirtschaft, die ohne Selbstaussbeutung und Subventionen existieren kann. Das geht nur, wenn das Ziel nicht mehr darin besteht, immer mehr und immer billiger zu produzieren, sondern die Qualität in Produkt und Erzeugung in den Mittelpunkt gerückt werden. Den nötigen Strukturwandel in der Landwirtschaft können wir nur gemeinsam mit ihr erreichen.

Wir wollen die Wertschöpfungsketten in der sächsischen Landwirtschaft stärken, damit regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und dafür sorgen, dass von den Endverkaufspreisen endlich mehr bei den Erzeuger*innen landet. Dafür wollen wir die Landwirtschaft beim Ausbau regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategien unterstützen. Die sächsische Landwirtschaft soll nicht mehr vor allem reiner Erzeuger von Rohstoffen wie Getreide, Milch und Fleisch sein, die dann zu Weltmarktpreisen überregional gehandelt werden. Wir wollen, dass unsere Roherzeugnisse in Sachsen und in den Regionen weiterverarbeitet, also veredelt werden. Denn hier findet die höchste Wertschöpfung statt. Genauso müssen regionale Vertriebswege ausgebaut werden, damit die Handelsgewinne in der Region und im Land bleiben. Neben den Vertriebswegen am Weltmarkt entstehen so neue wirtschaftliche Standbeine, die die Landwirtschaft unabhängiger von Weltmarktschwankungen machen.

Der ökologische Landbau sichert in besonderem Maße die zukünftige Lebensfähigkeit des Bodens, er ist das Vorbild zur Produktion hochwertiger Lebensmittel unter Einhaltung strenger Naturschutz- und Tierschutzkriterien und trägt

zur Agrobiodiversität bei. Die große Nachfrage nach Bioprodukten kann jedoch durch die heimische Produktion nicht gedeckt werden, denn in Sachsen werden nur knapp sieben Prozent der Flächen ökologisch bewirtschaftet. Die Vergabepraxis bei Agrarfördermitteln in Sachsen soll sich an ökologischen und sozialen Kriterien orientieren und insbesondere **Kreislauf- und Regionalwirtschaft** stärken. Auch Formen der biovegane Landwirtschaft wollen wir unterstützen. Wir setzen uns für eine verlässliche finanzielle Förderung bei der Umstellung auf **Ökolandwirtschaft** sowie mehr **Beratungsangebote zu regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Produktvermarktung** ein. Dazu wollen wir GRÜNE ein **Kompetenzzentrum „Ökolandbau Sachsen“** schaffen.

Nachhaltige Strukturen in der Landwirtschaft bedeuten für uns GRÜNE auch, die **Vielfalt der Betriebsformen und Betriebsgrößen** zu erhalten und auszubauen. Hier wollen wir Familienbetriebe, Junglandwirt*innen und Ökobetriebe besonders unterstützen, weil diese strukturbedingt besonders für regionale, generationengerechte Verantwortung und ökologische Produktionsweise stehen. Dennoch sehen wir auch die Agrargenossenschaften und andere größere Betriebe, die für Sachsens Landwirtschaft aus historischen Gründen prägend sind und als Arbeitgeber*in Verantwortung tragen, als natürliche Partner*innen für die gemeinsamen, unabhängig von Betriebsgrößen bestehenden Veränderungsinteressen. Unterstützen wollen wir auch neue innovative Konzepte, wie das der Solidarischen Landwirtschaft. Die Anzahl der Tiere, die von Gewerbebetrieben gehalten werden dürfen, sollte von dem Nachweis der dafür notwendigen Flächen pro Großvieheinheit zur Futterproduktion und zur Verbringung von organischem Dünger abhängen. Wir wollen die Privilegierung von Stallneubauten im Baugesetz ändern und die Mitwirkungsmöglichkeiten der ansässigen Bevölkerung im Genehmigungsverfahren ausbauen.

Boden ist zum Spekulationsobjekt geworden. Niedrige Kapitalmarktzinsen, EU-Flächenprämien, Flächenfraß und weitere Gründe haben zu einer großen Nachfrage nach Landwirtschaftsflächen und damit zu einem starken Anstieg der Land- und Pachtpreise geführt. Branchenfremde, finanzkräftige Investor*innen kaufen weltweit und zunehmend auch in Sachsen immer mehr Ackerland auf. Das wird zum Problem für alle Betriebsgründer*innen sowie für alle Landwirtschaftsbetriebe, die auf Pachtflächen oder Flächen zu Betriebserweiterungen angewiesen sind. Daher fordern wir GRÜNE, den weiteren Ausverkauf an Kapitalgesellschaften und Nicht-Landwirt*innen zu beenden. Wir wollen zugleich einen besseren Zugang zu **Ackerflächen**

für Familienbetriebe, Junglandwirt*innen sowie Ökobetriebe schaffen. Die Flächen des Freistaats sollen bevorzugt an Betriebe mit ökologischer Bewirtschaftung, für Hofgründungen und -erweiterungen oder als Ausgleich beispielsweise für Überflutungsflächen zum Hochwasserschutz verpachtet werden. Wir werden uns für wirksame Instrumente einsetzen, die dafür sorgen, dass Jungbäuer*innen und ökologisch wirtschaftende Landwirt*innen Zugang zu Land bekommen.

Die bisherige Agrarförderung bevorzugt personalextensive Großbetriebe und sorgt nicht dafür, dass die Landwirtschaft bei dem anstehenden Wandel hin zu nachhaltigen Strukturen unterstützt und vorangebracht wird. Deshalb begrüßen wir die **deutlich verstärkte Bindung eines Teils der Fördergelder** an ökologische Kriterien. Bei den Flächenprämien wollen wir eine größere Umverteilung hin zur Stärkung des Klima- und Umweltschutzes, Tierschutzes, der Biodiversität und Verbesserung der Beschäftigung im ländlichen Raum. Es muss ein Verfahren gefunden werden, dass das von Großbetrieben geprägte Sachsen nicht netto weniger Agrarförderung erhält. Für uns ist auch die Zahl der Arbeitskräfte je Betrieb relevant. Wir wollen das Grundstücksverkehrsgesetz dahingehend ändern, dass branchenfremde Investor*innen nicht uneingeschränkt landwirtschaftliche Flächen kaufen können.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Unterstützung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategien,
- die Stärkung der Kreislauf- und Regionalwirtschaft,
- eine verlässliche finanzielle Förderung bei der Umstellung auf Ökolandwirtschaft,
- mehr Beratungsangebote zu regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Produktvermarktung,
- ein Kompetenzzentrum „Ökolandbau Sachsen“,
- einen besseren Zugang zu Ackerflächen für Familienbetriebe, Junglandwirt*innen und Ökobetriebe,
- die Ausrichtung der Agrarförderung an ökologischen und sozialen Kriterien.

Landwirtschaft im Einklang mit der Natur

Intakte **Böden** mit einer guten Bodenstruktur, einer Vielzahl an Bodenlebewesen und einem hohen Humusgehalt sind die grundlegende Voraussetzung für die Sicherung unserer Ernährung und dafür, dass die Landwirtschaft bei uns im Land eine Zukunft hat. Wir wollen Schadstoffeinträge durch Leben tötende Ackergifte konsequent absenken und unseren wertvollen Boden vor Erosionen durch Wind und Regen sowie Flächenfraß durch Bauvorhaben schützen. Durch Maßnahmen wie das Anlegen von Hecken und die Wiederherstellung von Kleingewässern wollen wir Struktur und Vielfalt von Flächen verbessern.

Der zunehmende Einsatz von synthetischen Kunstdüngern und Ackergiften vernichtet Tier- und Pflanzenarten, belastet unser Grundwasser und gefährdet unsere Gesundheit. Das Verschwinden von Schmetterlingen, Bienen und anderen Insekten gefährdet auch die Landwirtschaft selbst: Ohne Insekten gibt es keine Bestäubung, ohne Bestäubung keine Erträge. Ohne Nützlinge gibt es keine natürlichen Gegenspieler für Schädlinge und damit kein natürliches Gleichgewicht. Ohne Insekten als Basis der Nahrungsketten gibt es keinen Artenerhalt. Manche Vogelarten wie das Rebhuhn sind bereits vom Aussterben bedroht, da sie keine Nahrung mehr finden. Mittlerweile sind sogar ehemalige Allerweltsarten wie der Star stark im Rückgang. Wir wollen die sächsischen Imker*innen unterstützen, weil die Gesundheit starker, leistungsfähiger Bienenvölker eine große wirtschaftliche Bedeutung für die Landwirtschaft hat.

Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die möglichst unabhängig von der Agrochemie nachhaltig mit den Kräften der Natur wirtschaftet, ohne diese zu zerstören. Die jahrzehntelange Abfolge beim Einsatz von Pestiziden – über die Einführung neuer Stoffe, den massenhaften Einsatz, das schrittweise Wirkungslos-Werden und den ökologischen Schaden, der den Nutzen überwiegt – kann nicht ewig fortgesetzt werden. Wir GRÜNE wollen, dass unsere Landwirtschaft aus dieser Sackgasse herauskommt. Als Zwischenziel wollen wir **bis 2030 den Pestizideinsatz in Sachsen mindestens halbieren**. Wir wollen den flächenhaften Einsatz von Herbiziden, Fungiziden, Insektiziden und Co. schnell zurückdrängen und setzen uns zum Schutz von Mensch und Umwelt für eine sofortige drastische Reduzierung von chemischen Pflanzenschutzmaßnahmen ein. Wir wollen, dass der Freistaat Sachsen sich dafür einsetzt, dass Ackergifte wie das vermutlich **krebserregende Glyphosat** und die **bienen- und insektentötenden Neonicotinoide schnellstmöglich europaweit verboten** werden. Auf Bundesebene setzen

wir uns dafür ein, durch die Einführung einer Pestizidabgabe kurzfristig den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu senken. Die Erlöse daraus wollen wir zur Förderung des ökologischen Landbaus nutzen.

Die industrielle Tierhaltung und der Einsatz synthetischer Kunstdünger machen die Landwirtschaft zu einem der wesentlichen Produzenten von CO₂. Damit ist sie nicht nur durch den Klimawandel mit seinen Wetterextremen wie Dürre und Starkregen betroffen, sondern zugleich auch eine der entscheidenden Ursachen für den Klimawandel. Außerdem bedrohen die über die Düngung in den Boden und von dort ins Grundwasser und die Fließgewässer gelangenden Nitratreinträge die Gewässerlebensräume und unsere Trinkwasserversorgung. Ein Großteil der Überdüngung geht auf Gülleüberschüsse aus der industrialisierten Tierhaltung zurück, während bei bodengebundener Tierhaltung nur so viele Tiere gehalten werden, wie auch Land für Futtererzeugung und Gülleausbringung verfügbar ist. Landwirtschaft funktioniert auch mit wesentlich weniger Einsatz von Dünger und grundsätzlich als Kreislaufwirtschaft auch ganz ohne den Einsatz von energieabhängigen, synthetischen Kunstdüngern – das zeigen uns Sachsens Ökobetriebe seit Jahren.

Wir stehen für **gentechnikfreie Landwirtschaft** in Sachsen. Den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen lehnen wir ab. Denn der Anbau gentechnisch veränderter Kulturpflanzen ist mit unkalkulierbaren Risiken verbunden und macht die Landwirtschaft dauerhaft von den wenigen weltweit agierenden Chemie- und Saatgutkonzernen abhängig. Wir wollen, dass der Anbau gentechnisch veränderter Kulturpflanzen in Sachsen dauerhaft ausgeschlossen bleibt und lehnen auch eine Züchtungsförderung von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren ab. Wir unterstützen Initiativen zu gentechnikfreien Regionen und wollen, dass Sachsen künftig eine Vorreiterrolle für eine gentechnikfreie Landwirtschaft einnimmt. Lebensmittel für Menschen und Tiere, die unter Einsatz gentechnisch veränderter Organismen hergestellt wurden, müssen klar und deutlich gekennzeichnet sein. Wir wollen den Anbau einheimischer Eiweißfuttermittelpflanzen wie Ackerbohne und Futtererbse wiederbeleben. Mit dem Anbau dieser heimischen Pflanzen können nicht nur Importe zurückgedrängt werden. Sie tragen zur Stickstoffanreicherung im Boden bei und bereichern die Fruchtfolgen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- den Schutz von Böden mit hohem Humusgehalt,
- die Eindämmung von Ackergiften und langfristig eine Landwirtschaft, die ohne Pestizide auskommt,
- die Förderung von Ökolandbau und konsequent bodengebundener Tierhaltung,
- die Beratung der Landwirtschaftsbetriebe über den am Kreislaufgedanken orientierten Einsatz von Düngern,
- eine klare Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte und ein gentechnikfreies Sachsen.

Für einen neuen Umgang mit Tieren in der Landwirtschaft

Wir GRÜNE wollen die Nutztierhaltung an die Bedürfnisse der Tiere anpassen. Wichtig für das Wohl der Tiere sind artgerechte Haltungsbedingungen. Tierfreundliche Haltungssysteme sowie innovative Technik zur Verbesserung des Tierwohls sollen in Sachsen vorgebracht werden. Deshalb wollen wir eine tierartgerechte und bedürfnisorientierte Nutztierhaltung fördern. Landwirtschaftsbetriebe unterstützen wir dabei, ihre Stallungen nach dem Motto „mehr Platz pro Tier“ tiergerechter umzubauen. Wichtig ist uns die Förderung von **Stallumbauten**, die sich konsequent an Ökologie und Tiergesundheit orientieren. Dafür wollen wir ein staatlich anerkanntes Zertifikat einführen.

Die Haltungsformen sollen sich an den Bedürfnissen der Tiere und nicht an der größtmöglichen Reduzierung von Betriebskosten orientieren. Wir brauchen an der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Tiere orientierte Regeln für Bestandsobergrenzen, Besatzdichten und Platzangebote. Mit ausreichend Platz pro Tier und genügend Beschäftigungsmöglichkeiten sind Verhaltensauffälligkeiten im Sozialverhalten der Tiere vermeidbar. Gesunde Tiere bedeuten wiederum, dass auf den Einsatz von Antibiotika verzichtet werden kann. Außerdem soll Sachsen sich auf Bundesebene für eine konsequente Reduzierung der auch für den menschlichen Gebrauch bestimmten Antibiotika in der Nutztierhaltung einsetzen.

Als nachhaltig verstehen wir eine bodengebundene Tierhaltung mit funktionierender Kreislaufwirtschaft, d.h. regional erzeugtes Futter statt globaler Futterimporte, betrieblicher Einsatz der Gülle statt Gülleexporte infolge von

Nährstoffüberschüssen und eine Haltung, die Antibiotika nur in Ausnahmefällen einsetzt. Wir fordern ein Umdenken in der Tierzucht: Weg von Spitzenleistungen, Qualzuchten und Turbomast, hin zu Lebensleistung und Langlebigkeit! Wir wollen die öffentlichen Belange wie Trinkwasserschutz, Gewässerschutz, Bodenschutz, Naturschutz, Tierschutz und das schnellere Wachstum des Ökolandbaus fördern, um die gewachsene Nachfrage nach Bioprodukten aus heimischer Produktion zu erfüllen. Umdenken in der Tierzucht bedeutet für uns aber auch: Wir wollen weniger Tierzucht. Heute wandern zu viele Lebensmittel in den Müll, auch viele Fleischprodukte. Diese Verschwendung wollen wir beenden und endlich nur noch so viele Tiere halten, wie auch tatsächlich genutzt bzw. verzehrt werden. Das hilft auch, überschüssige Gülleseen zu vermeiden und auf den frei werdenden Böden mehr Lebensmittel für den Menschen statt Tiermastfutter anzubauen.

Bei dem Transport und der Schlachtung sollen bestehende **Tierschutzvorschriften** strenger kontrolliert und bei Verstößen wirksame und schärfere Sanktionen verhängt werden. Für den Bedarfsfall sind Notabladestellen **vorrätig zu halten**. Um **Transportzeiten** zu minimieren, brauchen wir kleinere, dezentrale Schlachthöfe, die die regionale Wirtschaftskraft stärken. Wir unterstützen auch die Möglichkeit der hofnahen Schlachtung. Wir sind gegen die langen Transporte von Schlachttieren in Drittländer und die damit einhergehenden tierschutzrechtlichen Zustände.

Tierquälerei Praktiken, wie das betäubungslose Kastrieren von Ferkeln oder das Töten von Eintagesküken, sollen ohne weitere Übergangsfristen endlich verboten werden. Damit zumindest die bisher geltenden Verordnungen über Arzneimitteleinsatz und Haltungsbedingungen in der Landwirtschaft eingehalten werden, wollen wir die Kontrolle der Haltungsbedingungen nicht länger allein den Landkreisen und kreisfreien Städten überlassen, sondern zentral vom Freistaat aus Kontrollen durchführen.

Wir GRÜNE wollen die **Weidetierhaltung fördern**, denn sie ist eine besonders tierartgerechte Form der Nutztierhaltung. Sie sorgt durch die extensive Bewirtschaftungsweise für die Offenhaltung der Kulturlandschaft und die Bewahrung seltener Tier- und Pflanzenarten. Die Unterstützung von Weidetierhalter*innen ist somit nicht nur für die Landwirtschaft selbst von Bedeutung, sondern vor allem auch für den Naturschutz.

Wir GRÜNE wollen zusammen mit allen betroffenen Interessengruppen eine **Nutztierstrategie** mit dem Ziel der Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden der Tiere entwickeln. Wir wollen alte Nutztierassen, die sich durch eine hohe Krankheitsresistenz auszeichnen, bzw. Rassen, die nicht einseitig auf bestimmte Leistungsmerkmale hin gezüchtet werden, erhalten. Darin sehen wir auch Potenziale für mehr regionale Wertschöpfung.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Förderung von Stall(um)bauten, die sich konsequent an Ökologie und Tiergesundheit orientieren,
- das Ende tierquälerischer Praktiken,
- eine strengere Kontrolle von Tiertransporten und Schlachtungen,
- die Förderung der Weidetierhaltung,
- eine Strategie zum Erhalt alter Nutztierassen.

Tiere konsequent schützen

Artikel 10 der Sächsischen Landesverfassung verpflichtet den Freistaat zum Schutz der Umwelt und der Natur, aber auch der Tiere. Doch die Umsetzung scheitert in Sachsen an einem Vollzugsdefizit. Die Tiere haben keine Anwält*innen. Wir wollen deshalb das **Verbandsklagerecht** für anerkannte Tierschutzverbände einführen. Die Verbandsklage stellt sicher, dass Planfeststellungen und Genehmigungen auf den Prüfstand unabhängiger Gerichte gestellt werden können, wenn die Verletzung tierschutzrechtlicher Vorschriften zu befürchten ist. Die Verbandsklage bewirkt außerdem, dass Entscheidungen über ein Einschreiten der Veterinärbehörden nicht nur aus der Sicht der Tierhalter*innen und -nutzer*innen, sondern auch aus der Sicht der Belange des Tierschutzes gerichtlich überprüfbar werden.

Eine **Schwerpunktstaatsanwaltschaft Tierschutz** könnte sich um die Verfolgung von Agrarkriminalität, Gewalt an und Vernachlässigung von Tieren und andere Strafanzeigen aus diesem Bereich kümmern. In der Landesdirektion und den 13 sächsischen Veterinärbehörden benötigen wir **mehr Personalstellen** und eine verbesserte Qualifikation. Gleichzeitig bedarf es vonseiten der Behörden gegenüber der Bevölkerung einer größeren Transparenz, dies soll durch ein **Informationsfreiheitsgesetz** gewährleistet werden. Wir wollen das Amt einer*ines **Landestierschutzbeauftragte*n, die*der beim Landtag mit einer eigenen Stabs-**

stelle Tierschutz angesiedelt ist, schaffen. Die Entscheidung über Kontrollen und die Ahndung von Verstößen im Bereich des Tierschutzes sollen insbesondere für landkreisübergreifenden Belange des Tierschutzes und Angelegenheiten von landesweiter Bedeutung auf Landesebene getroffen werden, um die Distanz zwischen Kontrollierenden und Kontrollierten zu vergrößern. Diese neue einzurichtende Kontrollbehörde sollte unter anderem mit Tierärzt*innen und Jurist*innen besetzt werden.

Immer wieder werden Tiere ausgesetzt oder in Tierheimen abgegeben. Tierheime sind zunehmend in Ihrer Existenz gefährdet. Wir unterstützen die Arbeit von Tierheimen, Tierauffangstationen und Gnadenhöfen und setzen uns für ihre auskömmliche Finanzierung ein. Neben Kosten für Futtermittel, Tierbehandlungen und bauliche Sanierungen wollen wir Personalkosten fördern.

In manchen Regionen Sachsens gibt es **Wildtierstationen**, in anderen nicht. Der Wildtierschutz muss landesweit koordiniert werden. Dafür braucht es ein **landesweites Netz von Wildtierstationen**, die zusammenarbeiten und dafür vom Freistaat gefördert werden. Die **medizinische Versorgung** der Wildtiere soll an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Leipzig angesiedelt werden.

Wir benötigen einen sachbezogenen Umgang mit Tierseuchen. Weder die Vogelgrippe rechtfertigt, alle Vögel einzusperren, noch die Afrikanische Schweinepest, die Wildschweinjagd per Jagdgesetzänderung zum Massaker werden zu lassen. Das **Landesjagdgesetz** soll zeitgemäße Jagdmethoden möglich machen. Die Liste der jagdbaren Arten wird unter den Aspekten Nachhaltigkeit und Hegemöglichkeit den modernen Erfordernissen angepasst. Das bedeutet auch, dass nicht jagdbare, geschützte und streng geschützte wildlebende Arten nicht mehr unter das Jagdrecht fallen. Ferner soll die Verwendung von Bleimunition nicht mehr erlaubt sein. Lebendfallen dürfen nur ausnahmsweise und nur mit elektronischem Fangmeldesystem oder wenn die Jäger*innen sich in unmittelbarer Nähe befinden, verwendet werden. Die Ausbildung am lebenden Tier soll untersagt werden. Wir GRÜNE bekennen uns zum **Schutz des Wolfes**. Abschüsse dürfen nur in besonders begründeten Einzelfällen das letzte Mittel sein. Die durch Wolfsrisse entstandenen Schäden werden bei nachweislich vorgenommenen Präventionsmaßnahmen der Weidetierhalter*innen vollständig ausgeglichen.

In mehreren sächsischen Städten und Kreisen beschlossen in den letzten Jahren die gewählten Vertreter*innen auf Wunsch der Bürger*innen, kommunale Flächen nicht an Zirkusse zu vergeben. Wildtiere im Zirkus sind ein Sicherheitsrisiko – insbesondere für Kinder. Oft werden Wildtiere in Zirkussen schlecht gehalten und verletzt. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die städtischen Gemeinden ihr **Selbstbestimmungsrecht über kommunale Flächen** wahrnehmen können. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass Sachsen auf **Bundesebene ein Wildtierverbot für Zirkusse** unterstützt. Tierschutz braucht einen festen Platz in der Lehrer*innenausbildung und in den **Lehrplänen** der Fächer Sachunterricht, Biologie, Gemeinschaftskunde sowie thematisch eingebunden in allen anderen Fächern, sei es als Textinterpretation im Deutschunterricht oder als Übersetzung im Sprachunterricht. Alle Landeseinrichtungen sollen regionales und ökologisches Essen anbieten und auch ein vollwertiges veganes Angebot führen. Wir wollen eine gezielte **Förderung tierversuchsfreier Forschung** in der Medizin und Biologie sowie den vollständigen **Verzicht auf Tierversuch in der Ausbildung**.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände,
- mehr Personalstellen in den Veterinärbehörden,
- eine*n Landestierschutzbeauftragte*n und eine unabhängige, landkreisübergreifende Kontrollbehörde,
- eine ausreichende und stabile Finanzierung der Tierheime,
- die Förderung tierversuchsfreier Forschung.

1.3 Konsequenter Klimaschutz ist notwendig

Der von uns Menschen verursachte Klimawandel ist heute die größte Bedrohung für unsere Zivilisation. Vor dieser Tatsache darf auch die Landespolitik nicht die Augen verschließen, sondern sie muss handeln! Sachsen kann sich nicht vom Rest der Welt abkoppeln – auch unser Bundesland ist vom Klimawandel betroffen. Das haben die zurückliegenden Hitzesommer und Dürreperioden bewiesen – mit all ihren negativen Folgen: gesundheitliche Belastungen und Todesfälle, insbesondere für Kinder und ältere Menschen, Ernteauffälle und steigende Lebensmittelpreise. Der Klimawandel ist längst da und wir brauchen eine Doppelstrategie, um mit ihm umzugehen: Anpassung an die Klimawandelfolgen, aber auch Maßnahmen, die den Klimawandel bremsen und auf lange Sicht aufhalten.

Sachsen ist aber nicht nur betroffen, sondern auch verantwortlich. Mit der Art und Weise, wie wir leben, produzieren und unterwegs sind, beeinflussen wir das Klima auf unserem Planeten. Besondere Bedeutung kommt dabei unserer Energieerzeugung zu. Die Nutzung von Energie aus Braunkohle ist extrem klimaschädlich und muss so schnell wie möglich beendet werden! Die Alternative sind erneuerbare Energien, die massiv vorangebracht werden müssen. Außerdem müssen wir alle Möglichkeiten nutzen, Energie effizient einzusetzen und einzusparen. Wir brauchen aber auch eine Verkehrswende hin zu klimafreundlicher Mobilität und eine Agrarwende, die die Landwirtschaft nachhaltig gestaltet. Schließlich darf die Wirtschaftspolitik nicht auf bloßes Wachstum ausgerichtet sein, sondern sie muss ökologische Nachhaltigkeit und gute Arbeit für alle zum Ziel haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei des Klimaschutzes und der Energie- wende, der Verkehrswende und der Agrarwende. Es braucht eine starke Stimme für den Klimaschutz, gerade in einer Zeit, in der Lobbyist*innen der fossilen Energien und Ideolog*innen, die Lügenkampagnen gegen die Erkenntnisse der Wissenschaft fahren und glattweg leugnen, dass es den menschengemachten Klimawandel überhaupt gibt. Diesen verantwortungslosen Kräften stellen wir GRÜNE uns entschieden entgegen.

Neue Energie für Sachsen – Energiewende umsetzen

Die Energiewende ist der Übergang von der fossil-nuklearen Energieversorgung des vergangenen Jahrhunderts zu einer modernen, zukunftssicheren und auf Dauer bezahlbaren Energieversorgung auf Basis unerschöpflicher, sauberer und erneuerbarer Energien.

Es ist höchste Zeit, endlich auch in Sachsen auf die Energiewende zu setzen. Gleichzeitig muss sie endlich auch zur Klimawende werden. Indem wir die Barrieren überwinden, die das bisher verhindert haben, schaffen wir wichtige Voraussetzungen für eine gerechte, nachhaltige, postfossile Gesellschaft. Dies ist eine große Aufgabe, aber auch eine gewaltige Entwicklungschance für Sachsen. Verschwendung von Zeit und Ressourcen, Fehlsteuerung bis hin zur politischen Blockade – das große Generationenprojekt Energiewende wird heute denkbar schlecht umgesetzt.

Wir GRÜNE stehen für den energiepolitischen Paradigmenwechsel, denn Klimaschutzziele zwingen zur vollständigen Dekarbonisierung, also den Verzicht auf Formen der Energiegewinnung, die auf der Freisetzung des klimaschädlichen Kohlenstoffdioxids (CO₂) beruhen – und zwar in allen Bereichen: Vom Strom- und Wärmesektor, den Verkehr, über die Landwirtschaft bis hin zur Kunststoffproduktion. Deshalb kämpfen wir auf Bundes- und Landesebene für die notwendigen Rahmenbedingungen, damit 100 Prozent im Strombereich im Zusammenhang mit dem nationalen **Kohleausstieg** bis spätestens 2030 Realität werden können. Bis 2040 streben wir das auch im Gebäude- und Wärmebereich an. Das ist bei voller Versorgungssicherheit machbar und nicht teurer als die herkömmliche Energieversorgung. Im Gegenteil: Sonne und Wind sind auch hier bei uns in den letzten Jahren zu den kostengünstigsten Energiequellen geworden. Nur wenn deren Anteil bei der Energiegewinnung rasch ausgebaut wird, gibt es dauerhaft bezahlbare Energiepreise für alle.

Die erneuerbaren Energien sind für uns die Basis des künftigen sächsischen Energiemixes. Flexible, hocheffiziente Gaskraftwerke, wann immer möglich mit Kraft-Wärme-Kopplung, ergänzen die Energie aus Sonne und Wind und bilden eine Brücke in diese Zukunft.

Um die in Sachsen bestehende politische Blockade der Energiewende zu beenden, wollen wir das Thema erneuerbare Energien in der Landesplanung vom

Kopf auf die Füße stellen: Während die bisherigen Staatsregierungen vor allem nach Gründen suchten, um Ausbaupotenziale zu bebegrenzen, packen wir das Thema vom zu erreichenden Ziel aus an. Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen als Basis kann das Ziel auch in Sachsen nur die vollständige Dekarbonisierung aller Sektoren und damit eine nachhaltige Vollversorgung mit erneuerbaren Energien sein. Wir wollen einen Pfad dorthin, der über verbindliche Zwischenziele führt. Die Landesplanung muss diese Ziele vorgeben und Wege dorthin beschreiben.

Wir wollen mehr Demokratie und Transparenz, insbesondere, wenn es um so entscheidende planerische Rahmenbedingungen wie Energie- und Klimaziele geht. Dazu wollen wir das Landesplanungsgesetz novellieren: Wichtige Rahmensetzungen mit langfristiger Reichweite wie etwa im Energie- und Klimaprogramm müssen im Landtag statt wie bisher nur in Kabinettsrunden beraten und beschlossen werden.

Klimaschutz und Naturschutz stehen für uns nicht im Widerspruch, denn Klimaschutz ist auch global wirkender Umwelt- und Naturschutz. Naturschutz wiederum hat unmittelbar eine Klimaschutzfunktion, beispielsweise durch den Schutz der Wälder und der Moore. Naturschutzmaßnahmen sind unverzichtbar, um die Anpassungsfähigkeit des Ökosystems an die Bedingungen der bereits stattfindenden Klimaerhitzung zu stabilisieren. Wir müssen Gesellschaft und Umwelt vor den Folgen der bereits durch die Emissionen von gestern ausgelösten rasanten und bedrohlichen Klimaveränderungen schützen. Für uns GRÜNE ist es entscheidend, dass die notwendigen Klimawandelanpassungsmaßnahmen selbst nachhaltig und ökologisch geplant und umgesetzt werden. Wir sind uns des Umstandes bewusst, dass konkrete Klimaschutzmaßnahmen das Potenzial für Zielkonflikte mit dem Naturschutz in sich bergen. Eine sorgfältige Abwägung zwischen den Zielen Klimaschutz und Naturschutz ist für uns zwingend geboten.

Extreme Hitze und Trockenheit haben gezeigt: Klimawandelanpassung ist bereits heute eine Gesundheitsfrage. Wir wollen eine bessere Vorbereitung auf Extremwetterlagen. Insbesondere für ältere Menschen und kleine Kinder brauchen wir im Freistaat Sachsen Notfallpläne. Wir müssen schnell handlungsfähig sein, um ihnen zum Beispiel bei starker Hitze helfen zu können. Weiterhin bedarf es einer regelmäßigen Fortschreibung der Vorsorgeplanung zur Bewältigung von Extremwetterereignissen und Großschadenslagen unter Berücksichtigung der veränderten Wahrscheinlichkeiten und Bedingungen.

Wir stehen zur Nutzung der Windenergie

Wir wollen eine **Servicestelle Windenergie**, die vorzugsweise bei der Sächsischen Energieagentur (SAENA) angesiedelt wird, schaffen. Als neutrale Akteurin soll sie beraten und mittels eines Qualitätssiegels „Faire Windenergie“ für Anwohner*innen und Kommunen deutliche Verbesserungen bei Planungsprozessen und Beteiligungsmöglichkeiten erreichen.

Für eine saubere Energieversorgung in Sachsen werden neue Eignungs- und Vorranggebiete für Windenergienutzung gebraucht. GRÜNES Ziel ist es, ein bis zwei Prozent der Landesfläche als Windenergiefläche auszuweisen. Dabei müssen Siedlungsabstandsflächen beachtet und in transparenten Planungs- und Genehmigungsverfahren unter Beteiligung der betroffenen Bürger*innen und Gemeinden für jedes einzelne Projekt bestmögliche Lösungen im Ausgleich aller Interessen gesucht werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen zuverlässige Rahmenbedingungen für den **landschafts- und naturverträglichen Ausbau der Windenergie** schaffen. Dazu gehört selbstverständlich, Taburäume zum Schutz von Natur und Landschaft, wie Naturschutzgebiete, Nationalparks und Natura-2000-Gebiete zu definieren. Auch die Belange des Artenschutzes sind zwingend zu berücksichtigen. Dafür wollen wir einen einheitlichen „Leitfaden Artenschutz“ für die Genehmigungspraxis entwickeln. Wir halten die Errichtung von Windenergieanlagen in Wäldern aus Naturschutzgründen für nicht zielführend. Darüber hinaus führen solche Anlagen zu einem entscheidenden Akzeptanzproblem bei Bürger*innen. Wir wollen bei Zielkonflikten nachhaltige gesellschaftliche Lösungen erreichen, statt Konflikte nur auf eine andere Ebene zu verlagern.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Schaffung einer Servicestelle Windenergie, die Bürger*innen und Gemeinden berät,
- die Ausweisung von bis zu zwei Prozent der Landesfläche als Windenergiefläche,
- einen menschen- und naturverträglichen Ausbau der Windenergie.

Beteiligung ermöglichen – Chancen nutzen – Akzeptanz schaffen

Das bisherige Regierungshandeln in Sachsen hat der **Akzeptanz** erneuerbarer Energien schweren Schaden zugefügt. Wir GRÜNE haben bestehende Zielkonflikte, insbesondere die beim Ausbau der Windenergie, im Blick. Wir denken Umwelt- und Naturschutz sowie Klimaschutz zusammen mit nachhaltiger Energieversorgung und sozialer Gerechtigkeit. Sie dürfen nicht gegeneinander instrumentalisiert werden.

Ob bei den erneuerbaren Energien oder beim Netzausbau: gesellschaftliche Akzeptanz ist eine für das Gelingen der Energiewende entscheidende Ressource. Wir setzen uns dafür ein, Bürger*innen und Gemeinden im Planungsrecht und bei Genehmigungsverfahren frühzeitig zu beteiligen. In Konflikten muss der Freistaat die Moderation zwischen Energieanlagenbetreiber*innen, Behörden und Anwohner*innen organisieren.

Die Energiewende öffnet vielfältige Möglichkeiten zum eigenen Engagement: Bürger*innen werden von Stromverbraucher*innen zu Stromproduzent*innen, Kommunen nehmen ihre Netze und ihre Energieversorgung in die eigenen Hände, Mieter*innen und Vermieter*innen gewinnen gemeinsam mit intelligenten Quartierslösungen. Die Energiewende schafft neue Chancen für Teilhabe und Mitwirkung. Die jahrzehntelange, dominante Macht der großen Energieversorger schrumpft. Allein das ist bereits ein großer Gewinn für Transparenz und demokratische Prozesse in der Gesellschaft. Wir wollen mehr **Bürger*innenenergie**. Wir setzen uns dafür ein, bestehende gesetzliche Barrieren für Bürger*innenenergie, Mieter*innenstrom und Eigenversorgung im Bereich der kleinen und mittelständischen Wirtschaft abzubauen. Wir unterstützen Initiativen, die dezentrale Energiewende-Lösungen auf kommunaler Ebene, auf Ebene von Bürger*innengenossenschaften und von Immobilienbesitzer*innen vorantreiben. Wir unterstützen auch die intelligente Verknüpfung dieser dezentralen Lösungen untereinander bzw. mit anderen Sektoren.

Bei den Investitionen für die Wärmewende setzen wir uns für größtmögliche Kostentransparenz insbesondere für Mieter*innen ein. Förderprogramme des Freistaats Sachsen sollen die Umsetzung der Wärmewende vorantreiben und dabei helfen, die Belastungen für Mieter*innen zu senken.

Konsequenter Klimaschutz ist notwendig

Konsequenter Klimaschutz ist notwendig

Städte und Gemeinden müssen bei der **Rekommunalisierung** der Energieversorgung, der Gründung eigener Stadtwerke oder regionaler Energiedienstleistungsunternehmen unterstützt werden. Kommunale Energieversorger leisten einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge. Wir wollen ihnen dabei Chancen für **neue Geschäftsmodelle** öffnen und bestehende Barrieren, die aus einer vor allem auf die großen Energiekonzerne ausgerichteten Gesetzgebung resultieren, abbauen.

Für innovative Unternehmen und kreative Wissenschaft eröffnet die globale Energiewende immense Chancen, ob in der Entwicklung und Produktion von Anlagen und Ausrüstungen für die neuen Industrien, in der Herstellung von Komponenten und Systemen, in der Entwicklung und Umsetzung intelligenter Lösungen für Vernetzung, Daten- und Energieaustausch. Wir wollen, dass Wirtschaft und Wissenschaft in Sachsen dabei ihre Chancen bestmöglich nutzen können. Das „Land der Ingenieur*innen“ hat das Potenzial, die Energiewende nicht nur hier in Sachsen, sondern auch weltweit zum Nutzen der eigenen Wirtschaft und zum Nutzen für den globalen Klimaschutz voranzubringen. Deshalb wollen wir **Forschung und Entwicklung** zu Klimaschutz und Energiewende in besonderer Weise fördern.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine aktive Rolle des Freistaats bei der Vermittlung zwischen Energieversorgern und Bürger*innen,
- die staatliche Unterstützung von Bürger*innenenergie und dezentraler Energieversorgung,
- die Förderung der Rekommunalisierung der Energieversorgung und neuer Geschäftsmodelle,
- die Förderung von Forschung und Entwicklung zu Klimaschutz und Energiewende.

Bremserrolle Sachsens im Bund beenden

Sachsen gehört auch auf Bundesebene endlich an die Seite der Bundesländer, die Klimaschutz und Energiewende voranbringen wollen. Wir wollen, dass Sachsen dazu auf Bundesebene Initiativen ergreift und unterstützt, unter anderem für eine Vereinfachung der Grünstromvermarktung und für eine bundeseinheitliche Regelung, mit der Kommunen von Windenergieanlagen in ihrer Nachbarschaft profitieren können.

Wir wollen, dass auch im Energiebereich Preise die ökologische Wahrheit sprechen. Wir machen uns für eine energiewendetaugliche und sozial gerechte Reformierung des Systems von Energiesteuern und -abgaben, für einen nationalen CO₂-Mindestpreis sowie für einen bestmöglichen Schutz von Umwelt und Gesundheit vor schädlichen und gefährlichen Emissionen stark.

Wir wollen, dass Sachsen im Bund die **Novellierung des Bergrechts** unterstützt. Es darf keine Planfeststellungsverfahren für Tagebauerweiterungen mehr geben. Zwangsweise Grundabtretungsverfahren für Braunkohletagebaue sind auszuschließen. Für von Bergschäden Betroffene muss eine Beweislastumkehr eingeführt werden, das heißt, dass die Beweislast bei Bergschäden nicht mehr bei den Betroffenen, sondern beim Bergbauunternehmen liegt. Angesichts der immensen Folgekosten der Braunkohle für die Allgemeinheit und angesichts der Milliarden Gewinne, die Braunkohlebergbau und -verstromung in den letzten Jahrzehnten in die Taschen der Aktionär*innen gespült haben, ist für uns die Sicherstellung der verursachergerechten Folgekostenfinanzierung nicht nur ein Schutz öffentlicher Haushalte. Sie stellt eine wichtige Gerechtigkeitsfrage – auch zwischen den Generationen – dar. Wir kämpfen dafür, so schnell wie möglich vollumfängliche Sicherheitsleistungen für die Kosten der späteren Wiedernutzbarmachung von den Tagebaubetreibern einzufordern. Diese Sicherheitsleistungen müssen obligatorisch werden und insolvenzsicher sein. Sie dürfen nicht von künftigen Profiten dieser Unternehmen abhängig gemacht werden, sondern sind auf der Basis der Vermögenswerte von Unternehmen und Eigentümer*innen sofort zu leisten.

Angesichts des bevorstehenden Kohleausstiegs und der unübersichtlichen Eigentümer*innen- und Haftungssituation verlassen wir uns nicht auf die Tagebaubetreiber*innen. Wir wollen, dass Sachsen sich mit **unabhängigen Gutachten** und Stresstests zu den Geschäftsmodellen einen eigenen Überblick über die Risikosituation verschafft. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, geeignete und verursachergerechte Finanzierungsinstrumente für die zu erwartenden Ewigkeitslasten des aktiven Braunkohlebergbaus zu entwickeln. Auf dem Weg zu einer Beweislastumkehr für Tagebau-Bergschäden im Zuge einer angestrebten Bergrechtsnovellierung wollen wir eine **Landesinformationstelle Bergbau** einrichten, die von Bergschäden betroffenen Bürger*innen für Information und Schlichtung zur Seite steht. Erhebliche Bergbaufolgen sind auch aus dem Altbergbau zu bewältigen. Das betrifft gesperrte Bergbau-

folgelandschaften und vielfältige Probleme mit Oberflächengewässern und dem Grundwasser. Wir setzen uns dafür ein, dass der Freistaat Sachsen gegenüber dem Bund auf rasche und gründliche Sanierung drängt, dies mit eigenen Ressourcen unterstützt und die Erfahrungen mit Folge- und Ewigkeitskosten des Altbergbaus auch auf die Sicherheitsforderungen gegenüber dem aktuellen Braunkohlebergbau überträgt.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Unterstützung Sachsens für ein novelliertes Bergrecht im Bund,
- unabhängige Gutachten über die Geschäftsmodelle der Tagebaubetreibenden,
- eine Landesinformationsstelle Bergbau für von Bergschäden betroffene Bürger*innen.

Der Kohleausstieg ist Realität – höchste Zeit zum Handeln

Angesichts der Kohleausstiegsdebatte im Bund wird es höchste Zeit, dass Sachsen einen eigenen Plan für einen selbstbestimmten **Kohleausstiegspfad** entwickelt, der mit Tagebauverkleinerungen einhergeht. Denn seit dem Pariser Klimaschutzabkommen ist klar, dass der größte Teil der bereits für den Abbau genehmigten Braunkohle nicht mehr verbrannt werden darf. Der hinter dem Abkommen stehende Ansatz eines CO₂-Budgets ist von zentraler Bedeutung, denn er besagt, dass wir durch den raschen Abbau von CO₂-Emissionen den Spielraum gewinnen, den wir für die Entwicklung von Lösungen für die späteren, schwierigeren Phasen der Dekarbonisierung brauchen. Die ersten Schritte müssen schnell kommen und es müssen große Schritte sein. Sie müssen Sachsen unumkehrbar und rasch auf den Weg ins Zeitalter nach der Braunkohle bringen.

Wir GRÜNE schließen neue Tagebauerweiterungen in Sachsen in der Landesplanung aus. Mit uns wird es **keine neuen Rahmenbetriebspläne** mehr geben, die weitere Abbaufelder vorsehen oder gar weitere sächsische Dörfer bedrohen.

Wir stellen uns gegen jeden Versuch, klimapolitische Taschenspielertricks mit der „stofflichen Nutzung der Braunkohle“ zur Offenhaltung von Braunkohletagebauen und zur planerischen Fortsetzung von Braunkohlestrategien unter Umgehung von Energiewende und Kohleausstieg zu nutzen. Jede Tonne fossiler Kohlenstoff aus der Braunkohle landet am Ende in Form von zusätzlichem

CO₂ in der Atmosphäre – egal, ob er zwischendurch mal Kraftstoff oder Plastik war. Wir stemmen uns dagegen, **Strukturwandelfördermittel**, die für nachhaltige Strukturentwicklung dringend gebraucht werden, in solche Sackgassen der alten Kohlewirtschaft zu stecken.

Der seit Jahren immer wieder vom Sächsischen Rechnungshof kritisierte Verzicht des Freistaats auf die Erhebung der möglichen **Wasserentnahmeabgabe** sowie von **Förder- und Feldesabgaben** von Bergbauunternehmen muss der Vergangenheit angehören. Auch das ist für uns ein Beitrag zur ehrlichen Bepreisung des ökologischen Fußabdrucks.

Es ist fatal, dass der Freistaat Sachsen heute gegen schärfere EU-Grenzwerte für die gefährlichsten Luftschadstoffe wie Quecksilber und Stickoxide klagt, um den schmutzigen Braunkohlekraftwerken Nachrüstungskosten zu ersparen. Auch der Freistaat Sachsen muss den bestmöglichen Schutz von Leben, Gesundheit und Umwelt anstreben und sich deshalb aus dieser Klage zurückziehen und das Wirksamwerden der neuen Grenzwerte im nationalen **Immissionsschutzrecht** unterstützen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- einen sächsischen Kohleausstiegspfad und den Verzicht auf weitere Tagebauerweiterungen,
- die sachgerechte Verwendung von Fördermitteln für den Strukturwandel,
- die Erhebung einer Wasserentnahmeabgabe und Förder- und Feldesabgaben bei Tagebaubetreiber*innen,
- Sachsens Einsatz für ein Immissionsschutzrecht auf Bundesebene.

Kommunaler Kohleausstieg – Divestment – Energiewende im Wärmebereich

Der Ausstieg aus der Braunkohle findet auch auf kommunaler Ebene statt. Wir unterstützen alle kommunalen Initiativen, die die Lösung bestehender Abhängigkeiten von Braunkohlekraftwerken zum Ziel haben. Die vielfältigen Abhängigkeiten von der Braunkohleindustrie – von kommunaler Wärmeversorgung über Zulieferungen und Dienstleistungen der regionalen Wirtschaft bis zu Abhängigkeiten in der Kommunalfinanzierung – gilt es strategisch in einer Weise aufzulösen, die nachhaltig Versorgungssicherheit schafft sowie Bezahlbarkeit und Arbeitsplätze sichert. Wir sehen das als wichtigen kommunalen Beitrag zum Klimaschutz, vor allem aber als eine Vorsorgestrategie für die eigene Wär-

meerversorgung und für die Planungssicherheit im Investitionsbereich. Nur durch rechtzeitiges Agieren beim Kohleausstieg lässt sich vermeiden, eines Tages ungeplant auf Veränderungen reagieren zu müssen.

Wir GRÜNE wollen Kommunen bei der Erarbeitung von Planungen und Strategien für die kommunale Energiewende im Wärmebereich unterstützen. Voraussetzung für die Umstellung auf erneuerbare Quellen ist eine **intelligente Vernetzung** der bestehenden Infrastruktur. Neue und modernisierte bestehende Fernwärmenetze und das Gasnetz bieten erhebliche **Speicheroptionen** für die Aufnahme von Energie aus Wind, Sonne und vieler Abwärmequellen. Stromgeführte Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung können in Zeiten geringer Sonnen- und Windleistung einspringen. Eine **Vielzahl dezentraler Erzeugungsoptionen** im Mix von Solarthermie, Wärmepumpen, Brennstoffzellen, Biogas usw. in Verbindung mit Speichern und Energieeinsparungen kann sowohl autark in Gebäuden als auch netzgekoppelt für Flexibilität und Sicherheit sorgen.

Wir wollen ein **Landesförderprogramm „Grüne Kommunen“** für Maßnahmen zur Abkühlung von Städten und bessere Luft für uns alle. Durch die Begrünung von Fassaden, Dächern und auf großen Betonflächen kann die Temperatur gesenkt werden. Mehr Trinkbrunnen dienen dem Gesundheitsschutz. Wir brauchen zudem dringend mehr Bäume in der Nähe unserer Straßen, um eine bessere Sauerstoffproduktion zu ermöglichen. Alte Bäume müssen wieder per Gesetz geschützt werden. Schließlich ist es wichtig, die Flächenversiegelung einzudämmen.

Neben dem Kampf für die Energie-, Wärme- und Mobilitätswende, für eine umwelt- und damit klimafreundliche Landwirtschaft und für eine ressourceneffiziente Industrie spielt das Thema **Divestment** (der Abzug finanzieller Einlagen aus klimaschädlichen Unternehmen und das Investieren dieser Gelder in klimafreundliche Geschäftsgrundlagen) eine immer wichtigere Rolle. Wir GRÜNE wollen Divestment-Initiativen unterstützen, weil diese Klimaschutz „von unten“ bedeuten und gleichzeitig die Absicherung von Kommunal финанzen gewährleisten. Wir wollen Transparenz zu öffentlichen Finanzanlagen, Beteiligungen und Anlagerichtlinien erreichen und Divestment-konforme Anlagerichtlinien entwickeln. Wir wollen den sofortigen Abzug aller Beteiligungen und Vermögensanlagen des Landes Sachsen aus fossilen Geschäftsbereichen. Hierbei sollen die auf EU-Ebene diskutierten Richtlinien für nachhaltige Investitionen die Basis und gleichzeitig den Mindeststandard darstellen. Wo bestehende öffentliche

Investitionen, Beteiligungen und Finanzanlagen mit den geänderten Richtlinien kollidieren, muss das Geld aus den fossilen Geschäftsbereichen abgezogen werden und in nachhaltige Beteiligungsmöglichkeiten, Fonds etc. umgeschichtet werden. Wir setzen uns auch dafür ein, Richtlinien und Grundsätze für Investition und Anlage öffentlicher Mittel über klimapolitische Grundsätze hinaus zu erweitern, um weitere wichtige ethische Grundsätze zu verfolgen. Dazu gehört der Ausschluss der Finanzierung von Geschäftstätigkeiten, die beispielsweise mit Kinderarbeit, gentechnisch veränderten Pflanzen, Tierversuchen für Kosmetika, Bestechung/Korruption und Compliance-Verstößen verbunden sind.

Mit einem **Landesprogramm für energetische Sanierungen** soll der Einsatz energiesparender Technologie beschleunigt werden, um den Verbraucher*innen perspektivisch Alternativen zur Ölheizung zu bieten. Der Freistaat kann mit einem Förderprogramm den Einbau von moderner Technologie beschleunigen, die die Emissionen mindert und den Geldbeutel der Menschen schont.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- Unterstützung für die Kommunen beim Kohleausstieg,
- ein Landesprogramm „Grüne Kommunen“, mit dem Maßnahmen zur Klimawandelanpassung gefördert werden,
- eine Divestment-Strategie für den Freistaat und die Kommunen,
- ein Landesprogramm für energetische Sanierungen.

Netzausbau und Speicherstrategie

Netze sind eine wichtige Voraussetzung für eine kosteneffiziente Transformation der Energieversorgung. Netze ermöglichen räumlichen Ausgleich zwischen Erzeugung und Nachfrage und sie sind eine Voraussetzung für erfolgreiche Sektorenkopplung. Wir wollen einen **Landesplan**, der die Stromnetzausbau-planungen sammelt und damit frühzeitig Transparenz zur Notwendigkeit von Netzausbaumaßnahmen herstellt. Maßnahmen zur intelligenten Ausnutzung vorhandener Übertragungskapazitäten müssen vorrangig erwogen werden.

Erdkabel stellen für uns die Regelalternative zu Freileitungen dar. In Natura-2000-Gebieten, in Naturschutzgebieten sowie in Nationalparks sollen vor dem Verlegen von Erdkabeln oder Freileitungen Alternativen- und Verträglichkeitsprüfungen erfolgen. Bei Hochspannungsfreileitungen und Mittelspannungsmasten ist der Vogelschutz sicherzustellen.

Sachsen muss sich auf Bundesebene für eine faire Kostenverteilung beim inner-deutschen Netzausbau einsetzen. Bei der Festlegung der Netzentgelte, die in der Verantwortung der Regulierungsbehörde des Freistaats stehen, fordern wir mehr Transparenz und Kontrolle. Damit sollen ungerechtfertigte Anstiege von Netzentgelten ausgeschlossen werden.

Die Energiewende bewirkt im System der Energieversorgung grundsätzliche Veränderungen bei Erzeugung, Nachfrage und Eigentümer*innenstruktur. Der zeitliche Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch erfolgt durch einen Mix an flexibler Erzeugung aus gesicherter Leistung, durch flexibilisierte Nachfrage und durch Speicher. Schlüssel für das Funktionieren dieser beiden Ebenen ist eine zusätzliche Ebene des Datenaustausches im Zuge der **Digitalisierung** in der Energiewende.

Wir packen die Energiewende in gemeinsamer Entwicklung all dieser Ebenen an. Kriterien sind Klimaschutz und Ökologie, Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und ein volkswirtschaftlich möglichst kostengünstiger Pfad. Die notwendigen Speicher-, Flexibilisierungs- und Digitalisierungslösungen im Bereich von Strom, Wärme und erneuerbaren Gasen wollen wir unter Berücksichtigung dieser Kriterien fördern.

Wir wollen bereits heute die Speicherlösungen für morgen entwickeln und deren Erprobung im Reallabor der Energiewende fördern. Nur so lässt sich die nötige Anwendungsreife und Kosteneffizienz sicherstellen. Die Verfügbarkeit von Netzen, Speichern und industriellen Aktivitäten im Gasbereich schafft in Sachsen gute Voraussetzung für Power-to-Gas-Lösungen, beispielsweise auf Basis von „grünem“ (d. h. nicht auf der Basis fossiler Energieträger produziertem) Wasserstoff. In deren Kopplungsfähigkeit mit der Entwicklung einer grünen, treibhausgasneutralen Chemie und neuen Ansätzen der Bioökonomie sehen wir ein Chancenportfolio für Sachsen, das wir gezielt voranbringen wollen. Wir stellen uns gegen den Versuch, solche Entwicklungen zur Verlängerung von Kohlegeschäftsmodellen zu instrumentalisieren.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- einen Landesplan über Stromnetzausbauplanungen, der Transparenz über die Notwendigkeit von Netzausbaumaßnahmen herstellt,
- Erdkabel als Regelalternative zu Freileitungen,
- eine Förderung von Speicher-, Flexibilisierungs- und Digitalisierungslösungen im Bereich von Strom, Wärme, Mobilität und erneuerbaren Gasen, die sich an den Kriterien Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Ökologie orientiert.

Energieverbrauch und Kosten senken – energetisches Existenzminimum sichern

Wir setzen uns dafür ein, dass für alle Menschen in Sachsen das energetische Existenzminimum gewährleistet ist. Niemand soll in Sachsen frieren müssen oder von der Stromversorgung abgeklemmt werden.

Energiesparberatung für Einkommensschwache muss in Sachsen fester Bestandteil des sozialen Angebotes werden. Wir wollen durch ein Landesprogramm in Zusammenarbeit mit den Kommunen gewährleisten, dass Einsparmöglichkeiten für diese Haushalte generationengerecht finanzierbar gemacht werden. Wir werben bei den Versorgern dafür, Vorkassezähler anzubringen, statt Strom-, Gas- oder Wärmelieferungen zu sperren. Dabei wird ähnlich wie bei einem Prepaid-Handy vorab gezahlt, so dass keine Schulden auflaufen können.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Gewährleistung des energetischen Existenzminimums,
- den Anspruch auf qualifizierte Energiesparberatung für Einkommensschwache,
- Vorkassezähler ohne Aufschlag statt Energiesperrungen.

Energie sparen, Energieeffizienz erhöhen

Die billigste und umweltfreundlichste Energie ist immer die, die gar nicht erst verbraucht wird. Deshalb müssen Energieeffizienz und Energiesparen endlich Schwerpunkte der sächsischen Energiepolitik werden. Investitionsförderungen des Freistaats sind an Kriterien der Ressourcen- und Energieeinsparung auszurichten. Dabei sind die komplette Wertschöpfungskette der Produktion und der komplette **Lebenszyklus** der Produkte zu betrachten.

Der energetischen Sanierung von Gebäuden des Freistaats muss ein weitaus höherer Stellenwert als bisher eingeräumt werden. Sie dient dem Klimaschutz, gibt dem öffentlichen Sektor eine Vorbildrolle und spart auf lange Sicht Energiekosten ein. Unser Ziel ist der Anstieg der jährlichen Sanierungsquote auf drei Prozent. Im Rahmen der Städtebauförderung sind quartiersbezogene Lösungen zur Energieversorgung in die Regelförderung einzubeziehen. Bei Sanierung und Neubau kommunaler Gebäude sind vorbildliche energetische Standards, wie beispielsweise das Passivhaus, besonders zu fördern. Auch Weiterbildung und verbesserte Nutzer*innenkommunikation etwa zu Best-Practice-Beispielen bedürfen der Förderung.

Wir wollen ein **Zuschussprogramm** für die schnelle energetische Gebäudesanierung von Mietwohnungen. So wollen wir Investitionen in erneuerbare Energien, Fernwärme, Einspartechnologien und Dämmung ermöglichen, ohne dass die Warmmiete steigt. Dabei soll sich die Höhe von Zuschüssen am im Einzelfall vermiedenen CO₂-Ausstoß orientieren. Wir wollen innovative Instrumente wie die Refinanzierung von Investitionen aus den dadurch eingesparten Energiekosten ermöglichen, indem wir ein Bürgschaftsinstrument entwickeln.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- den Anstieg der jährlichen Sanierungsquote bei Gebäuden des Freistaats auf drei Prozent,
- die Unterstützung quartiersbezogener Lösungen zur Energieversorgung im Rahmen der Städtebauförderung,
- ein Zuschussprogramm für private energetische Sanierungen bei Mietwohnungen.

Sachsen braucht ein Klimaschutzgesetz

Wir wollen den **Klimaschutz in der sächsischen Verfassung** verankern. Das ist unser langfristiges Ziel. Bereits heute braucht Sachsen ein **Klimaschutzgesetz**. Wer sich wirklich zum Klimaschutz bekennt, der muss bereit sein, Ziele verbindlich festzulegen. Prüfaufträge und Potenzialstudien sind dafür ungeeignet. Deshalb wollen wir ein Klimaschutzgesetz, das verbindlich Kurs setzt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes vorgelegt, der 2018 noch im Sächsischen Landtag abgelehnt wurde. Wir wollen gesetzlich festlegen, dass Sachsen bis 2025 in Bezug auf die Pro-Kopf-Emissionen den nationalen Klimaschutzpfad erreichen und diesem von da an konsequent folgen soll. Das konsequente Langfristziel in der Dekarbonisierung bis 2050 muss lauten, weniger als eine Tonne Treibhausgase pro Kopf und Jahr zu emittieren.

Die Definition der konkreten Kurz- und Mittelfristziele für die einzelnen Sektoren Energie, Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Gebäudewirtschaft soll in einem **Klimaschutzplan** erfolgen, der in einem öffentlichen Beteiligungsverfahren nach den Vorgaben des Klimaschutzgesetzes erarbeitet und fortgeschrieben wird. Wir wollen Klimaschutz und Klimawandelanpassung durch **Änderungen des Landesplanungsgesetzes** als Grundsätze der Raumordnung festlegen. Die öffentlichen Verwaltungen sollen auf dem Weg zur Klimaneutralität beispielhaft vorangehen. Das Grüne Klimaschutzgesetz soll die notwendigen Instrumente für Umsetzung und Monitoring der Klimaschutzmaßnahmen bereitstellen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein sächsisches Klimaschutzgesetz,
- einen kurz- und mittelfristigen Klimaschutzplan,
- die Aufnahme von Klimaschutz und Klimawandelanpassung als Grundsätze der Raumordnung ins Landesplanungsgesetz.

1.4 Mobilität für alle

Wir wollen Mobilität für alle gewährleisten – sicher, sauber und bezahlbar. Wir wollen Verkehr ohne Lärm, Abgase und Stau organisieren. Wir wollen, dass alle Menschen schnell, zuverlässig und bequem, klima- und umweltfreundlich ihre Ziele erreichen. Dazu brauchen wir eine Verkehrswende. Darum setzen wir uns konsequent für die Stärkung von Bahn, Bus, Rad und Fußverkehr ein. Wir wollen weniger Autos auf den Straßen haben – und diese sollen möglichst abgas- und emissionsfrei sein.

Der Verkehr fährt beim Klimaschutz hinterher. Während in allen anderen Bereichen die Emissionen von Treibhausgasen in den vergangenen drei Jahrzehnten gesenkt werden konnten, stößt der Verkehrssektor immer mehr CO₂ aus. Die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens werden wir verfehlen, wenn wir im Verkehr den Durst nach Öl nicht beenden und den Energiebedarf nicht deutlich vermindern. Deshalb wollen wir in die Infrastruktur für die Verkehrswende investieren – in den Schienenverkehr, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, in den Radverkehr und in benutzungsfreundliche Fußwege.

Wir wollen, dass der Straßenverkehr sicherer wird. Jeder Unfall mit Verletzten oder Toten ist einer zu viel. In Sachsen ist die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden in den letzten Jahren kaum zurückgegangen, die Zahl der Unfälle und Verletzten auf sächsischen Autobahnen ist sogar deutlich gestiegen. Weil fast drei Viertel der Unfälle innerorts geschehen und insbesondere Kinder, ältere und behinderte Menschen betroffen sind, muss endlich mehr für die Schwächsten im Straßenverkehr getan werden. Wir streben eine Mobilität gemäß der „Vision Zero“ (null Verkehrstote) an. Ein wichtiger Beitrag dazu besteht im Nachrüsten des „Abbiege-Assistenten“ bei Lkw, der Radfahrende und Fußgänger*innen vor Unfällen bewahrt. Der Freistaat soll hier mit gutem Beispiel vorangehen und die 400 Lkw in seinem Besitz sofort nachrüsten bzw. Neuanschaffungen nur noch mit dem Abbiege-Assistenten tätigen. Wir wollen auch unter anderem für die Kommunen Mittel bereitstellen, um Tempo 30 vor sozialen Einrichtungen wie Kitas und Schulen sowie generell in Wohngebieten umzusetzen. Der Freistaat Sachsen soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass auch im übrigen örtlichen Straßenraum eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h der Regelfall ist und 50 km/h den wichtigen Durchgangsstraßen vorbehalten bleibt. Der Freistaat soll die Kommunen dabei unterstützen, inner-

städtische Kreuzungen zu prüfen und so neu zu gestalten, dass sie nicht länger gefährlich für Fußgänger*innen und Radfahrende sind. In den sächsischen Schulen wollen wir für alle Altersstufen eine Mobilitätserziehung anbieten. Die Verkehrsüberwachung wollen wir wieder stärken. Baustellen wollen wir noch sicherer als heute gestalten. Die Zahl der Geschwindigkeitskontrollen der Polizei in Sachsen wurde in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert. Mehr Sicherheit gibt es nur, wenn die Einhaltung der Verkehrsregeln auch kontrolliert wird. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen ein, das die Anzahl und Schwere von Unfällen senken sowie einen Beitrag zur Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs und damit zum Klimaschutz leisten wird.

Mit der Mobilitätsgarantie grün mobil im ganzen Land

Wir wollen Sachsen zu einem Pionierland für moderne Mobilität machen. Daher führen wir GRÜNE eine **Mobilitätsgarantie für ganz Sachsen** ein. Damit gibt es in ganz Sachsen von mindestens 5 Uhr früh bis Mitternacht mindestens einen Studentakt mit einer verlässlichen und umweltfreundlichen Anbindung – ganz gleich, ob mit dem Zug, dem Bus, der S-Bahn oder flexiblen Angeboten wie etwa dem Anruf-Sammeltaxi. Im Rahmen der Mobilitätsgarantie soll für jeden Ort in Sachsen eine klar definierte Mindestbedienung gelten, die auch bei anfangs geringerer Nachfrage vorzuweisen ist. Dafür wollen wir geeignete Rahmenbedingungen und zielgerichtete Anreize setzen. Nur so etablieren wir den ÖPNV als gleichwertiges Mobilitätsangebot. Außerdem setzen wir uns für ein bedarfsgerechtes Nachtliniennetz, das auch zwischen Mitternacht und 5 Uhr Menschen umweltfreundlich durch Sachsen bewegt, ein.

Mit einem **landesweiten Studentakt** von 5 bis 24 Uhr, dem „Sachsentak“, auf allen Bahnstrecken bis zum Jahr 2025 wird die Bahn als Rückgrat des Öffentlichen Verkehrs gestärkt und in allen sächsischen Regionen als vollwertige Alternative zum eigenen Auto etabliert. Wo Mittel- und Unterzentren im ländlichen Raum keinen Anschluss zur Bahn haben, wollen wir die Lücken im Netz durch attraktive Busverbindungen schließen. Dafür schaffen wir ein Förderprogramm für vertaktete Schnellbus-Linien, die gemeinsam vom Freistaat und den Landkreisen finanziert werden.

Den Stundentakt als Standard im ländlichen Raum wollen wir auf den nachfragestarken Bahnstrecken mit einer dichteren Taktung ergänzen. Dafür wollen wir die S-Bahn Dresden in Richtung Bautzen, Kamenz, Königsbrück und Großenhain ausbauen und die S-Bahn im Ballungsraum Leipzig-Halle in den Landkreisen Leipzig, Nordsachsen und Mittelsachsen verdichten. Die Leipziger S-Bahnlinie S5/S5X soll bis nach Plauen verlängert werden. Das Chemnitzer Modell wollen wir nach Limbach-Oberfrohna, Oelsnitz, Annaberg-Buchholz und Olbernhau ausdehnen und diese Nahverkehrsnetze mit vertakteten Buslinien im Umland unserer drei sächsischen Großstädte verknüpfen. Die Abbestellung des Zugverkehrs zwischen Döbeln und Meißen war ein Fehler. Die Strecke ist möglichst bereits zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 wieder in Betrieb zu nehmen. Im Fernverkehr muss Sachsen endlich eine aktive Rolle übernehmen. Auf der Mitte-Deutschland-Verbindung verkehren seit Dezember vom Freistaat Thüringen bestellte Intercity-Züge von Köln kommend über Jena bis nach Gera. Sachsen hat bisher die Chance vertan, mit einer Verlängerung nach Chemnitz wieder eine Fernverkehrsanbindung zu schaffen. Wir wollen, dass der Freistaat diesen Fehler schnellstens korrigiert.

Wir wollen, dass der Freistaat eine App zur Verfügung stellt, die multimodale Mobilität erleichtert, indem über sie Tickets aller Verkehrsbetriebe, Bike- und Car-Sharingdienste organisiert und gekauft werden können.

Wir wollen unseren **Schüler*innen, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden** in Sachsen preisgünstige Mobilität im Freistaat ermöglichen und zunächst ein sachsenweites Ticket für alle Menschen in Ausbildung einführen. Darüber hinaus wollen wir perspektivisch für alle Sächs*innen ein 365-Euro-Jahresticket. Dafür packen wir eine **ÖPNV-Finanzreform** an, die den Aufgabenträgern eine zukunftsfeste Planung gerade im ländlichen Raum ermöglicht. Mit dieser Finanzreform werden die Ungerechtigkeit unterschiedlichster Preise und Bedienungsstandards unter den Landkreisen beseitigt und zugleich den Aufgabenträgern mehr Möglichkeiten zur Mittelsteuerung gegeben. Wir GRÜNE sind überzeugt, dass Sachen mit dieser Mischung aus Anreizen, Förderprogrammen und besserer Finanzierung wieder zum Pionierland der Mobilität wird.

Um den Bahn- und Busverkehr besser zu organisieren und zu koordinieren, wollen wir die fünf Zweckverbände auf drei reduzieren. Diese Struktur ist groß genug, um sowohl die lokalen Verkehrsbedürfnisse optimal zu befriedigen als auch ein starker Partner gegenüber Verkehrsunternehmen und Politik zu sein.

Mit einer Dachorganisation des Freistaats sollen zudem verbandsübergreifende Aufgaben, wie die landesweite Umsetzung von Zielen, das Setzen und Überwachen von Qualitätsstandards, die Begleitung von Digitalisierung und Elektromobilität oder die Nutzung intelligenter Verkehrssysteme koordiniert werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- Bahn und Bus für jedes Dorf – für jeden Ort in Sachsen soll es eine attraktive Mindestbedienung im Öffentlichen Verkehr geben,
- das Zielkonzept Sachsentak – wir wollen bis 2025 den Stundentakt zwischen 5 und 24 Uhr als Mindeststandard auf allen Bahnstrecken etablieren, sowie Züge und Busse an Knotenbahnhöfen verknüpfen,
- den Ausbau des S-Bahn-Netzes in den Ballungsräumen Dresden und Leipzig-Halle und den Ausbau des Chemnitzer Modells mit dichten Takten in die umliegenden Landkreise,
- ein sachsenweites 365-Euro-Jahresticket für alle Menschen in Ausbildung.

Bahnhöfe zu Mobilitätsstationen entwickeln

Viele Bahnhofsgebäude in Sachsen sind verfallen und sorgen für ein negativ-Image der Bahn. Sie schrecken Reisende regelrecht ab. Die historische und oftmals unter Denkmalschutz stehende Bausubstanz geht verloren. Wir wollen das Erscheinungsbild der vielen kleineren Bahnhöfe in Sachsen verbessern und diese zu **Mobilitätsstationen** ausbauen. Bahnhöfe sollen sich zu attraktiven Begegnungsstätten und Visitenkarten eines Ortes entwickeln können. Damit wollen wir auch den ländlichen Raum stärken und mehr Menschen für den Umstieg auf die Bahn gewinnen.

Die Kommunen im Freistaat müssen durch die Staatsregierung viel stärker unterstützt werden, die Entwicklung ihrer Bahnstationen in die eigenen Hände zu nehmen und ihre Bahnhofgebäude wiederzubeleben. Aus Bahnhöfen machen wir Mobilitätsstationen. Diese sind mit dem Stadt- und Regionalbusverkehr verknüpft, bieten neben P+R-Plätzen mit Ladestation für Elektroautos und E-Bikes sowie Pedelecs auch sichere und überdachte Fahrradabstellanlagen und verfügen möglichst über eine Carsharing-Station sowie die Möglichkeit, Fahrräder auszuleihen.

Mobilität ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Ein Viertel der knapp vierhundert sächsischen Bahnhöfe und Haltepunkte ist nicht barrierefrei, bei vielen weiteren gibt es noch Mängel in der Zugänglichkeit. Für Menschen mit Behinderung, Senior*Innen und hochschwängere Frauen sowie Menschen mit schwerem Gepäck wird der Zugang zum Bahnverkehr so unnötig erschwert. Der **Abbau von Barrieren** im öffentlichen Verkehr ist damit eine Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen. In Sachsen fehlen bisher landeseigene Aktivitäten für barrierefreie Bahnhöfe. Andere Bundesländer tun deutlich mehr, um Zugangshürden für mobilitätseingeschränkte Menschen abzubauen. Insbesondere im ländlichen Raum ist der Handlungsbedarf groß. Wir wollen mit einem Landesprogramm den barrierefreien Umbau der Bahnhöfe und Haltepunkte in Sachsen fördern und vorantreiben. Mit der Deutschen Bahn wollen wir dazu eine Rahmenvereinbarung abschließen. Bis 2025 sollen alle Haltepunkte und Bahnhöfe des Nahverkehrs im Freistaat Sachsen vollständig barrierefrei ausgebaut sein. Doch nicht nur Bahnhöfe, sondern auch Züge, Busse, der Schienenersatzverkehr und die Toiletten in Bahnhöfen müssen barrierefrei sein.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein Modernisierungs-Förderprogramm, das die Kommunen dabei unterstützt, ihre Bahnhöfe zu Mobilitätsstationen weiterzuentwickeln,
- ein Landesprogramm für Barrierefreiheit an Bahnhöfen, Haltepunkten und in allen öffentlichen Verkehrsmitteln.

Nah – Mobil. Zu Fuß und mit dem Rad

Mobil zu sein hieß lange, das Auto zu nutzen. Doch heute fahren immer mehr Menschen Fahrrad oder erledigen ihre Wege zu Fuß. Für unsere Städte ermöglicht das ein Umsteuern hin zu attraktiveren Innenstädten mit Grünflächen und öffentlichen Plätzen, wo Menschen sich gerne aufhalten. Mit sicheren Radverbindungen sowie barrierearmen Fußwegnetzen sowie mit einem leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr wollen wir die Lebensqualität besonders in den von Lärm und Luftschadstoffen betroffenen Städten steigern.

Um den Anteil des Rad- und Fußverkehrs zu erhöhen, müssen die Bedingungen für die Menschen, die mit dem Rad oder zu Fuß unterwegs sein wollen, verbessert werden. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen und **Nahmobilitäts-Checks** fördern. In einem ersten Schritt soll mit einer Bestandsanalyse der

Zustand der Wege und Straßen für den Rad- und Fußverkehr ermittelt werden. Mit dem Wissen um zu schmale, schlechte und fehlende Wege oder nicht ausreichende Querungshilfen von Straßen können die notwendigen Maßnahmen zielgerichtet ergriffen werden.

Bei Planung, Bau sowie Unterhalt von Infrastruktur muss die Perspektive des Fuß- und Radverkehrs eine zentrale Rolle spielen. Qualifiziertes Personal ist dafür unerlässlich. Wir wollen deshalb eine sächsische **Agentur für Nahmobilität** gründen, bei der sich die Verantwortlichen fortbilden können, die den Erfahrungsaustausch fördert und Best-Practice-Beispiele zur Verfügung stellt.

Das große Potenzial des **Radverkehrs** wollen wir heben und den Anteil der in Sachsen mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege bis zum Jahr 2025 auf 20 Prozent verdoppeln. Deshalb setzen wir uns dafür ein, jedes Jahr mindestens 100 Kilometer Radwege an sächsischen Bundes- und Landstraßen zu bauen oder instand zu setzen. Besonders gefährliche Abschnitte sollen besonders schnell einen Radweg erhalten. Wir streben außerdem an, sachsenweit ein dichtes Netz von attraktiven Radschnellwegen einzurichten. Für die kommunale Radverkehrsförderung wollen wir jährlich 20 Millionen Euro zulasten des Neubaus von Straßen investieren. Deshalb fordern wir, dass der Straßenraum anhand der Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer*innen verteilt wird. Jede Fahrt mit dem Fahrrad und jeder Weg zu Fuß verringert die Beeinträchtigungen, die der Autoverkehr in den Innenstädten durch Parkraumbedarf, Parkplatzsuche, Lärm, Abgase und Unfallpotenzial mit sich bringen. Zudem kaufen Radfahrende und Menschen zu Fuß wohnortnah ein und stützen damit den lokalen Einzelhandel.

Die Zukunft der Mobilität hat schon begonnen und sie ist multimodal. Viele Menschen kombinieren je nach Bedarf das eigene Auto, CarSharing, Rad, Bus und Straßenbahn sowie den Zug. Um die Zahl Rad fahrenden Pendler*innen deutlich zu erhöhen, braucht es an den Umsteigepunkten **Fahrradstationen** und am Arbeitsplatz sichere Radabstellanlagen. Mit einem Landesprogramm wollen wir bis 2025 mindestens 20 Radstationen an Sachsens wichtigsten Bahnhöfen errichten, die als Minimum sicheres und wetterfestes Fahrradparken, Leihräder sowie Fahrradreparaturen anbieten.

In den vergangenen Jahren hat der Lieferverkehr stark zugenommen. Das stellt unsere Städte durch wachsende Lärm- und Schadstoffbelastungen vor große Herausforderungen. Digitalisierung und technische Innovationen können jedoch dazu beitragen, dass Mensch und Umwelt, aber auch die Wirtschaft profitieren können. Wir setzen uns dabei für Kooperationen von Speditionen und Lieferdiensten ein und wollen **Modellprojekte für eine emissionsfreie Zustellung** initiieren. Denn ein großes Potenzial liegt in den letzten Kilometern. Mit Lastenrädern können Pakete von Mikrodepots in der Stadt bis zur Haustür geliefert werden. Mit einem Förderprogramm wollen wir zudem gemeinnützige Organisationen, Gewerbetreibende oder Kommunen bei der Anschaffung von Lastenrädern unterstützen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- kommunale Nahmobilitäts-Checks, mit denen die Situation von Fuß- und Radverkehr erfasst und Verbesserungsvorschläge entwickelt werden,
- eine Offensive im Radwegebau und in der Radverkehrsförderung, ein Landesprogramm für Radstationen an Bahnhöfen.

Güter von der Straße auf die Schiene bringen

Der Güterverkehr auf sächsischen Autobahnen nimmt stetig zu. Wir wollen, dass deutlich mehr Güter auf der Schiene transportiert werden. Auf der niederschlesischen Magistrale, der gerade erst ausgebauten Güterverkehrsstrecke zwischen Hoyerswerda und der polnischen Grenze, wollen wir durch Fördermaßnahmen eine „**rollende Autobahn**“ einrichten. Wir wollen so eine grenzüberschreitende Verbindung schaffen, mit der Lkw auf der Schiene von Osteuropa bis ins Ruhrgebiet und in die Rhein-Main-Region sowie zu den Nordseehäfen und zurück transportiert werden können. Spätestens bis zum Beginn der Sanierung und Sperrung des Autobahntunnels „Königshainer Berge“ auf der A 4 muss diese rollende Autobahn zur Verfügung stehen. Dafür unterstützen wir den Bau von Terminals entlang der Strecke, um Lkw auf die Schiene verladen zu können.

Wir wollen zudem landesweit den Bau von **Railports**, kleineren Terminals, die Unternehmen auch mit kleineren Transportmengen einen Zugang zum Schienengüterverkehr verschaffen, fördern. Zusätzlich wollen wir eine Online-Informationsplattform einrichten, die über Fördermöglichkeiten im Bereich des Schienengüterverkehrs zum Beispiel für Bau von Gleisanschlüssen informiert

und Akteur*innen im Schienentransportgewerbe mit den heimischen Unternehmen zusammenbringt. Wir setzen uns dafür ein, Eisenbahnstrecken im Freistaat Sachsen zu **elektrifizieren** und dafür ein sachsenweites Konzept zügig zu erarbeiten. Der Freistaat muss sich dafür einsetzen, dass die Elektrifizierung der Strecken Dresden-Görlitz, Cottbus-Görlitz und Leipzig-Gera mit Mitteln aus dem Strukturwandel fonds des "Kohle-Kompromisses" finanziert werden. Die Strecken Leipzig-Bad Lausick-Geithain, Plauen-Cheb und Bischofswerda-Zittau sollen in das Elektrifizierungsprogramm des Bundes aufgenommen werden. Für weitere Regionalstrecken wie Borsdorf-Döbeln und Görlitz-Zittau oder Bahnstrecken im Erzgebirge, im Vogtland und in der Sächsischen Schweiz ist der Einsatz alternativer Antriebe oder von batteriebetriebenen Fahrzeugen zu prüfen und ggf. mit Landesmitteln zu fördern.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine „rollende Autobahn“ für den Güterverkehr,
- Railports als Zugangstationen zum Schienenverkehr für kleine und mittlere Unternehmen,
- ein Elektrifizierungskonzept für die sächsischen Bahnstrecken.

1.5 Wirtschaft und Arbeit – Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit zusammen denken

Wir GRÜNE wollen eine Wirtschaftspolitik, die Zukunftsfähigkeit durch ökologische Modernisierung schafft. Sozial-ökologische Wirtschaftspolitik muss über die Wertschöpfung hinaus auch gesellschaftliche Solidarität und den ökologischen Fußabdruck unseres Tuns konsequent berücksichtigen. Wir GRÜNE fordern diesen Paradigmenwechsel immer wieder ein. GRÜNE Wirtschaftspolitik hat zum Ziel, dass in Sachsen zukunftsfähige Branchen und Geschäftsmodelle ihre Heimat haben. Uns geht es um Technologieführerschaft im postfossilen Zeitalter und Wertschöpfung mit höherer Ressourceneffizienz. Wir wollen darüber hinaus gute Arbeitsplätze im sächsischen Industrie- und Dienstleistungssektor in Sachsen erhalten und neue schaffen.

In der heutigen Zeit des tiefgreifenden Wandels geht es um kluge, weit vorausschauende Wirtschaftspolitik, die auch das Wohl der nächsten Generationen im Blick hat. Das Ziel, die Klimaerhitzung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen, zwingt die Wirtschaft zu großen Schritten in der Dekarbonisierung. Wichtige Segmente der heutigen sächsischen Wirtschaft wie z. B. Automobilindustrie, Energie- und Bauwirtschaft, Chemieindustrie sowie zum Teil Maschinen- und Anlagenbau sind herausgefordert, sich neu aufzustellen.

Neben den Veränderungen in existierenden Industrien entstehen und wachsen ganz neue Wirtschaftsfelder. Wir setzen uns für eine Bioökonomie ein, in welcher der Bedarf an Kohlenstoffen aus nachwachsenden Quellen anstelle von fossilen Rohstoffen gedeckt wird. Um den Rohstoffbedarf in Grenzen zu halten und „Zero Waste“ zu verwirklichen, sind geschlossene Stoffkreisläufe wichtig. Diese Bioökonomie eröffnet auch in Sachsen neue Chancen für Wettbewerbsfähigkeit und gute Arbeitsplätze. GRÜNE Wirtschaftspolitik hat den Anspruch, weit in die Zukunft zu blicken, wichtige Trends zu erkennen und deren Umsetzung so frühzeitig zu fördern, dass ausbaufähige Alleinstellungsmerkmale entstehen. Wir wollen die großen Transformationsprozesse sowohl beim klimaneutralen, ressourcenschonenden Wirtschaften, als auch bei der Energiewende und der Digitalisierung unterstützen. Dazu wollen wir GRÜNE die gesamte

Innovationspolitik sowie die Gründungs- und Ansiedlungsförderung erneuern.

Wir wollen in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Akteur*innen regional und lokal Übergänge zu nachhaltigem Wirtschaften voranbringen. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk dem sächsischen Handwerk, dem Mittelstand und dem Dienstleistungssektor. Wir GRÜNEN wollen aussteigen aus Umwelt- und Naturzerstörung, aus Verschwendung und Abfallproduktion. Wir stehen für einen verantwortungsvollen Wandel gemeinsam mit den Menschen und für die Menschen. Nur so erhalten wir die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen. Gesunde Nahrungsmittel, langlebige Konsumgüter, attraktive Wohn(um)welten auf der Basis von produktiven und widerstandsfähigen Naturräumen kennzeichnen den Wandel hin zu einer nachhaltigen Ökonomie.

Nachhaltigkeitsziele setzen

GRÜNE Wirtschaftspolitik will Ressourceneffizienz, erneuerbare Energien und Stoffkreisläufe in Produktionsabläufen und in den Produkten alltäglich machen. Indem wir das vorantreiben, stärken wir dauerhaft die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Wir machen die sächsische **Wirtschaftsförderung** unbürokratischer und übersichtlicher und richten sie stärker auf die innovativen kleinen und mittleren sowie auf am Gemeinwohl orientierten Unternehmen aus. Für uns muss Wirtschaftsförderung mit öffentlichen Mitteln auch soziale, ökologische und Gemeinwohl-Kriterien im Blick haben. Branchen wie die Kultur- und Kreativwirtschaft oder der Dienstleistungssektor dürfen bei der Vergabe von Fördermitteln gegenüber technologieorientierten Unternehmen nicht benachteiligt werden. Insbesondere kleine, mittelständische und Start-up-Unternehmen brauchen Hilfe bei der Antragstellung und Abwicklung öffentlicher Förderung. Wir wollen, dass die EU-Förderprogramme bei ihrer Umsetzung in Sachsen nicht durch unnötige Zusatzaufgaben des Landes verkompliziert werden. Nicht nur technologieorientierte Branchen stehen im Fokus GRÜNER Politik in Sachsen. Wir setzen uns ebenso für das moderne Handwerk, die Kultur- und Kreativwirtschaft, die Gesundheitswirtschaft und den Sozial- und Bildungsbereich als Innovationsmotoren ein.

Wir stehen für den Abschied von der einseitigen Orientierung auf das Bruttosozialprodukt als Maß für den wirtschaftlichen Erfolg. Wir denken Wertschöpfung weiter, denn nur wirtschaftliches Handeln zum Wohle aller jetzt und in Zukunft ist nachhaltig. Die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN-Vollversammlung im

Rahmen der Agenda 2030 gelten überall. Deshalb wollen wir auch für Sachsen Indikatoren für eine **Nachhaltigkeitsstrategie** entwickeln, an denen sich heutige und künftige Politik messen lassen muss.

Die sächsische Wirtschaftspolitik muss zunehmend regionenübergreifend über Bundesländergrenzen hinweg und in Zusammenarbeit mit europäischen Nachbarstaaten weiterentwickelt werden. Im Zusammenhang mit der Strukturentwicklung von ehemaligen Braunkohlerevieren in der Lausitz und in Mitteldeutschland zeigt sich bereits, dass ohne einen solchen Ansatz keine sinnvollen regionalen Konzepte möglich sind. Die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, die mit Steuervorteilen locken, lehnen wir ab. Sonderwirtschaftszonen schwächen die Kommunen, denen die nötigen Steuereinnahmen fehlen, sind nachteilig für die Beschäftigten, weil Tarifverträge nicht gelten, und nützen nur großen Unternehmen. Unterbietungsstrategien, ob nun bei Steuern, Löhnen, Umwelt- und Lärmschutzauflagen, sehen wir als ungeeignet an, um Sachsen nachhaltig voranzubringen.

Wir GRÜNE wollen **regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten** stärken. Das schafft Wertschöpfung und Wohlstand vor Ort, hält das Geld in der Region und entlastet die Umwelt durch weniger Verkehr. So erhöht die Förderung dezentraler Strukturen zugleich die Lebensqualität in ganz Sachsen. Soziale und ökologische Marktwirtschaft orientiert sich immer auch am Gemeinwohl. Deshalb wollen wir Genossenschaftsmodelle ebenso wie Konzepte der solidarischen Ökonomie – wie beispielsweise Sozialunternehmer*innen – fördern.

Eine nachhaltige, ressourcenschonende und innovative Rolle kommt der **Sharing Economy** zu (z. B. Carsharing, Reparatur-Cafes). Wir unterstützen diese Entwicklungen. Wir wollen Co-Working-Spaces und Maker-Spaces stärken und stehen digitalen Sharing-Geschäftsmodellen aufgeschlossen gegenüber. Geschäftsmodelle auf Plattformbasis, wie zum Beispiel Airbnb, Uber oder Foodora, die gesellschaftliche Probleme wie steigende Mieten oder unfaire Bezahlung und mangelnde Absicherung der Arbeitnehmenden verstärken, möchten wir Grenzen setzen.

Die demografische Entwicklung stellt in einigen sächsischen Regionen wie der Lausitz oder im Erzgebirge sowie in weiteren ländlichen Regionen eine der größten Herausforderungen, auch für die Wirtschaftsentwicklung, dar. Allein in der Lausitz werden bereits in den nächsten 15 Jahren etwa hunderttausend Men-

schen im erwerbsfähigen Alter fehlen. Wir GRÜNE sehen die Notwendigkeit, auch in der Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik umzusteuern. Die künftige wirtschaftliche Entwicklung solcher Regionen hängt weniger von Neuansiedlungen ab, die bereits in wenigen Jahren keine Arbeitskräfte mehr finden. Für die wirtschaftliche Zukunft dieser Regionen muss Arbeitskräftesicherung durch **Investitionen in die Attraktivität der Regionen**, in Kultur, Bildung, Sport, Freizeit, Erreichbarkeit sowie durch gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne betrieben werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen haben bereits lange vor der aktuellen Diskussion um den nationalen **Kohleausstieg** mit den Menschen vor Ort in der Lausitz Ideen und Konzepte für Perspektiven in der Zeit nach der Kohle entwickelt. Für uns ist es wichtig, dass Leitbilder und Zukunftskonzepte vor Ort von einer breiten zivilgesellschaftlichen Basis akzeptiert und getragen werden. Wir wollen eine langfristig angelegte **Strukturentwicklungsförderung** in den Kohleregionen in der Lausitz und im mitteldeutschen Revier. Für uns hat diese Aufgabe Modellcharakter für andere Transformationsprozesse in Deutschland und Europa. Für uns GRÜNE ist die Aufgabe des Strukturwandels in den Kohleregionen viel mehr als nur die Schaffung von Verkehrswegen. Wir wollen in der Bioökonomie nachhaltige Wirtschaftszweige wie grüne Chemie, Umwelt- und Renaturierungstechnologien unterstützen. Grüne Wirtschaftspolitik setzt sich für eine Führungsrolle Sachsens in der Energiewende ein. Wir wollen die Lebensqualität und Attraktivität der ehemaligen Kohleregionen durch Investitionen in Kultur, Bildung und Forschung deutlich stärken. Durch gute Arbeitsplätze in neu anzusiedelnden Einrichtungen des Bundes und des Landes schaffen wir Zuzugsimpulse.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung hin auf kleine und mittlere sowie am Gemeinwohl orientierte Unternehmen,
- ausgeglichene Wirtschaftsförderung zwischen den drei Zentren und dem ländlichen Raum,
- die aktive Verfolgung der UN-Nachhaltigkeitsziele,
- die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten,
- Investitionen in die Attraktivität von Regionen statt klassischer Ansiedlungspolitik,
- eine Strukturentwicklungsförderung, die den notwendigen Strukturwandel für die Zeit nach Kohle und Öl unterstützt.

Tourismusland Sachsen

Damit in der sächsischen Tourismuswirtschaft neben den großen Städten auch ländliche Regionen stärker profitieren können, wollen wir gezielt Maßnahmen fördern, die sich dort nachhaltig und strukturfördernd auswirken. Beispiele dafür sind der **Radtourismus** und **naturverträgliche touristische Angebote**. Die Tourismuswirtschaft ist in besonderem Maße von den bereits spürbaren Auswirkungen der Klimaerhitzung und von den häufiger auftretenden Extremwetterereignissen betroffen. Wir wollen deshalb Beratungsangebote zur regionalen Klimaprognose und zu notwendigen **Anpassungsstrategien** und gezielte Förderprogramme zur Unterstützung von Investitionen zur Anpassung an die veränderten klimatischen Bedingungen sowie zur klimafreundlichen Gestaltung touristischer Angebote schaffen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Förderung des Radtourismus und des naturnahen Tourismus,
- die Beratung und Förderung für Klimawandelanpassung und klimafreundlichen Tourismus.

Das Handwerk als Partner für nachhaltige Entwicklung

Das Handwerk liefert einen zentralen Beitrag zur regionalen Wirtschaft sowie dazu, dass wir ressourcenschonender arbeiten und leben können. Es ist ein wichtiger Partner bei der Energiewende und dem Klimaschutz. Wir unterstützen das Handwerk bei der Weiterentwicklung von Aus- und Weiterbildung. Wir wollen das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft beim Weg in die digitale Wirtschaft fördern und kümmern uns um Nachwuchs- und Fachkräftesicherung. Wir GRÜNE wollen eine **Meistergründungsprämie** einführen, um Gründer*innen die ersten Schritte zur Selbständigkeit zu erleichtern. Für Gewerke ohne Meisterpflicht sind Gründungshürden ebenfalls abzubauen.

Wir setzen uns dafür ein, mit der Möglichkeit des „Spurwechsels“ – also der Möglichkeit für gut integrierte und qualifizierte Geflüchtete, unabhängig von ihrem Asylstatus in unserem Land, arbeiten zu können – und mit spezifischen Aus- und Weiterbildungskonzepten für **Menschen mit Migrationshintergrund** insbesondere das Handwerk und kleine Unternehmen bei der Gewinnung von Auszubildenden und Fachkräften zu unterstützen.

Wir wollen die **Unternehmensnachfolge** im Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen sowie im Handwerk unterstützen. Wenn die vorhandenen Beratungs- und Finanzierungsinstrumente nicht ausreichen, sind zusätzliche Förderinstrumente zu schaffen.

Um Innovationen aus Handwerk und Dienstleistungen zu fördern, wollen wir Förderinstrumente schaffen beziehungsweise bereits vorhandene Programme für solche Betriebe öffnen. Mit GRÜNEN Konzepten bei Gebäudesanierung, Energieeffizienz, dezentraler Energie- und Rohstoffversorgung sowie Recycling bieten wir dem Handwerk auf lange Sicht enormes Potential.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Einführung einer Meistergründungsprämie,
- die gezielte Qualifizierung von Geflüchteten bzw. Migrant*innen zu Fachkräften,
- die Unterstützung von Handwerker*innen bei der Sicherung der Unternehmensnachfolge.

Mut zur Existenzgründung machen, Gründer*innen unterstützen

Gerade in einem durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägten Bundesland wie Sachsen sind Unternehmensgründungen eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaften und sich erneuernde Innovationskraft. Neue Marktteilnehmer*innen und neue Geschäftsmodelle modernisieren nicht nur die Wirtschaftsstruktur, sondern schaffen auch zukunftsfähige Arbeitsplätze und Mitgestaltungsmöglichkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Gründer*innenszene ist heterogen und vielfältig. Dabei erlangen auch Menschen mit Migrationshintergrund eine zunehmende Bedeutung. Gerade in guten Zeiten auf dem Arbeitsmarkt fällt in der persönlichen Chance-Risiko-Abwägung Gründungswilliger häufig die Entscheidung für die Aufnahme einer gut bezahlten abhängigen Beschäftigung statt sich und die eigene Familie dem hohen persönlichen Risiko unternehmerischer Initiative auszusetzen. Um dennoch Gründungen voranzubringen, müssen Risiken und Eintrittsbarrieren reduziert und Chancen gestärkt sowie Gründer*innengeist in allen Lebensphasen gefördert werden.

Wir GRÜNE wollen Gründer*innen voranbringen. In Großstädten sind in den letzten Jahren lebendige Startup-Plattformen entstanden. Wir wollen sie ausbauen und ihre Kooperation mit innovativen mittelständischen Unternehmen, die bereits am Markt sind, unterstützen. Die **Gründungsberatung** wollen wir mittels eines Gutscheinsystems vereinfachen. Für **Frauen** als Existenzgründerinnen wollen wir ein spezifisches Förderprogramm entwickeln.

Mit konsequentem Ausbau des E-Government wollen wir die Gründungsphase entbürokratisieren. Zum weiteren Abbau von Einstiegshürden wollen wir die notwendigen Behördenkontakte an einer Stelle bündeln (one-stop-agency). Die Umsetzung von guten, umsetzbaren Ideen darf nicht daran scheitern, dass kein Gründungskapital zur Verfügung steht. Zur Überbrückung von Finanzierungslücken beim Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in finanzierbare Geschäftskonzepte wollen wir eine **Validierungsförderung** einführen. Kleinstunternehmen wollen wir nach der Gründungsphase bei der sozialen Absicherung unterstützen.

Die bei öffentlichen Startup-Finanzierungsinstrumenten üblichen persönlichen Haftungsvoraussetzungen stellen wir auf den Prüfstand. Ein unternehmerisches Scheitern in den ersten Jahren darf nicht dazu führen, dass bereits erfahrene Gründer*innen und ihre Familien über Jahre in schwere persönliche Krisen stürzen und eine zweite Chance enorm erschwert wird. Das Wissen um die Akzeptanz des Scheiterns ist oft Voraussetzung für den Mut zum Gründen. Zur Unterstützung der Existenzgründung aus Arbeitslosigkeit (ALG II) wollen wir Jobcenter-Mitarbeiter*innen qualifizieren und weiterbilden. Die Entwicklung von Gründungsnetzwerken wollen wir auch außerhalb der großen Städte fördern. In Regionen Sachsens, wo die Strukturen zur Förderung von Start-ups Lücken aufweisen, muss das Engagement des Freistaats verstärkt werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Vereinfachung der Gründungsberatung,
- ein Förderprogramm für Frauen als Gründerinnen sowie Nebenerwerbsgründungen,
- eine Validierungsförderung für Gründungen aus der Wissenschaft,
- die flächendeckende Unterstützung von Gründungsnetzwerken.

Fair und nachhaltig wirtschaften

Bund, Länder und Kommunen kaufen jährlich für mehrere Milliarden Güter und Dienstleistungen ein. Diese Marktmacht der öffentlichen Hand gilt es als Impulsgeberin für ökologisches und soziales Wirtschaften zu nutzen. Wir GRÜNE wollen ein modernes, **sächsisches Vergabegesetz**, das Umwelt- und Sozialstandards konsequent anwendet und die Effizienz öffentlicher Ausgaben des Freistaats Sachsen und seiner Kommunen sichert. Umwelt und Energieeffizienzkriterien, die Verringerung von Ressourcenverbrauch und geringere Entsorgungskosten sollen in der öffentlichen Beschaffung Berücksichtigung finden. Kleinen und mittleren Unternehmen kommen die losweise Ausschreibung und Vergabe sowie die Senkung des Schwellenwertes für die freihändige Vergabe auf 10.000 Euro zugute. Veröffentlichungspflichten dienen der Transparenz und einer besseren öffentlichen Kontrolle. Wir wollen die Vergabe von öffentlichen Aufträgen von der Tariftreue der Unternehmen abhängig machen und setzen uns darüber hinaus für die Berücksichtigung der Frauenförderung ein. Mit der Einführung von Innovationskriterien schaffen wir die Möglichkeit, innovativen und jungen Unternehmen mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen den Weg in den Markt zu ebnen.

Die **internationale Verflechtung** der sächsischen Wirtschaft wollen wir unterstützen. Internationale Handelsabkommen müssen faire Arbeitsbedingungen und hohe Umweltstandards garantieren. Schwellen- und Entwicklungsländer dürfen nicht mit Wettbewerbsnachteilen marginalisiert werden. Das bereits vorläufig in Kraft getretene CETA-Abkommen mit Kanada bedarf noch einer Ratifizierung durch alle EU-Staaten. Wir treten dafür ein, dass der Abbau von Handelshemmnissen nicht mit der Senkung von Standards bei Umweltschutz, Gesundheitsschutz, Verbraucherschutz, Datenschutz und Tierschutz sowie von Arbeitnehmer*innenrechten einhergeht. Das Recht zur kommunalen Daseinsvorsorge darf nicht in Frage gestellt werden. Deshalb darf eine sächsische Staatsregierung dem CETA-Abkommen in seiner aktuellen Fassung im Bundesrat keine Zustimmung erteilen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein sächsisches Vergabegesetz, das ökologische und soziale Kriterien zur Grundlage öffentlicher Ausschreibungen macht,
- eine internationale Handelspolitik des Freistaats, die sich vom Schutz von Umwelt, Gesundheit, Arbeitnehmer*innenrechten und der kommunalen Daseinsvorsorge leiten lässt.

Gute Arbeit in Sachsen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen chancenreichen Arbeitsmarkt in Sachsen, der allen Mitgliedern der Gesellschaft fairen Zugang, Teilhabe und gutes Auskommen sichert. Wir wollen es uns nicht leisten, dass Jugendliche keine Abschlüsse haben und den sächsischen Unternehmen gut ausgebildete Fachkräfte fehlen. Dafür brauchen wir eine Arbeitsmarktpolitik, die die richtigen Rahmenbedingungen für eine barrierearme Arbeitswelt, Durchlässigkeit und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten setzt. Um eine zielgenaue Ausbildung zu erreichen, müssen insbesondere kleine und mittlere Betriebe in die Lage versetzt werden, selbst das passende Personal auszubilden. Wir sehen die **aktive Förderung der Integration** von Menschen mit Migrationshintergrund, älteren Menschen sowie Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt als wichtige arbeitsmarktpolitische Aufgabe. Jobcenter und Arbeitsagenturen sollen so ausgestattet sein, dass sie einer qualitativ hochwertigen individuellen Unterstützung älterer Arbeitsloser gerecht werden können. Wir halten Alternativen zu den Werkstätten für Menschen mit Behinderung für wichtig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern wirksame Instrumente in Sachsen wie ein Budget für Arbeit, den Ausbau von Integrationsbetrieben, die Qualifizierung unterstützter Beschäftigung und Arbeitsassistenten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie die Weiterentwicklung persönlicher Budgets für die berufliche und gesellschaftliche Teilhabe. Wir ermutigen Unternehmen, insbesondere mehr junge Menschen mit Behinderung auszubilden. Wir setzen uns für die Einrichtung einer zentralen Vermittlungsagentur ein, die gezielt Menschen mit Behinderung in Berufe ihrer Qualifikation vermittelt.

Der öffentliche Dienst hat dafür als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion. Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen von den Vorteilen einer vielfältigen Belegschaft überzeugen. Gleichzeitig muss sich der Arbeitsmarkt mit seinen Regeln und Strukturen so verändern, dass wir eine offene Arbeitsgesellschaft erreichen. Unser Ziel ist es, so vielen Jugendlichen wie möglich eine duale Berufsausbildung zu ermöglichen. Dafür müssen wir auch die Schulabbrecher*innenquote in Sachsen deutlich senken.

Wir wollen Unternehmen dabei unterstützen, lebenslanges Lernen, altersgerechte Arbeitsorganisation und Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz zu ermöglichen.

Die Beschäftigungsquote allein ist kein ausreichender Indikator für eine gute Arbeitsmarktpolitik. Die jahrzehntelange Billiglohnpolitik der CDU hat viele Menschen in prekäre Verhältnisse geführt oder zur Arbeit in andere Bundesländer gedrängt (Pendler*innen). Heute werden diese Fachkräfte dringend in Sachsen benötigt. Darum unterstützen wir sinnvolle Aktivitäten, diese Fachkräfte wieder nach Sachsen zurückzuholen. Wir GRÜNE wollen, dass der Freistaat – auch auf Bundesebene – alle Möglichkeiten ergreift, die **Tarifbindung** zu stärken. Wir wollen auch in Zusammenarbeit mit den sächsischen Unternehmen und den Gewerkschaften Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit und Gesundheitsförderung sowie das betriebliche Gesundheitsmanagements weiterentwickeln. Dazu gehört insbesondere auch, die nachweislich gesundheitsgefährdende Nachtarbeit auf ein Minimum zu reduzieren. Als Arbeitgeber soll der Freistaat mit gutem Beispiel vorangehen. Wir bekennen uns zu einem schnellen Angleichen von Löhnen und Gehältern sowie Renten in Ost und West. Bei der Durchsetzung dieser Forderungen unterstützen wir Arbeitnehmer*innen. Dies gilt auch für die Gleichstellung von Leiharbeiter*innen und die Angleichung des Mindestlohns, die so erfolgen muss, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können. Die Arbeitsschutzverwaltung muss gestärkt werden, damit sie wieder ihre Aufgaben wahrnehmen kann.

Unser Ziel ist es, über den gesamten beruflichen Lebensweg hinweg für Familie, private Interessen oder gesellschaftliches Engagement ausreichend Spielraum zu schaffen. Wir wollen, dass sächsische Arbeitnehmer*innen selbstverständlich Auszeiten, Gleitzeit-Modelle oder Arbeitszeitverkürzungen in Anspruch nehmen können, ohne dadurch Nachteile in ihrem Berufsleben oder bei ihren Karrierechancen zu erfahren. Um Arbeitnehmer*innen Möglichkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung zu geben, wollen wir ein **Bildungsfreistellungsgesetz** einführen, das ihnen zehn Tage Freistellung innerhalb von zwei Jahren zur Wahrnehmung von Bildungsangeboten einräumt.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die aktive Integration von Arbeitslosen, Migrant*innen und Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt,
- die Stärkung der Tarifbindung,
- einen besseren Arbeitsschutz,
- ein sächsisches Bildungsfreistellungsgesetz.

Digitalisierung als Herausforderung annehmen

Neue digitale Technologien – egal, ob man sie Digitalisierung, Industrie 4.0 oder das Internet der Dinge nennt – verändern unsere Welt grundlegend. Wir betrachten die Digitalisierung als Chance für die Gesellschaft. Digitalisierung ist ein Querschnittsthema, sie braucht eine zentrale Koordinierung. Noch stockt in Sachsen der Breitbandausbau, noch verfügen viele Schulen nicht über die nötige Anzahl von Informatiklehrer*innen und die technischen Voraussetzungen für einen zeitgemäßen Unterricht. Viele Verwaltungen arbeiten immer noch analog. Um dieses zentrale Thema angemessen voranzubringen, fordern wir ein **Ministerium für Innovation und Digitalisierung**.

Wir dürfen nicht die gleichen Fehler wie beim Strukturwandel in den Kohleregionen wiederholen. Niemand soll von digitaler Teilhabe – z. B. durch fehlende Kenntnisse oder fehlende Anschlüsse – ausgeschlossen werden. Deshalb werden wir ein Zukunftslabor nach Schleswig-Holsteiner Vorbild ins Leben rufen, in dessen Rahmen Weiterbildungsangebote, Informationskampagnen, Jobperspektiven und neue Absicherungsmodelle diskutiert und bewertet werden sollen. Die Arbeit des Beirat „Digitale Wertschöpfung“ muss zukünftig transparent stattfinden und auch Organisationen der Zivilgesellschaft einbeziehen. **Kleine und mittelständische Unternehmen** sollen bei der Digitalisierung durch Fördermaßnahmen gezielt unterstützt werden. Wir wollen einen jährlichen Wettbewerb für die besten Ideen zur Umsetzung des digitalen Wandels und zur Lösung der drängendsten Probleme in Sachsen etablieren, der innovative Ideen z. B. zur Förderung des ländlichen Raumes, zu eGovernment, Medienkompetenz und der Energiewende auszeichnet. Viele Entscheidungen werden in digitalisierten Prozessen mittlerweile mithilfe von künstlicher Intelligenz (KI) gefällt. So hilfreich KI in bestimmten Bereichen auch sein mag, setzen wir uns dafür ein, dass auch zukünftig wichtige Entscheidungen von Menschen getroffen und nicht an in Unternehmen entwickelte Algorithmen übergeben werden. Um KI

als Entscheidungshilfe nutzen zu können, bedarf es einer Offenlegung der entsprechenden Algorithmen und Trainingsdaten sowie einer ethischen Kontrolle, um algorithmische Diskriminierung zumindest auf ein Minimum begrenzen zu können. Außerdem bedeutet mehr Digitalisierung auch nicht zwangsläufig mehr Effizienz. Zu erwartende Effizienzgewinne werden durch den gestiegenen Konsum wieder wettgemacht oder sogar gesteigert (auch als Rebound-Effekt bekannt). Ziel unserer Digitalpolitik ist die Vermeidung von Rebound-Effekten, die zwangsläufig bei Effizienzsteigerung eintreten. Vielmehr wollen wir die Digitalisierung so steuern, dass mit weniger Ressourcen- und Energieverbrauch keine wesentlichen Komfortnachteile entstehen (Suffizienz).

Eine schnelle Internetverbindung ist heute ein elementarer Teil der Daseinsvorsorge. Sachsen braucht endlich eine tragfähige Strategie für flächendeckende Glasfaser-GigaBit-Netze. Dafür müssen die Verfahren besser mit den Kommunen koordiniert werden und der Ausbau bis in jedes Haus auch dort gefördert werden, wo gerade erst in Zwischenlösungen mit Kupferkabel investiert wurde. Außerhalb der Großstädte dürfen keine neuen weißen Infrastrukturflecken entstehen, bestehende Lücken in der 4G/LTE-Versorgung möchten wir schnellstmöglich schließen. Wir wollen möglichst schnell die Voraussetzungen für schnellen Mobilfunk der nächsten Generation (5G) schaffen.

Wir GRÜNE wollen **freie WLAN-Netze**, also kostenfreies, von Unternehmen unabhängiges Internet, wie es Freifunkinitiativen an einigen Orten in Sachsen bereits aufgebaut haben. Diese Initiativen sollen über die Infrastrukturförderung des Freistaats gefördert und als gemeinnützige Vereine anerkannt werden. Wir wollen Freifunk-Hotspots an mindestens 100 Gebäuden des Freistaats einrichten und weitere Liegenschaften des Freistaats für Freifunk zugänglich machen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Forderung nach einem Ministerium für Innovation und Digitales,
- die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen bei der Digitalisierung,
- die Förderung von GigaBit-Netzen, 5G-Mobilfunk und freien WLAN-Netzen.

2. DAS MENSCHLICHE SACHSEN GESTALTEN

Sachsens größter Reichtum sind die Menschen, die hier leben. Für uns steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit im Mittelpunkt. Unabhängig von Geschlecht, Alter, Aussehen, Herkunft, sexueller Orientierung, ob mit oder ohne Behinderung, egal wo jemand herkommt oder hinwill – alle gehören dazu, verdienen Respekt und Unterstützung. Vielfalt ist für uns keine Bedrohung, sondern Bereicherung. Wir wollen bestehende Diskriminierungen beseitigen und allumfassende Teilhabe ermöglichen. Sachsen ist nur dann ein lebenswertes Land, wenn alle die Chance auf ein gutes Leben haben.

Grundlage für eine Gesellschaft, die allen Teilhabe ermöglicht, sind starke öffentliche Institutionen. Der Mangel an Kitaplätzen und Lehrkräften, das Fehlen preiswerter kommunaler Wohnungen, die Situation in der Pflege und viele andere Missstände zeigen, dass die Daseinsvorsorge in Sachsen vielfach nicht mehr funktioniert. Wir wollen die soziale Infrastruktur wieder fit machen und die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge sichern. Wir wollen Verkrustungen aufbrechen und neue Wege gehen.

2.1 Ein Sachsen, das allen gerecht wird

Sachsen ist bunt. Die Unterschiedlichkeit der Menschen macht unser Land stark und lebenswert. Nicht eine vermeintliche Leitkultur hält unsere Gesellschaft zusammen, sondern der Respekt vor unterschiedlichen Identitäten und Lebensweisen. Wer dazugehören will, muss nicht hier geboren sein, sondern sich an die Werte unserer Verfassung halten. Wir treten dafür ein, dass kein Mensch aufgrund von Alter oder Behinderung, Herkunft oder Religion, Geschlecht oder sexueller Identität angefeindet, ausgegrenzt oder alleingelassen wird. Die Realität in Sachsen sieht allzu oft anders aus.

Frauen haben auf dem Arbeitsmarkt nicht die gleichen Chancen wie Männer, für Schüler*innen mit Behinderung gibt es zu wenig inklusive Angebote und Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe vielerorts versteckt oder offen angefein-

det. Diese und viele andere Beispiele zeigen, dass die Würde des Menschen weder in der Gesellschaft noch in öffentlichen Institutionen selbstverständlich geachtet wird. Häufig herrschen Unkenntnis und Angst vor dem Fremden. Wir wollen Vorurteile und Benachteiligungen abbauen, aktiv auf den Respekt vor den Anderen hinwirken und Chancen für alle eröffnen. Auf dem Weg, Teilhabe und Selbstbestimmung für alle zu verwirklichen, gibt es in Sachsen noch viel zu tun. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, in der alle in ihrer Unterschiedlichkeit akzeptiert werden und ihre Chancen nutzen können.

Für ein generationengerechtes Sachsen

Wir wollen die gesellschaftliche **Teilhabe** der Menschen in Sachsen unabhängig von ihrem Alter und ihrer Lebenssituation sichern. Statt die verschiedenen Generationen und Lebensentwürfe gegeneinander auszuspielen, wollen wir Selbstbestimmung, Vielfalt und sozialen Zusammenhalt fördern. Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben von Kindesbeinen an fördern. Voraussetzung dafür ist es, dass Kinder und Jugendliche gesund und gewaltfrei aufwachsen. Dazu bedarf es eines bedarfsgerechten Ausbaus der frühen Hilfen, um **Kindeswohl** und Kindergesundheit zu schützen. Kinder und Jugendliche müssen an Entscheidungen beteiligt werden, von denen sie betroffen sind. Nach diesem Grundsatz wollen wir Kinder in ihren Rechten stärken. Wir wollen das **Wahlalter** für Kommunal- und Landtagswahlen auf 14 Jahre senken und in jeder Kommune Jugendparlamente und Beteiligungsformate für junge Menschen unterstützen. Wir wollen das Netzwerk „Jugend bewegt Kommune“ sachsenweit etablieren. Darüber sollen jugendgerechte Dialog- und Beteiligungsformate in einem Landesprogramm für Kinder- und Jugendteilhabe für Kinder und junge Menschen bis zu einem Alter von 21 Jahren angeboten werden, die bei der Gestaltung eigener Projektideen wie Jugendclubs vor Ort, Feriencamps oder internationale Austausche unterstützen. Kinder- und Jugendbüros sollen das Angebot vor Ort verstetigen, indem junge Menschen frühzeitig in geplante Projekte von Kommunen einbezogen und bei eigenen Ideen und Projekten unterstützt und beraten werden.

Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Unsere Wertschätzung und Unterstützung gilt allen partnerschaftlichen Beziehungen, ganz gleich ob Vater-Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien. Wir wollen sie in ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebenslagen nicht alleinlassen, sondern **Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien** in ihrem Umfeld ausbauen. Viele Eltern befinden sich in der „rush hour des Lebens“,

einem ständigen Spagat zwischen beruflichem Engagement, Kindererziehung und oft auch der Pflege der eigenen Eltern. Mit einem **Aktionsplan Familienzeit** wollen wir – auch auf Bundesebene – dafür sorgen, dass Arbeitgeber bei familien-gerechten Arbeitszeitmodellen beraten werden, ein Recht auf Berufsausbildung und Studium in Teilzeit verankert wird, flexible Kindertagesbetreuung angeboten wird, und Familienerholungs- und Bildungsmaßnahmen gefördert werden. Darüber hinaus wollen wir **Ein-Eltern-Familien stärken**, deren Zahl wächst: indem getrennt lebende Eltern bei der gemeinsamen Erziehung unterstützt werden, Job-center ihre Maßnahmen an die Lebenssituation Alleinerziehender anpassen und die landespolitische Interessenvertretung für Alleinerziehende gestärkt wird. Zur Koordination wollen wir ein **Kompetenzzentrum zu Hilfen für Alleinerziehende** einrichten.

Wir wollen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben sichern. Um der zunehmenden Vereinsamung in den späten Lebensjahren zu begegnen, wollen wir die Vielfalt an Begegnungsstätten ausbauen und dabei insbesondere den **Kontakt zwischen den Generationen fördern**. Begegnungsstätten, Senior*innenwohn-anlagen und Alterspflegeeinrichtungen sollen bevorzugt und verstärkt gefördert werden, wenn sie gemeinsam oder in Kooperation mit Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Jugendhilfe oder Nachbarschaftstreffs geplant, errichtet und betrieben werden. Projekte des generationenübergreifenden Austauschs wie Nachbarschaftshilfen, Taschengeldbörsen und Tauschringe wollen wir fördern. Altersgerechtes Wohnen und Mehrgenerationenwohnen wollen wir gezielt durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützen.

Wir stehen für eine Stärkung des Gemeinsinns und für eine Kultur des freiwilligen Engagements aller Generationen. **Ehrenamtliches Engagement** braucht Anlaufstellen und eine gute Anerkennungskultur. Den schönen Worten und Versprechungen der Staatsregierung (zum Beispiel zur Finanzierung von Weiterbildung von freiwillig Engagierten) müssen Taten zum effektiven Fördern des freiwilligen Engagements folgen.

Menschen sind in ihrem Leben immer wieder auf Angebote sozialer Unterstützung, Beratung und Begleitung angewiesen. Diese Angebote sind Teil der sozialen Daseinsvorsorge und werden in spezialisierten Beratungsstellen und anderen Angeboten erbracht. Dies erfordert unterschiedliche bedarfsgerechte Angebote, entsprechend ausgebildete Berater*innen und eine tarifvertraglich gesicherte Finanzierung. Wir werden den aktuellen Fachkräftestand und dessen Finanzierung

ermitteln und uns für die fachgerechte tarifliche Finanzierung und eine entsprechende personelle Ausstattung der Angebote einsetzen, damit **soziale Beratungsarbeit** ein attraktives Arbeitsfeld bleibt.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- mehr Rechte von Kindern und Jugendlichen durch Absenkung des Wahlalters und Beteiligungsformate für junge Menschen in jeder Kommune,
- ein landesweites Netzwerk „Jugend bewegt Kommune“, sodass Kinder und Jugendliche selbstbestimmt eigene Projekte verwirklichen können,
- einen Aktionsplan Familienzeit für die bessere Vereinbarung von Beruf und Familie,
- ein Kompetenzzentrum zur Unterstützung von Alleinerziehenden,
- soziale Arbeit als attraktives Arbeitsfeld.

Gleiche Chancen für Frauen

Wir wollen den uneingeschränkten Anspruch von Frauen auf gleiche Rechte und umfassende Teilhabe endlich einlösen. Das heißt, die vielfältigen Benachteiligungen von Frauen endlich zu beseitigen und umfassende Chancengerechtigkeit durchzusetzen. Dazu wollen wir das Sächsische Frauenförderungsgesetz durch ein modernes **Gleichstellungsgesetz** ablösen.

Angesichts der anstehenden Altersabgänge und des Wettbewerbs um die besten Köpfe mit anderen Bundesländern und der Wirtschaft brauchen wir einen attraktiven öffentlichen Dienst in Sachsen, der die Karrierechancen für Frauen mit klaren Regelungen erhöht. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss für alle Elternteile, unabhängig des Geschlechts, der aktuellen Lebenssituation oder der sexuellen Orientierung jederzeit ermöglicht werden. Wir setzen uns für eine vertiefte Beratung zu Elternzeit und Teilzeitrechten für (werdende) Väter ein. Im öffentlichen Dienst wollen wir flexible Arbeitszeit- und -Ortgestaltung inklusive Telearbeit ermöglichen und die **Gleichstellungspläne** für öffentliche Einrichtungen verbindlich regeln. Die **Gleichstellungsbeauftragten** im öffentlichen Dienst sowie in den Kommunen und Landkreisen wollen wir stärken, indem wir ihnen mehr Rechte, mehr Zeit für ihre Arbeit und ein Budget für ihre Arbeit zur Verfügung stellen. Um die geschlechtsspezifische Wirksamkeit finanzieller Entscheidungen nachzuvollziehen, soll **Gender Budgeting** verbindlich für alle öffentlichen Haushalte eingeführt werden.

Frauen sind in Sachsen zwar überdurchschnittlich oft erwerbstätig, erhalten aber meist weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Insbesondere alleinerziehende Frauen erzielen oft kein existenzsicherndes Einkommen. Wir setzen uns für eine generelle **Lohngleichheit unabhängig vom Geschlecht** ein. Deshalb wollen wir Entgeltgleichheit als ein Vergabekriterium in das Sächsische Vergabegesetz aufnehmen. Die Existenzgründung von Frauen im ländlichen Raum wollen wir insbesondere durch Netzwerke zur Unterstützung stärker fördern.

Die geringeren Einkommen von Frauen hängen auch damit zusammen, dass sie nur unterdurchschnittlich in höheren Positionen vertreten sind. Das wollen wir ändern: im öffentlichen Dienst einschließlich aller landesfinanzierten Einrichtungen wie Hochschulen soll die Chancengleichheit von Frauen auf allen Ebenen aktiv gefördert werden. In der Nachwuchsförderung, bei Weiterbildungsmaßnahmen und bei der Gestaltung von Arbeitszeiten und -plätzen sind die Bedürfnisse von Frauen besonders zu beachten. Durch verbindliche Zielstellungen und aktive Personalsuche wollen wir erreichen, dass Frauen auch in leitenden Positionen stärker vertreten sind. Wir wollen **die Hälfte der Macht den Frauen** geben. Die Gremien öffentlich-rechtlichen Institutionen und die Aufsichtsräte und Beiräte der in Besitz des Freistaats befindlichen Unternehmen sind paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen. Um wirkliche Parität im Sächsischen Landtag und den kommunalen Parlamenten zu erreichen, streben wir eine verfassungskonforme Änderung des Wahlrechtes zur Verwirklichung der Gleichberechtigung an.

Um die Chancengleichheit der Geschlechter in allen Bereichen durchzusetzen, braucht es eine stärkere Sensibilisierung und verbindliche Regelungen. Für die Formulierungen von Gesetzen, Regelungen, Dokumenten und Formularen soll der Freistaat verpflichtende Regeln für eine **geschlechtergerechte Sprache** orientiert an der Bundesregelung erlassen. Um körpernormierende, diskriminierende und stereotypenverstärkende **sexistische Werbung** in Sachsen zu verhindern, sollen gesetzliche Regelungen entsprechend der Regeln des Deutschen Werberates für die kommerzielle Kommunikation getroffen werden. Schulische Lehrmaterialien wollen wir auf sexistische Klischees hin überprüfen und überarbeiten.

Für mehr Chancengerechtigkeit wollen wir eine bedarfsgerechte Finanzierung der Landesarbeitsgemeinschaften **Frauen- und Mädchenarbeit** und **Jungen- und Männerarbeit**. Die geschlechtersensible Berufs- und Studienorientierung, z. B. für Studiengänge der Mathematik, Informatik- und Technik (MINT) für Mädchen und den Erzieher*innenberuf für Jungs wollen wir durch „Girls‘ Day“ und „Boys‘ Day“ stärken.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine verbindliche Gleichstellungspolitik durch mehr Ressourcen für Gleichstellungsbeauftragte, Gleichstellungspläne und Gender Budgeting,
- Lohngleichheit unabhängig vom Geschlecht,
- die gleichberechtigte Vertretung von Frauen auf allen Positionen,
- geschlechtergerechte Sprache und die Überwindung sexistischer Stereotype.

Jedes Geschlecht verdient Anerkennung und Sicherheit

Ob männlich oder weiblich, lesbisch, schwul, bi-, trans- oder intersexuell – wir wollen, dass Menschen jeden Geschlechts und jeder sexuellen Orientierung in Sachsen diskriminierungsfrei leben können. Wir setzen uns für die verbindliche Umsetzung und die Fortschreibung des Aktionsplans Vielfalt zum Abbau von Diskriminierung in allen Bereichen durch die sächsische Verwaltung ein und wollen die dafür notwendigen Mittel bereitstellen. Anlaufstellen, die Beratung und Unterstützung für queere Jugendliche anbieten, wollen wir fördern und ausbauen. Das Bewusstsein für die Vielfalt von Geschlechtern und sexuellen Orientierungen beginnt früh. Geschlechtergerechtes Lernen an Kitas und Schulen muss selbstverständlich werden. Wir wollen die Lehrpläne an aktuelle Entwicklungen anpassen und flächendeckend **Schulaufklärungsprojekte** zu sexueller Vielfalt fördern.

Infolge des weitreichenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts zugunsten von Menschen, die sich keinem Geschlecht eindeutig zuordnen möchten, müssen auch sächsische Vereine, Verbände, Unternehmen und weitere Institutionen ihre Formulare, Dokumente und Schriftstücke überarbeiten. Trans*- und intersexuelle Kinder und Jugendliche und ihre Eltern sind oft mit ihrer Situation überfordert. Wir wollen ein flächendeckendes Beratungsangebot und Fortbildungsangebote für Ärzt*innen.

Um **geschlechtsbezogener Gewalt** entgegenzutreten, wollen wir eine Landeskoordination für Gewaltschutz sowie ein Kompetenzzentrum Medizin und Gewaltschutz schaffen. Das Netz der bereits existierenden Frauenhäuser und Mänerschutzwohnungen muss flächendeckend bedarfsgerecht und barrierearm ausgebaut und ausreichend finanziert werden. Durch Weiterbildung von Justiz und Polizei zu sexualisierter Gewalt soll die Aufklärungsquote erhöht werden. Für die Opfer sexualisierter Gewalt fordern wir flächendeckend Beratungseinrichtungen.

gen nach dem Vorbild der Interventionsstellen. Zudem wollen wir in den Staatsanwaltschaften zwei Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen etablieren, an die sich Opfer homophober Hasskriminalität wenden können, um Strafanzeigen zu stellen. Um Erkenntnisse über das Ausmaß geschlechtsbezogener Gewalt zu erlangen, wollen wir eine Dunkelfeldstudie in Auftrag geben.

Um die Situation von in der Prostitution tätigen Menschen zu verbessern, wollen wir Mittel für freiwillige und kostenlose Beratungsangebote zu Themen wie Gesundheit, Schulden und Ausstieg aus dem Gewerbe bereitstellen. Wir wollen einen „Runden Tisch Prostitution“ zur Erarbeitung eines Handlungskonzepts einrichten, auf dessen Grundlage ein **Prostituiertenschutzgesetz** umgesetzt werden soll.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt, flächendeckende Beratungs- und Frauenschutzeinrichtungen,
- die Verstetigung des Aktionsplans Vielfalt,
- die Umsetzung des Gesetzes zur Einführung der dritten Option.

Umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Wir streben eine inklusive Gesellschaft an, an der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können. Dazu wollen wir Barrieren für Menschen mit Behinderung in allen gesellschaftlichen Bereichen abbauen und Teilhaberechte ausbauen.

Inklusion und Teilhabe beginnen bereits in den frühen Jahren. Wir streben ein Bildungssystem an, in dem Inklusion gelebt wird. Kinder mit Behinderung sollen von Anfang an gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung aufwachsen. Das dafür notwendige heilpädagogische Personal für **inklusive Kitas** muss gewährleistet werden. Der **Rechtsanspruch auf den Besuch von Regelschulen** muss durch deutlich verbesserte Rahmenbedingungen eingelöst werden. Wir wollen in den Förderschwerpunkten Lernen, Emotionale Entwicklung und Sprache die Diagnostik durch ein sozialindexbezogenes Schulbudget ablösen, mit dem bedarfsgerecht Schulassistent*innen und sonderpädagogische Lehrkräfte finanziert werden können. Für die Förderschwerpunkte Körperbehinderung, Hören und Sehen wollen wir flächendeckend inklusiv arbeitende Schwerpunktschulen einrichten, um eine optimale Förderung zu gewährleisten. Für inklusiv arbeitende Schulen müssen

Ressourcen für die Konzeptentwicklung, Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Elternberatung bereitgestellt werden.

Menschen mit Behinderung sollen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir wollen den Zugang zum allgemeinen **Arbeitsmarkt** erleichtern, indem wir Zuverdienstfirmen fördern und die Durchlässigkeit zwischen Förderbereich, Werkstatt, erstem Arbeitsmarkt und Ehrenamt verbessern. Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Sachsen ist nicht zufriedenstellend. Wesentliche Forderungen der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung, der Wohlfahrtsverbände und des Behindertenbeauftragten der Staatsregierung werden im Landesgesetz ignoriert. Wir wollen die Beteiligung von Menschen mit Behinderung bei der Umsetzung des Gesetzes erreichen, ein Bedarfsermittlungsverfahren nahe am Wohnort, die Einrichtung einer Rechts- und Fachaufsicht zur Kontrolle des Amtes, eine Clearingstelle und ein Clearingverfahren, das Menschen mit Behinderung, die sich beschweren, unabhängig berät und unterstützt. Ein „Leben daheim statt im Heim“ muss möglich sein. Wir wollen mit den Förderprogrammen des Landes Menschen mit Behinderung in ihren Entscheidungen über Wohnort, Arbeitsstelle und Freizeit stärken, sowie gemeinsame Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen Theater, Sport und Musik berücksichtigen.

Wenn Wohnungen, Geschäfte, Freizeitstätten oder Bus und Bahn, in denen Menschen mit einem Rollstuhl oder anderen Hilfsmitteln gut zurechtkommen, nicht vorhanden oder kaum auffindbar sind, wird die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung stark eingeschränkt. Deswegen muss die Herstellung umfassender **Barrierearmut** in öffentlichen Räumen von der Kita bis zur Verwaltung finanziell vom Freistaat unterstützt werden. Barrierearmut muss auch beim Zugang zu Informationen gegeben sein. Daher fordern wir, dass alle Institutionen Sachsens ihre Informationen auch in leichter Sprache zugänglich machen.

Wir wollen nach dem Prinzip „**Nicht ohne uns über uns**“ die Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung in Kommunen und im Freistaat stärken und sie in alle politischen Entscheidungen einbeziehen, die sie betreffen. Auch Menschen, die unter Betreuung in allen Angelegenheiten stehen oder in psychiatrischen Kliniken untergebracht sind, dürfen nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen werden, sondern müssen ihre demokratischen Rechte vollumfänglich wahrnehmen können.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein Bildungssystem, in dem Inklusion gelebt wird,
- gesellschaftliche Teilhabe und Barrierearmut,
- die Stärkung der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung in Kommunen und im Freistaat,
- mehr Rechte für Menschen mit Behinderung bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes.

Integration gemeinsam gestalten

Vielfalt ist Bereicherung für unsere Gesellschaft. Wir stehen für ein weltoffenes Sachsen. Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben aller sind gegenseitige Anerkennung, Respekt, Gleichberechtigung und Chancengleichheit auf dem Fundament unseres Grundgesetzes. Unser Ziel ist nicht Durchsetzung einer vermeintlichen Leitkultur, sondern gemeinsames aufeinander Zugehen und gesellschaftliche Teilhabe. Unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus sind schneller Zugang zu Sprachkursen, Schulen und Hochschulen, Ausbildung und Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung, Hilfs- und Unterstützungsangebote und zügige Vermittlung in dezentrales Wohnen notwendig.

Flucht und Verfolgung sind eine Realität, der auch wir in Sachsen uns stellen müssen. Die Bekämpfung von Fluchtursachen ist ebenso wichtig wie der Schutz derjenigen, die ihre Heimat verlassen müssen. Wir wollen Geflüchtete auf dem Mittelmeer nicht im Stich lassen und setzen uns dafür ein, dass Sachsen sich zur Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen bereit erklärt. Menschen fliehen, weil sie in Krieg leben, diskriminiert oder verfolgt werden. Auch in vermeintlich „sicheren“ Ländern droht verschiedenen Gruppen die Verfolgung, weswegen wir das Konzept der „sicheren Herkunftsstaaten“ ablehnen. Wir fordern einen generellen Abschiebestopp in Krisen- und Kriegsgebiete und einen Winterabschiebestopp.

Wir stehen für eine Flüchtlingspolitik, die Humanität und Ordnung verbindet. Das Recht auf Asyl muss transparent und fair umgesetzt werden. Schnellere Verfahren dürfen nicht zu Lasten gründlicher Prüfung gehen. Individuelle Verfahrensberatung, Zugang zu qualifizierten Dolmetscher*innen und rechtliche Unterstützung gehören dazu. Asylrecht und Flüchtlingsschutz müssen unabhängig vom erwarteten ökonomischen Nutzen oder kurzfristigen Kalkülen garantiert und dürfen nicht aufgrund politischer Stimmungen aufs Spiel gesetzt werden. Dabei wollen wir besonders zivilgesellschaftliche Kräfte stärken.

Mit unabhängiger Rechtsberatung über zivilgesellschaftliche Träger sollen Asylsuchende von Anfang an über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert werden. Gerade für Geflüchtete, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt wurden, ist eine solche Beratung eine wichtige Unterstützung, um ihre Asylgründe gegenüber den Behörden darlegen zu können.

Wir wollen eine Härtefallkommission auf Landesebene, in der zivilgesellschaftlichen Akteuren ein stärkeres Gewicht zukommt. Sogenannte Ankerzentren lehnen wir ebenso ab wie Massenunterkünfte, in denen Geflüchtete ohne jeglichen Kontakt nach außen für lange Zeit festgehalten werden. Vielmehr sollen in den bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen menschenwürdige Standards und umfassende Hilfsangebote gewährleistet werden.

Personen, die von bevorstehender Abschiebung betroffen sind, müssen die ihnen zustehenden Rechte, wie der Kontakt zum Rechtsbeistand oder zu einer Vertrauensperson, gewährt werden. Abschiebungen aus Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie Krankenhäusern heraus lehnen wir ab. Familien mit Minderjährigen sind grundsätzlich nicht zu trennen. Bei der Sicherung rechtmäßiger Verfahren muss grundsätzlich auf das Mittel der Haft verzichtet werden. Es sind weniger eingriffsintensive Alternativen zur Haft zu entwickeln und gesetzlich zu verankern.

Der Freistaat soll zudem lokale Willkommenszentren unterstützen, in denen Hilfe- und Beratungsleistungen gebündelt werden und die für Geflüchtete und für Einwanderer*innen ohne Asylberechtigung offenstehen.

Auch Sachsen ist ein Einwanderungsland. Zugewanderte, die sich hier einbringen und ein neues Leben aufbauen wollen, machen Sachsen vielfältiger und können dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Mit einem sächsischen Teilhabe- und Integrationsgesetz wollen wir Rechte und Pflichten für umfassende Teilhabe vor Ort regeln. Kurse zum Spracherwerb und dem Kennenlernen von Recht und Werten müssen unabhängig von der Bleibereichtersperspektive zugänglich sein und die unterschiedlichen Voraussetzungen von Migrant*innen berücksichtigen. Um umfassende gesellschaftliche Teilhabe zu erreichen, muss der Umgang mit Unterschiedlichkeit und vielfältigen Herkünften selbstverständlich werden. Dies muss sich auch in den Verwaltungen widerspiegeln. Wir wollen, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund in Ämtern und Behörden, bei Polizei und in Gerichten

angestellt werden. Wir wollen Teilhabe am politischen Leben ermöglichen und dafür das Wahlrecht ändern, damit alle dauerhaft in Sachsen lebenden Menschen bei der Kommunalwahl wählen und gewählt werden können. Zudem stärken wir Migrantenbeiräte und migrantische Selbstorganisationen. Integration, Vielfalt und Migration muss als Arbeitsbereich in allen Landkreisen und Kommunen ernst genommen werden. Wir setzen uns für hauptamtliche Integrationsbeauftragte auf kommunaler Ebene ein.

Bildung ist der Schlüssel für eine gelingende Teilhabe. Die „Sächsische Konzeption zur Integration von Migranten“ mit dem Kernbestandteil der „Vorbereitungsklassen“ wollen wir hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen. Lehrer*innen, Schulen und Schulträger brauchen deutlich mehr Unterstützung, damit die schulische Bildung von Kindern und Jugendlichen, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist, besser gelingt. Mehrsprachigkeit ist ein Gewinn, den es zu erhalten und zu fördern gilt, indem in den sächsischen Schulen auch herkunftssprachlicher Unterricht angeboten wird. Mittels einer Erweiterung der Schulpflicht auf 25 Jahre wollen wir allen einen Schulabschluss ermöglichen und den Weg in die Berufsausbildung ebnen. In Sachsen darf kein Kind vom Schulunterricht ausgeschlossen werden. Das gilt für Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen, ebenso für Kinder, die im Rahmen der Niederlassungsfreiheit mit ihren Eltern nach Sachsen kommen. Das Recht auf Bildung ist unteilbar.

Durch Fortbildungen wollen wir die Kompetenzen für interkulturelle Bildung und gegen Diskriminierung von der Kita bis zur Hochschule stärken. Wir wollen gezielt ausgebildete und quereinsteigende Migrant*innen und Menschen mit Migrationshintergrund für pädagogische Berufe gewinnen. Die Anerkennung im Ausland erworbener Bildungsabschlüsse wollen wir durch eine unabhängige Servicestelle beschleunigen, die berät und unbürokratisch zwischen Betroffenen und zuständigen Stellen vermittelt. Um einen schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten, müssen die vorhandenen Kompetenzen von Migrant*innen frühzeitig erkannt und auf passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen und berufsbezogene Sprachkurse abgestimmt werden. Alle Angebote der Jobcenter und der Agentur für Arbeit müssen grundsätzlich allen Migrant*innen offenstehen.

Für eine gelingende Teilhabe und Akzeptanz brauchen wir Migrant*innen in den Kitas und Schulen, in den Jobcentern und Verwaltungen, in den Krankenhäusern und Universitäten ebenso wie in der Politik. Damit muss die interkulturelle Orientierung und Öffnung aller öffentlichen Institutionen verbunden werden. Wir

wollen eine zukunftsorientierte und gelingende Migrationspolitik, die auf Inklusion und Teilhabe in der Gesellschaft aufbaut. Unser Ziel ist eine vielfältige und diverse Gesellschaft, die alle durch ihre eigene Kultur bereichern und an der alle ihren Teil beitragen können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein Ministerium für den Bereich Migration und Integration. So können die bisher zersplitterten Kompetenzen gebündelt und zusammengeführt werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten,
- ein sächsisches Teilhabe- und Integrationsgesetz,
- die Stärkung interkultureller Bildung,
- eine bessere Integration von Migrant*innen in den Arbeitsmarkt,
- mehr Mitspracherechte für die Selbstorganisationen von Migrant*innen.

Minderheiten fördern und schützen

Die in Sachsen lebenden ethnischen Minderheiten wollen wir stärken und bei Erhalt ihrer Sprache und Kultur unterstützen. Die Geschichte und die Gegenwart Sachsens ist untrennbar mit dem Sorbischen verbunden. Die sorbische Sprache und Kultur haben Sachsen geprägt und sind für die Bewahrung seiner kulturellen Identität von zentraler Bedeutung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen alle Bemühungen, sie im Alltag, in Verwaltung, in Medien und in der Kultur lebendig zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wir wollen die Förderung für die „Stiftung für das sorbische Volk“ erhöhen und regelmäßig anpassen. Wir wollen das sorbische Kindergarten- und Schulnetz sichern und das Angebot an Sorbisch-Unterricht für alle Generationen ausweiten. Dabei sollen auch neue Methoden für digitales und analoges (Fern-)Lernen genutzt werden. Die Aus- und Weiterbildung sorbisch sprechender Erzieher*innen und Lehrer*innen muss stärker gefördert werden. Die Präsenz der sorbischen Sprache im Bereich der digitalen Medien sowie in öffentlich-rechtlichen Medienangeboten wollen wir verbessern. Wir wollen eine gleichberechtigte Zweisprachigkeit im sorbischen Siedlungsgebiet gewährleisten, damit die sorbische Sprache im Alltag noch sichtbarer wird. Städte und Gemeinden im angestammten Siedlungsgebiet sollen auch amtlich zweisprachige Ortsnamen tragen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Selbst- und Mitbestimmung des sorbischen Volkes stärken. Der Dachverband der sorbischen Verbände in Sachsen erhält wie in Brandenburg ein Verbandsklagerecht, um die Wahrung der Interessen des sorbischen Volkes durchsetzen zu können. Die sächsische Staatsregierung benennt darüber hinaus eine*n Beauftragte*n für sorbische Angelegenheiten im Rang eines Staatssekretärs. In Angelegenheiten, die die Belange des sorbischen Volkes betreffen, haben der Sächsische Landtag und die Staatsregierung den Rat für sorbische Angelegenheiten zu hören. Wir wollen das Sächsische Sorbengesetz ändern, so dass wie in Brandenburg die Ratsmitglieder durch eine freie, gleiche, geheime und unmittelbare Wahl bestimmt werden. Weitergehend könnten einer unmittelbar durch das sorbische Volk demokratisch legitimierten sorbischen Volksvertretung durch eine Änderung der Sächsischen Verfassung die Rechte des Rats für sorbische Angelegenheiten sowie weitere Kompetenzen übertragen werden.

Neben den Sorben leben auch Sinti und Roma in Sachsen. Sinti und Roma zählen zu den Opfergruppen des Nationalsozialismus und sind leider auch heute noch von Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus betroffen. Sachsen muss Antirassismus entschieden entgegentreten. Wir wollen daher einen Staatsvertrag mit den sächsischen Organisationen der Sinti und Roma erreichen, wie es auch schon die meisten anderen Bundesländer umgesetzt haben und die Minderheit somit konstant in unserem Land unterstützen und fördern.

Wer Grün wählt, stimmt für

- die Stärkung der Selbst- und Mitbestimmung des sorbischen Volkes,
- die verbindliche Anerkennung und Unterstützung der Sinti und Roma in Sachsen,
- den Schutz ethnischer Minderheiten und ihrer Kultur.

2.2 Unser Plan für ein soziales Sachsen

Die Staatsregierung hat in den letzten Jahren den Gestaltungsanspruch für ein soziales Sachsen aufgegeben und schiebt die Verantwortung dem Bund und den Kommunen zu. Wir wollen die Gestaltungsspielräume nutzen und fordern eine kontinuierliche lebenslagenorientierte Sozialberichterstattung, die die Lebenslagen im Freistaat analysiert und getroffene Schlussfolgerungen entschlossen umsetzt. Um das Ziel eines flächendeckenden Angebots personell und finanziell auskömmlich ausgestatteter sozialer Beratungsstellen zu erreichen, soll der Freistaat die Kommunen bei Aufbau und Weiterentwicklung einer strategischen Sozialplanung unterstützen, die neben Jugendarbeit und Familienförderung die Teilhabe von Menschen mit Behinderung, soziale Arbeit, Wohnen, Gesundheitsversorgung und Pflege berücksichtigt.

Armut bekämpfen

Unsere Gesellschaft ist so reich wie nie zuvor. Deshalb können wir nicht hinnehmen, dass dennoch so viele Menschen von Armut betroffen sind. Wir fordern einen kontinuierlich vorzulegenden **lebenslagenorientierten Sozialbericht**, der sich nicht auf Analysen zur Verfügbarkeit von Einkommen und Vermögen beschränkt, sondern weitere für das Wohlergehen und die soziale Teilhabe bzw. Ausgrenzung von Personen und Bevölkerungsgruppen bedeutsame Dimensionen enthält. Daraus wollen wir konkrete Maßnahmen entwickeln, die wirklich bei den Menschen ankommen.

Wir wollen die Förderung für Hilfesuchende einfacher, transparenter und gezielter gestalten. Damit Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern ohne Armut aufwachsen können, setzen wir uns auf Bundesebene für eine Kindergrundsicherung ein. Gesellschaftliche Teilhabe muss für alle möglich sein. Deshalb wollen wir unseren Schüler*innen, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden in Sachsen preisgünstige Mobilität ermöglichen. Sozialhilfe- bzw. ALG-II-Empfänger*innen sollen den öffentlichen Personennahverkehr kostenlos nutzen können. Wir wollen den **Zugang zu kulturellen Einrichtungen** für Menschen mit geringem Einkommen erleichtern – der ermäßigte Eintritt ist häufig für die Betroffenen immer noch zu hoch. Deshalb sollte an bestimmten Tagen der Eintritt zu Museen und Theatern kostenlos bzw. besonders niedrig sein. Wir wollen ein **kostenloses Schulessen** für alle finanzieren.

Es gibt zu viele Fälle, in denen Armut dazu führt, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Sachsen braucht deshalb flächendeckende Wohnungsnotfallkonzepte und ineinandergreifende präventive Hilfs- und Unterstützungsangebote, um den Wohnungsverlust frühzeitig zu verhindern. Auch die Verantwortlichen in den Jobcentern müssen dafür sensibilisiert werden, keine Sanktionen zu verhängen, die zum Verlust der Wohnung führen. Um Wohnungslosigkeit langfristig vorzubeugen, wollen wir generationenübergreifende Quartiersentwicklung mit sozialen Angeboten und bezahlbarem Wohnraum. Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, muss schnell und effektiv geholfen werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine kontinuierliche lebenslagenorientierte Sozialberichterstattung,
- die Unterstützung und Förderung der Kommunen beim Aufbau bzw. der Weiterentwicklung strategischer Sozialplanung,
- kostenlose Nutzung des ÖPNV für Sozialhilfe- bzw. ALG II-Empfänger*innen,
- kostenloses Schulesen,
- flächendeckende Wohnungsnotfallkonzepte und ineinandergreifende präventive Hilfs- und Unterstützungsangebote.

Zukunftsplattform soziale Innovation

Arbeitswelt, Familie und Gesellschaft wandeln sich auch in Sachsen. Die Arbeitslosigkeit geht seit Jahren zurück, gleichzeitig hat sich der Niedriglohnbereich ausgeweitet. Herausforderungen wie der Strukturwandel in den Kohleregionen oder tiefgreifende Veränderungen durch die Digitalisierung müssen in den kommenden Jahren bewältigt werden. Traditionelle Arbeitsplätze verschwinden oder wandeln sich, neue Arbeitsplätze entstehen, der Arbeitsmarkt wird insgesamt flexibler. Familienformen werden vielfältiger, der Anteil Alleinerziehender steigt. Nicht zuletzt führt der demografische Wandel zu enormen Fachkräftengaps in allen Branchen. Besonders die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegesektor kommen an ihre Belastungsgrenzen. Diese Entwicklungen bergen Chancen und Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um den wachsenden Zukunfts- und Existenzängsten in Sachsen entgegenzutreten zu können, sind neue Antworten auf Armut, soziale Ausgrenzung, prekäre Arbeitsbedingungen und Entsolidarisierung notwendig. Wir schlagen daher die Einrichtung und finanzielle Förderung einer „Zukunftsplattform soziale Innovation“ vor. Gemeinsam mit Akteur*innen

der Arbeitsmarktpolitik, der Wissenschaften und den Sozialverbänden sollen dort neue Konzepte und Modelle gesammelt, entwickelt sowie deren konkrete Umsetzbarkeit bewertet werden. Schwerpunkte sollen die folgenden Themen sein: Die Zukunft der **sozialen Sicherungssysteme** und Instrumente der Arbeitsmarktsteuerung vor dem Hintergrund der Veränderungen der Arbeitswelt; Modelle der **Grundsicherung** bis hin zur Erprobung von Grundeinkommensmodellen vor dem Hintergrund flexibler, unterbrochener Erwerbsbiographien sowie gestiegener Armutsrisiken; **interkulturelle Begegnung** und **intergenerationelle Unterstützung** in Quartieren und Ortsteilen; **sozialraumbezogene Versorgungsmodelle** sektorübergreifender medizinischer und pflegerischer Versorgung. Wir wollen die Etablierung einer digitalen Plattform, die Vergabe von Forschungsprojekten, die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Zukunftswerkstätten und Modellversuchen finanzieren.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Etablierung einer „Zukunftsplattform soziale Innovation“, in der Akteur*innen und Wissenschaft
- neue Modelle für die sozialen Sicherungssysteme, die Arbeitsmarktpolitik und sozialraumbezogene Versorgungsmodelle entwickeln.

Eine Gesundheitsversorgung, auf die wir uns verlassen können

Wir wollen eine Gesundheitsversorgung, in der die Qualität weder vom Namen der Krankenversicherung noch vom Wohnort abhängig ist. In einem verlässlichen Gesundheitswesen gehört das monatelange Warten auf Termine und das Weiterreichen von einer Praxis zur nächsten Praxis der Vergangenheit an.

Wir wollen ein Gesundheitswesen, in dem jede*r versorgt wird, egal an welchem Ort sie oder er krank wird. Dafür wollen wir die Möglichkeiten von Videosprechstunden, Gemeindeschwestern und digitalen Behandlungsnetzen überall da anbieten, wo sie die Versorgung in Sachsen besser machen können. Wir wollen die Allgemeinmedizin weiter stärken und Gemeinschafts- und Gruppenpraxen, kommunale Medizinische Versorgungszentren, Notfallzentren und Praxisnetzwerke in der Fläche fördern, damit alle in Sachsen weiterhin auf schnell verfügbare Hilfe vertrauen können.

Wir fördern Angebote, die Kinder und Jugendliche zu einer gesundheitsbewussten und selbstbestimmten Lebensweise befähigen und setzen uns dafür ein, dass die Impfquoten im Schulalter wieder deutlich steigen. Zur **Prävention** gehören auch saubere Luft zum Atmen, Lärmschutz und unbelastete Lebensmittel. Wir unterstützen gesundheitlichen Verbraucherschutz und eine leistungsfähige Lebensmittelüberwachung in Sachsen.

Arbeit kann für viele Menschen zu einer körperlichen oder psychischen Belastung werden. Wir wollen Unternehmen dazu ermuntern, stärker in die Gesundheit ihrer Mitarbeiter*innen zu investieren. Dafür bedarf es entsprechender Präventionsprogramme und eines Gesundheitsmanagements, um gesundheitliche Risiken wie Burnout und Fehlbelastungen sowie die Risiken für ältere Arbeitnehmer*innen zu verringern.

Auch in Sachsen steigt die Zahl der psychischen Erkrankungen in allen Alters- und Bevölkerungsgruppen. Wir setzen uns für mehr Aufklärung mit dem Ziel der Entstigmatisierung aller psychischer Erkrankungen ein. Der Unterversorgung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie wollen wir entgegenwirken, indem wir den Nachwuchs durch mehr Ausbildungsstellen in Kliniken wie Praxen für junge Assistenzärzt*innen fördern und die Vernetzung zwischen den Kliniken, Weiterbildungsverbänden und standortübergreifenden Fachbereichsleitungen voranbringen. Die Erkrankten und ihren Angehörigen müssen überall schnelle Hilfe erhalten: damit Betroffene nicht monatelang auf einen Therapieplatz warten müssen, wollen wir psychiatrische Notaufnahmestellen in ganz Sachsen einrichten. Sachsen hat im bundesweiten Vergleich eine der höchsten Suizidraten – dem wollen wir mit Maßnahmen zur Suizidprävention entgegenwirken.

Wir fordern den kostenlosen Zugang zu ärztlich verordneten Mitteln zur Schwangerschaftsverhütung sowie zu Mitteln zum Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten. Der Freistaat Sachsen soll sich auf Bundesebene für partnerunabhängige kostenlose künstliche Befruchtungen einsetzen. Wir wollen, dass Sachsen seiner gesetzlichen Pflicht zur Bereitstellung von flächendeckenden Möglichkeiten des sicheren Schwangerschaftsabbruchs nachkommt. Durch die Staatsregierung sind auf einer zentralen Website umfassende Informationen niederschwellig zugänglich zu machen, welche Praxen und Kliniken Schwangerschaftsabbrüche mit welchen Methoden durchführen. Der Freistaat soll sich zudem für eine Streichung des § 219a StGB einsetzen.

Die Landesinvestitionen in die Krankenhausinfrastruktur wollen wir auf hohem Niveau fortsetzen und mit Anreizen für Qualitätsverbesserungen verbinden. Krankenhäuser, die in die Krankenhaushygiene und den Infektionsschutz investieren, müssen finanziell entlastet werden. Der Ausbreitung multiresistenter Erreger im Gesundheitswesen muss entgegengewirkt werden, indem systematische Screenings bei Risikopatient*innen (z. B. Nutztierhalter*innen und Landwirt*innen) durchgeführt werden.

Die neu eingeführten Portalpraxen werden von den Patient*innen gut angenommen und entlasten die Notaufnahmen in den sächsischen Krankenhäusern spätabends, an Wochenenden und Feiertagen. Wir wollen dieses Modell auch in medizinischen Versorgungszentren ermöglichen, damit die Wege für Not- und Nachtdienste im ländlichen Raum kürzer werden.

Die Sicherheit der Geburt, die bestmögliche Versorgung von jungen Familien vor und nach der Geburt und das Verhindern traumatisierender Geburtserfahrungen sind uns ein Herzensanliegen. Auf unsere Initiative hin gibt es nun in Sachsen eine Koordinierungsstelle für Hebammenleistungen. Die Arbeit dieser Koordinierungsstelle muss verfestigt und finanziell gesichert werden. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, endlich die Haftpflicht in der Geburtshilfe im Sinne einer solidarischen Berufshaftpflichtversicherung für alle Gesundheitsberufe zu reformieren und so die Rahmenbedingungen für **Hebammen und Geburtshelfer** weiter zu verbessern.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein ausreichendes medizinisches Grundangebot in der Fläche,
- umfassende Präventionsprogramme,
- psychiatrische Notaufnahmestellen in ganz Sachsen,
- finanzielle Unterstützung für die Verbesserung der Krankenhaushygiene,
- die finanzielle Sicherung der Koordinierungsstelle für Hebammenleistungen,
- Sachsens Einsatz auf Bundesebene für veränderte Haftpflichtbedingungen der Hebammen.

Bessere Rahmenbedingungen für Beschäftigte im Gesundheitswesen

Wir wollen die Arbeitsbedingungen in medizinischen Berufen verbessern. Beschäftigte sollen genug Zeit bekommen, um auf einzelne Patient*innen einzugehen. Wir wollen die Bürokratie in den medizinischen Berufen abbauen, damit Ärzt*innen und Pflegende mehr Zeit mit den Patient*innen verbringen statt am PC.

Wir wollen, dass auch die im Gesundheitssystem arbeitenden Menschen im Job gesund bleiben. Nachtschichten, starke körperliche Belastung, Unterbesetzung und fehlende Wertschätzung machen viele Beschäftigte im Gesundheitswesen krank – viele so stark, dass sie den Beruf aufgeben müssen. Wir wollen in Sachsen Modelle mit verminderten Wochenarbeitszeiten für im Pflege- und Gesundheitssystem Tätige ausprobieren, wir wollen Überbelastungen im Gesundheitswesen reduzieren und unterstützen Projekte, die die Nachtarbeitszeit auf ein Minimum reduzieren.

Wir unterstützen **Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten** in den Gesundheitsberufen. Wer sich für einen Gesundheitsberuf entscheidet, darf bei der Ausbildung nicht draufzahlen – das Schulgeld, auch bei privaten Schulen, muss entfallen bzw. erstattet werden. Wir wollen die Auszubildenden zudem mit einer Ausbildungsbeihilfe unterstützen. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sollen gleichwertige ausländische Fachabschlüsse schneller und kostengünstiger staatlich anerkannt werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- Bürokratieabbau in den medizinischen Berufen,
- die schnelle Anerkennung gleichwertiger ausländischer Fachabschlüsse.

Für eine Drogenpolitik mit Menschlichkeit und Augenmaß

Zum Menschsein gehört die Suche nach Rausch und Betäubung. Der Versuch den Drogenkonsum zu regulieren, indem zwischen legalen und illegalen Drogen unterschieden wird, stößt an klare Grenzen. Legalisierte Drogen haben weder geringere Gesundheitsrisiken noch ein geringeres Suchtpotential.

Wir setzen auf eine **humane und aufgeklärte Drogen- und Suchtpolitik**, die auf suchtmedizinischen Erkenntnissen basiert. Eine solche Politik stärkt die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener beim Drogenkonsum und hilft Suchtkran-

ken, ohne sie zu stigmatisieren. Um Konsument*innen zu schützen, wollen wir ein so genanntes Drugchecking ermöglichen. Wir unterstützen die Kommunen, Drogenkonsumräume einzurichten.

Wir wollen zielgruppenorientierte Aufklärungskampagnen zu den Risiken legaler wie illegaler Drogen für alle Altersgruppen, beginnend bei Kindern, um sie in ihrer Persönlichkeit und Gesundheitskompetenz zu stärken. Wir setzen uns für ein umfassendes Werbeverbot für Alkohol und Nikotin ein.

Eine bedarfsgerechte Ausstattung der Suchtkrankenhilfe muss in allen Regionen Sachsens gesichert werden. Auch die Eltern und andere Angehörige Suchtkranker brauchen landesweit Beratungs- bzw. Therapieangebote. Wir wollen auf eine bedarfsgerechte und flächendeckende Ausweitung der substitions-gestützten Behandlung von schwerstabhängigen Drogenkonsument*innen hinwirken und über die bewährte Opiatsubstitution hinaus auch bei anderen Drogen erproben.

Wir fordern vor allem für Crystal-Abhängige mehr stationäre **Therapieplätze**, insbesondere für Eltern mit Kind und in den Justizvollzugsanstalten.

Die Polizei muss bei der **Sucht- und Drogenprävention** deutlich besser aus- und fortgebildet und sowohl personell als auch technisch entsprechend den Anforderungen ausgestattet werden. Wir wollen die Einrichtung sogenannter Drogenkonsumräume durch eine entsprechende Rechtsverordnung auf Landesebene ermöglichen.

Wir GRÜNE wollen den Cannabismarkt nicht mehr kriminalisieren, sondern unter strengen Auflagen legalisieren. So kann der Markt endlich staatlich überwacht und kontrolliert werden. Wir haben deshalb im Bundestag ein Cannabiskontrollgesetz eingebracht. Wir wollen den straffreien Eigengebrauch von Cannabis auf 15 Gramm erhöhen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- zielgruppenorientierte Aufklärungskampagnen zu den Risiken legaler wie illegaler Drogen,
- ein umfassendes Werbeverbot für Alkohol und Nikotin,
- eine bedarfsgerechte Ausstattung der Suchtkrankenhilfe in allen Regionen Sachsens,
- eine in Sachen Drogen- und Suchtprävention verbesserte Aus- und Weiterbildung der Polizei.

Ideen für eine moderne Pflege

Einen großen Teil der Pflege, etwa 70 Prozent, übernehmen Angehörige. Diese Leistung braucht nicht nur mehr gesellschaftliche Anerkennung, sondern vor allem eine bessere Unterstützung. Wir wollen deshalb die Pflegeberatung in Sachsen deutlich ausbauen. Sie muss wohnortnah und ausschließlich den zu beratenden bzw. den zu pflegenden Personen verpflichtet sein und eine individuelle professionelle **Pflegebegleitung** ermöglichen. Besonders wichtig ist uns der Ausbau von Schulungsangeboten und Selbsthilfegruppen für die pflegenden Angehörigen. Die Gründe für eine Pflegebedürftigkeit sind vielfältig. Diese Vielfalt muss sich in den Angeboten widerspiegeln. Wir wollen Angebote wie Tages- und Kurzzeitpflege, Mehrgenerationenwohnen oder Pflege-WG's bis hin zu Hospizen ebenso fördern wie eine stärkere Vernetzung im Quartier, um die Menschen mit Pflegebedarf im Wohnumfeld zu unterstützen.

Das Berufsbild von Kranken- und Altenpfleger*innen ist zunehmend durch schlechte Bezahlung und Überstunden geprägt. Wir streiten daher für **bessere Arbeitsbedingungen** und angemessene Löhne im Pflegesektor. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für die Erhöhung des Pflegemindestlohns ein. Konkret wollen wir verbindliche Personalbemessungsregeln im Sächsischen Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetz sowie im Sächsischen Krankenhausgesetz durchsetzen. Diese Maßnahme soll durch ein Sofortprogramm des Freistaats Sachsen ergänzt werden, das für mehr Pflegestellen in Krankenhäusern und Pflegeheimen sorgt. Um langfristig eine bessere Bedarfsplanung zu ermöglichen, erachten wir eine regelmäßige Erfassung von Daten durch das Statistische Landesamt zum Thema ambulante und stationäre Pflege für unerlässlich.

Für mehr Stellen sind nicht zuletzt mehr Auszubildende notwendig. Wir benötigen daher ein System mit attraktiven **Aus- und Weiterbildungen**, einer guten Betreuung während des Berufsstarts und eine gute Bezahlung von Beginn an. Präventionsprogramme für das körperliche und psychische Wohlbefinden der Pflegenden sind uns sehr wichtig. Wir setzen uns für altersgerechte Arbeitsmodelle in der Pflege ein.

Wir wollen in Sachsen eine **Interessenvertretung der Pflegekräfte** (z. B. als Pflegekammer) etablieren, die mit den staatlichen Stellen gleichrangig verhandeln kann und für eine bessere Situation in der Pflege eintritt.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Ermöglichung vielfältiger Pflegeformen,
- die Unterstützung pflegender Angehöriger,
- bessere Arbeitsbedingungen und Ausbildung von Pflegekräften.

Verbraucher*innen besser schützen

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass **Lebensmittel** besser kontrolliert werden. Dafür braucht Sachsen mehr Kontrolleur*innen und ausreichende Laborkapazitäten in der Landesuntersuchungsanstalt. Wir bleiben bei unserer kategorischen Ablehnung gentechnischer Veränderung von Pflanzen und Tieren.

Wir wollen, dass an **Kitas und Schulen** gesundes Essen mit einem hohen vegetarischen Anteil angeboten wird. Dabei ist auf regionale und biologische Produktion zu achten. Obst und Gemüse sind abhängig vom heimischen Saisonkalender anzubieten. Wir wollen Vollküchen mit qualifiziertem Personal in den Kitas und Schulen und Kochunterricht für Kinder fördern.

Wir setzen uns ein für ausreichende **Beratungsangebote** für die Bürger*innen, die wissen wollen, was Produkte, die sie nutzen, enthalten und wie diese am besten entsorgt werden. Produkte müssen strenger kontrolliert werden und Verstöße, die die Sicherheit und Gesundheit der Konsument*innen gefährden, samt der Verantwortlichen öffentlich benannt werden. Dafür müssen Kontrollstellen angemessen ausgestattet und die Verbraucherzentrale Sachsen gestärkt werden.

Dies gilt auch insbesondere angesichts neuer Herausforderungen für den Verbraucher*innenschutz. Durch die Digitalisierung ergeben sich neue Risiken für Verbraucher*innen. Große Unternehmen bauen ihre Geschäftsmodelle auf persönlichen Daten und den daraus resultierenden Verhaltens- und Bewegungsprofilen sowie -prognosen auf. Wir wollen, dass der Freistaat eine Kampagne „Digitale Selbstverteidigung“ startet, die für Datenrisiken sensibilisiert und Bürger*innen dazu anregt, Verschlüsselungsmöglichkeiten stärker zu nutzen. Gefahren lauern auch im Bereich des Online-Handels. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Sachsen sich an der Förderung des Projekts „Online-Schlichter“ beteiligt.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- bessere Lebensmittelkontrollen,
- gesundes Essen an Kitas und Schulen,
- ausreichende Beratungsangebote für Verbraucher*innen,
- digitalen Verbraucher*innenschutz.

Sport verlässlich und nachhaltig fördern

Für die meisten Menschen im Freistaat Sachsen ist Sport fester Bestandteil eines guten Lebens. Fast jede*r sechste Bürger*in Sachsens ist Mitglied in einem Sportverein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine sport- und bewegungsfreundliche Gesellschaft ein.

In vielen Vereinen und Verbänden tritt in den kommenden Jahren eine ganze Generation von Aktiven einen Schritt zurück. Um die bestehenden Strukturen zumindest mittelfristig zu erhalten, sind Anreize nötig. Wir GRÜNE wollen das **Ehrenamt spürbar aufwerten**. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Ehrenamtspauschale auf 1200 Euro pro Jahr zu erhöhen. Solange dies nicht bundeseinheitlich passiert, muss der Freistaat Sachsen die Differenz ausgleichen. In vielen Vereinen und Verbänden gibt es „positive Verrückte“, die „den Laden“ seit Jahren am Laufen halten. Wir wollen den „Joker im Ehrenamt“ stärken und ausbauen. Aktive Ehrenamtliche sollen z. B. eine Netzkarte für den gesamten Öffentlichen Verkehr im Freistaat und freien Eintritt für Sportveranstaltungen im Freistaat erhalten.

Mit den Fachverbänden und dem Landessportbund wollen wir eine ehrliche und transparente Analyse der derzeitigen Verteilungsschlüssel angehen. Dabei sollen neben Kadersportler*innen auch gerade die Vereine und Verbände profitieren, welche eine langfristige und solide Kinder- und Jugendarbeit, sowie inklusive und integrative Angebote anbieten. Um die professionelle Entwicklung aller Trainer*innen und Übungsleiter*innen sicherzustellen, setzen wir uns dafür ein, die Kosten der notwendigen Weiterbildungen zu 50 Prozent durch den Freistaat Sachsen zu finanzieren.

Wir unterstützen die Erklärung des Deutschen Olympischen Sportbundes gegen sexualisierte Gewalt im Sport und fordern für Sachsen deren verbindliche Umsetzung. Das Thema Prävention gehört auf die Agenda in allen Strukturen des Sports. Insbesondere die ehrenamtlich arbeitenden Vorstände brauchen Unter-

stützung bei der Erarbeitung entsprechender Kinderschutzsysteme. Fortbildungen und Coachings zu diesem Thema sind durch den Freistaat zu fördern und zu unterstützen.

Auch ohne die seit Jahren in Aussicht gestellte Sportstättenstatistik ist klar: Der Investitionsstau bei der Sportinfrastruktur ist enorm. Die Kapazitäten von Turnhallen, Schwimmbädern und Sportplätzen insbesondere in den kreisfreien Städten reichen nicht mehr aus, um der gewachsenen Zahl von Sportler*innen gerecht zu werden. Wir wollen ein Förderprogramm 2020-2025 auflegen. Gleichzeitig ist eine Überarbeitung der **Sportförderrichtlinie** notwendig. Sie muss die Mehrfachnutzung von Sportstätten ebenso berücksichtigen wie die Wettkampftauglichkeit ausgewählter Standorte. Hierbei ist eine landesweite Abstimmung wichtig, um teure Parallelstrukturen zu vermeiden.

Immer mehr Kommunen und Vereine setzen auf Kunstrasenplätze. Am häufigsten werden Böden verlegt, die mit kunststoffbasiertem Granulat, zum Teil aus Altreifen, gefüllt sind. Dadurch gelangt Mikroplastik ins Grundwasser, weitere Stoffe gelten als krebserregend. Wir fordern eine Anpassung der Förderrichtlinie, die den Bau von Kunstrasenplätzen aus umweltfreundlichen, nachwachsenden und recyclebaren Füll-Materialien wie Kork-Kokosfasern priorisiert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich bei Sport-Großveranstaltungen für die Durchsetzung **ökologischer und sozialer Kriterien** ein. Ein entsprechendes Nachhaltigkeitskonzept muss Aussagen zur benötigten Ausstattung und deren Beschaffung ebenso enthalten wie Pläne zur Mobilität. Ein Nachhaltigkeitskonzept muss Bedingung für die Förderfähigkeit von Großveranstaltungen durch den Freistaat Sachsen sein.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- bessere Anerkennung des Ehrenamts im Sport,
- besondere Berücksichtigung der Kinder- und Jugendarbeit in der Sportförderung,
- eine Überarbeitung der Sportförderrichtlinie, die Mehrfachnutzung und Wettkampftauglichkeit von Sportstätten berücksichtigt,
- ökologische und soziale Kriterien bei der Förderung von Sport-Großveranstaltungen.

Gutes Wohnen für alle

Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum in ganz Sachsen ein. Gerade in Großstädten und einzelnen Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt besteht dringender Handlungsbedarf. Immer häufiger werden einkommensarme und sozial benachteiligte Menschen aus bestimmten Quartieren verdrängt oder sind von Wohnungslosigkeit betroffen. Diese Entwicklung müssen wir stoppen.

Weil eine eigene Wohnung der Schlüssel zur sozialen Teilhabe ist, wollen wir **Wohnungslosigkeit entschieden bekämpfen**. Wir wollen die Kommunen unterstützen, genügend unterschiedliche Wohnungskontingente bereitzustellen, um eine möglichst schnelle Integration von wohnungssuchenden und wohnungslosen Menschen zu ermöglichen. Wir setzen darauf, Wohnungslosen möglichst schnell dauerhaften abgeschlossenen Wohnraum mit wohnbegleitenden Hilfen zur Verfügung zu stellen, und zwar ohne die Bedingung, vorher „Wohnfähigkeit“ zu erlangen („Housing-First“-Ansatz).

Um dem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu entsprechen, brauchen wir mehr **sozialen Wohnungsbau**. Wir wollen ein Wohnungsbauprogramm im Umfang von jährlich 5.000 neuen oder sanierten Sozialwohnungen in Sachsen auflegen. Dazu wollen wir die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für soziale Wohnraumförderung vollständig verwenden und mit eigenen Landesmitteln auf 200 Mio. Euro pro Jahr erhöhen. Um dauerhaft bezahlbare Mieten zu sichern, wollen wir vorrangig gemeinnützige Wohnungsbauträger durch Baukostenzuschüsse ohne die Vorgabe von Mindestmieten fördern und die Mietbindung auf mindestens 25 Jahre verlängern. Schwerpunkte der sozialen Wohnbauförderung sollen auf besonders stark nachgefragten Wohnungen für Alleinstehende, kinderreiche Familien und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen liegen. Wir wollen insbesondere im sozialen Wohnungsbau das Bauen mit den zukünftigen Bewohner*innen erproben, um Baukosten zu senken und die Identifikation mit dem Wohnumfeld zu stärken. Mit einem Landesförderprogramm Quartiersentwicklung wollen wir den Kontakt zwischen den Generationen fördern.

Unser Ziel ist es, möglichst große Bestände an Wohnungen zu erhalten und neu zu schaffen, die außerhalb des auf Profitmaximierung orientierten Wohnungsmarktes bestehen. Dafür wollen wir den Anteil von **Wohnungen in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand** erhöhen, genauso wie den von kooperativen Wohnformen und Bauprojekten, Selbst(aus)bauprojekten und experimentellem

Wohnungsbau. Auf Bundesebene setzen wir uns für die steuerliche Förderung der **Wohnungsgemeinnützigkeit** ein.

Um die **Spekulation mit Wohnraum** zu stoppen, brauchen wir ein Ende des Ausverkaufs von knappem Boden in den Städten. Grundstücke der Kommunen und des Freistaats sollen nur noch nach Erbbaurecht vergeben werden. Wir setzen uns dafür ein, die Steuervorteile beim Verkauf von Immobilien durch Unternehmen abzuschaffen.

Wir wollen den Kommunen alle rechtlichen Möglichkeiten geben, um gegen Verdrängung vorzugehen. Dadurch wollen wir in den betroffenen Stadtteilen die **Zweckentfremdung** von Wohnraum z. B. durch Ferienwohnungen ebenso stoppen wie Luxussanierungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zum Zweck der Immobilienwertspekulation. Bei der kommunalen Durchsetzung von **sozialen Erhaltungssatzungen** (Milieuschutz) wollen wir die Kommunen rechtlich und finanziell in die Lage versetzen, durch Nutzung des Vorkaufsrechts Einfluss auf den Immobilienmarkt zu nehmen.

Wir wollen über eine Fachförderung Kommunen beim Aufbau gemeinnützigen Wohneigentums und bei der Ausübung des Vorkaufsrechtes unterstützen. Ergänzend soll die Anhebung der Grunderwerbsteuer zur Finanzierung wohnungspolitischer Maßnahmen geprüft werden.

Im Mittelpunkt einer klima- und zugleich mieter*innenfreundlichen Wohnungspolitik muss perspektivisch auch eine Senkung der Energiekosten stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass **energetische Sanierungen** in Zukunft nur noch in einem Umfang auf die Miete umgelegt werden können, der nicht zu einer Erhöhung der Warmmiete führt. Vorrangig gefördert werden sollen Maßnahmen mit der günstigsten Kosten-Nutzen-Relation.

Der Freistaat Sachsen sowie die Einrichtungen und Unternehmen des Landes verfügen über relevante Vermögenswerte an Grundstücken. Wir GRÜNE kämpfen dafür, dass diese gemeinwohlorientiert eingesetzt und nicht mehr zum Höchstgebot rein nach betriebswirtschaftlichen Interessen verwertet werden. Mit einer Verwaltungsvorschrift soll der Freistaat eigene Grundstücke vergünstigt abgeben, wenn darauf günstiger Wohnraum entsteht. Wir wollen dafür ein **Vorkaufsrecht für die Kommunen** schaffen und diese dabei begleiten, ihre Flächen effizient für bezahlbaren Wohnraum zu nutzen und heutige Flächenreserven zu heben.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die entschiedene Bekämpfung von Wohnungslosigkeit durch Ausbau präventiver und begleitender Maßnahmen,
- ein soziales Wohnungsbauprogramm im Umfang von jährlich 5.000 Wohneinheiten,
- die Bereitstellung von Wohnungskontingenten für unterschiedliche Personengruppen und Lebenslagen,
- die vorrangige Förderung gemeinnütziger und kooperativer Wohnungsbau-träger,
- wirksame Maßnahmen gegen Boden- und Immobilienspekulation,
- die Einrichtung einer Fachförderung zur Unterstützung der Kommunen beim Aufbau gemeinnützigen Wohneigentums,
- kostenverträgliche energetische Sanierungen von Wohnraum,
- eine aktive Flächenpolitik des Freistaats Sachsen.

2.3 Gute Bildung für alle

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine gute Bildung für alle ermöglichen. Dazu gehört für uns das gemeinsame Leben und Lernen eines sozialen Miteinanders und ökologischer Verantwortung ebenso wie die Vermittlung grundlegender fachlicher und überfachlicher Kompetenzen.

In Sachsen leben Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Interessen, Herkunft, Fähigkeiten und Möglichkeiten zusammen. Ihnen allen müssen wir beste Bildung ermöglichen. Alle Bildungseinrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, professionell und gut ausgestattet mit der Vielfalt von Kindern umgehen zu können. Eltern aller Einkommensschichten sollen frei wählen können, welche Schule ihr Kind besucht - egal ob es sich um einen staatlichen oder freien Schul-träger handelt.

Gerechte Bildung von Anfang an

Das Versprechen gerechter Bildung müssen wir schon in den frühen Jahren einlösen. Wir wollen die **Betreuungssituation in den Kitas** so verbessern, dass jedes Kind nicht nur betreut, sondern optimal in seiner Entwicklung gefördert werden kann. Wir wollen **einheitliche Qualitätsstandards** für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege einführen und diese durch Fortbildungen, regionale Beratungsstellen und Vernetzungsmöglichkeiten gewährleisten.

Bildungsbenachteiligungen müssen wir entschieden entgegenwirken. Deshalb wollen wir Kitas und Schulen in einem herausfordernden sozialen Umfeld mit einem **Bildungsbonus** unterstützen. Basierend auf einem in anderen Bundesländern erfolgreich erprobten Sozialindex werden Bildungseinrichtungen zusätzliche Stellen und finanzielle Mittel zugewiesen. Damit soll eine pädagogische Förderung ermöglicht werden, die Benachteiligungen ausgleicht und Kitas und Schulen für jede Familie zu einem attraktiven Lernort macht.

Wir können nicht länger hinnehmen, dass die Wahl der Schulart über Lebenswege entscheidet. An Gymnasium, Oberschule und Gemeinschaftsschule sollen gleichberechtigt alle schulischen Abschlüsse einschließlich des Abiturs erworben werden können. Mit der Gemeinschaftsschule wollen wir längeres gemeinsames Lernen überall dort ermöglichen, wo Schule und Schulträger sich dafür entscheiden. **Gemeinschaftsschulen** sollen bereits ab der ersten Klassenstufe beginnen und das Abitur wahlweise auch nach 13 Jahren ermöglichen können. Bei der

Konzeptentwicklung und Umsetzung durch Neugründungen oder Kooperationen bestehender Schulen wollen wir Gemeinschaftsschulen personell und finanziell unterstützen. Um die Qualitätsentwicklung im Hort zu stärken, wollen wir den Betreuungsschlüssel auf 1:16 senken und dafür sorgen, dass verstärkt akademisch ausgebildete Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und andere Professionen im Hort tätig werden.

Ganztagschulen haben einen hohen Einfluss auf den Abbau von Bildungsbenachteiligungen. Sachsen hat zwar einen hohen Anteil an Schulen mit Ganztagsangeboten, jedoch dominiert an Grundschulen die Trennung von Unterricht am Vormittag und Hort am Nachmittag. Wir wollen die Arbeit der Ganztagsangebote sichern und mit einem verbindlichen Qualitätsrahmen weiterentwickeln. Vor allem wollen wir mit einem Programm **GanztagsPlus** konsequent integrierte Ganztagschulen mit zusätzlichen Mitteln fördern, die Leben, Lernen und Förderangebote verbinden. Die Förderung von diesen Ganztagschulen soll durch eine konzeptgebundene und mehrjährige Pauschalförderung unbürokratisch gestaltet werden. Echte Ganztagschule bieten die Möglichkeiten für moderne Pädagogik und individuelle Förderung, sowie für eine gute und durchdachte Öffnung der Schule nach außen. Die Möglichkeit, schon während der Schule eine längere Zeit im Ausland zu verbringen, ist zu stark an das Einkommen der Eltern geknüpft. Wir wollen die Mittel des sächsischen Kultusministeriums für die Förderung von Auslandsaufenthalten für Schüler*innen deutlich ausbauen.

Wir wollen, dass mehr Menschen den **zweiten Bildungsweg** nutzen, um weiterführende Schulabschlüsse und Qualifikationen zu erreichen. Für ein flächendeckendes Angebot muss die vorhandene Infrastruktur von Schulgebäuden, Volkshochschulen oder anderen geeigneten Bildungsstätten besser genutzt werden. Um v. a. Eltern und Berufstätige zu erreichen, müssen flexiblere Angebotsformen entwickelt und die Möglichkeiten online-basierten Lernens und Prüfens ausgebaut werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Verbesserung des Kita-Betreuungsschlüssels (Fachkraft-Kind-Relation) auf 1:4 (Krippe), 1:10 (Kindergarten) und 1:16 (Hort),
- die Einführung eines Bildungsbonus für Kindertageseinrichtungen und Schulen mit besonderen Herausforderungen,
- längeres gemeinsames Lernen durch die Einrichtung von

- Gemeinschaftsschulen,
- die Auflage eines Programms GanztagsPlus,
- die Stärkung des Zweiten Bildungsweges.

Nachwuchs fördern und faire Arbeitsbedingungen schaffen

Beste Bildung braucht Engagement und Professionalität. Das beginnt bei der Ausbildung von Erzieher*innen und hört bei der fairen Vergütung von Lehrkräften noch lange nicht auf. Sachsen muss attraktiv für die talentiertesten Pädagog*innen werden.

Um dem Generationswechsel in den Kitas gerecht zu werden und die Betreuungsschlüssel zu verbessern, brauchen wir mehr und auf vielfältigen Qualifikationsebenen gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte. Dabei setzen wir auf einen Mix unterschiedlicher Professionen. Wir wollen das Schulgeld für die Erzieher*innenausbildung wie für andere Fachschulabsbildungen abschaffen. Zugleich wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass künftig die Hälfte aller neuen Erzieher*innen an Hochschulen aus- und weitergebildet werden und damit den Anschluss an europäische Standards erreichen. Leitung, Fortbildung und Fachberatung sollen künftig einen Hochschulabschluss voraussetzen. Um die Attraktivität und Wertschätzung von Erziehungsberufen zu stärken, fordern wir langfristig eine Vergütung auf Lehrer*innenniveau.

Die derzeitige Form der Lehrer*innenbildung hat zum Lehrer*innenmangel beigetragen und geht längst an der Realität vorbei. Ein Großteil der Lehrkräfte wird mittlerweile an anderen Schularten eingesetzt, ohne dafür ausgebildet zu sein. Wir werden eine neue Lehrer*innenbildung einführen, die sich konsequent an den Herausforderungen der Praxis und mit Schulstufen am Alter der Kinder orientiert statt nach Schularten zu unterscheiden. Seiteneinsteiger*innen sollen nicht nur Lücken füllen, sondern unsere Schulen bereichern. Dafür brauchen sie eine umfassende pädagogische und fachliche Weiterbildung, die wir durch ein berufs begleitendes zweijähriges Masterstudium sicherstellen wollen.

Um den Mangel an Lehrkräften zu beseitigen, brauchen diese mehr Wertschätzung und bessere Rahmenbedingungen. Wir wollen eine **faire Vergütung**, die angestellte Lehrkräfte nicht schlechter stellt als verbeamtete Kolleg*innen. Schulen in freier Trägerschaft müssen finanziell in die Lage versetzt werden, Vergütungen zahlen zu können, die denen der öffentlichen Schulen entsprechen. Lehrkräfte

sollen sich grundsätzlich direkt an Schulen bewerben und von diesen eingestellt werden können. Um eine ausgewogene Lehrkräfteversorgung zu sichern, sollen mit einem Lehrkräfteportal vorab Bedarfe abgeglichen werden. Schulen in benachteiligten Stadtteilen und unterversorgten Regionen sollen Bewerber*innen vorrangig auswählen und Vergütungszuschläge für ihre Lehrkräfte erhalten können. Mit **flexiblen Arbeitszeitmodellen** wollen wir dafür sorgen, dass Schulen den unterschiedlichen Lebenslagen Rechnung tragen können. Wir wollen, dass Schulen mit einem eigenen Budget in der Lage sind, Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben zu entlasten und durch Schulassistenzen und Honorarkräfte zu unterstützen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Verbesserung der Ausbildung und Vergütung von Erzieher*innen,
- die Einführung eines Lehrer*innenbildungsgesetzes, das sich an Schulstufen orientiert,
- Vergütung der Lehrkräfte auf bundesweit konkurrenzfähigem Niveau an allen Schularten,
- Einführung flexibler Arbeitszeitregelungen für Lehrkräfte.

Weichen stellen für das Lernen von morgen

Weltweite Vernetzung und Digitalisierung verändern unsere Welt. Wir werden morgen ganz anders lernen, arbeiten und leben als heute. Wir wollen Kitas und Schulen, die unsere Kinder auf die Zukunft vorbereiten. Der kompetenzorientierte Sächsische Bildungsplan für die Kitas weist in die richtige Richtung, muss aber durch mehr Personal, Beratung und Weiterbildung mit Leben erfüllt werden. Die starren und detaillierten Lehrpläne der Schulen wollen wir durch **kompetenzorientierte Kerncurricula** ablösen, die sich an den bundesweiten Bildungsstandards orientieren. So bekommen die Schulen und Lehrkräfte genügend pädagogischen Freiraum, um individuelle Interessen und Kompetenzen sowie sozialen Zusammenhalt zu fördern. Durch gezielte individuelle Förderung kann die Nichtversetzung in das nächste Schuljahr (Sitzenbleiben) überflüssig gemacht werden.

Den Herausforderungen der **Digitalisierung** sind die sächsischen Kitas und Schulen bisher kaum gewachsen. Dabei ist das Verstehen digitaler Technologien nicht nur notwendige Voraussetzung für die mündigen Bürger*innen von morgen. Neue Technologien sind auch eine Chance, um Bildung individueller, chancengerechter und erfolgreicher zu organisieren. Alle sächsischen Schüler*innen sollen die Mög-

lichkeit haben, grundlegende Soft- und Hardwarekenntnisse sowie Programmier-techniken bereits in den ersten Schuljahren lernen zu können. Wo sie zu einer besseren Ausbildung führen, den klassischen Unterricht sinnvoll ergänzen und die Chancengerechtigkeit erhöhen wollen wir digitale Lernformen fördern und in der Fläche verfügbar machen. Darüber hinaus wollen wir an Profilschulen mit einer vertieften digitalen Bildung den IT-Nachwuchs fördern. Mit einem ressortübergreifenden Masterplan und einem Medien- und Digitalisierungskompetenzzentrum wollen wir die Lehrkräfte in die Lage versetzen, digitale Kompetenzen für soziale Verantwortung und kritische Auseinandersetzung mit Medien und digitalen Technologien zu vermitteln. Die digitale Kompetenzentwicklung der Lehrkräfte wollen wir umfassend in der Fachdidaktik der Lehrerbildung verankern. Abgestimmt mit den Plänen des Bundes wollen wir bis 2022 eine Investitionsoffensive für die digitale Infrastruktur in Schulen abschließen, damit die Vermittlung digitaler Kompetenzen nicht an technischen Hürden scheitert. Alle Schüler*innen sollen bis dahin die Möglichkeit erhalten, an einem Tablet oder äquivalentem Arbeitsmittel zu lernen, sich untereinander zu vernetzen und gemeinsam mit Lehrkräften ein einheitliches, nutzerfreundliches Schulportal mit Lehr-/Lerntools nutzen können. Da hier Daten von Minderjährigen in digitaler Form anfallen, werden wir hier besonders auf Datenschutz und Datensicherheit achten. Wir werden uns für das digitale, multimedia und interaktive Lehrbuch der Zukunft einsetzen und das Teilen und die freie Verwendung von Unterrichtsmaterialien, die von Lehrer*innen selbst erstellt werden, unterstützen.

Um einen Überblick über aktuelle Missstände der Internetanbindung aller Schulen zu erhalten und die Situation damit zu verbessern, soll diese regelmäßig überprüft und in der zentralen Schuldatenbank erfasst werden. Dabei sollen Schüler*innen insbesondere mit freier, quelloffener Software bekannt gemacht und deren Mehrwert im Unterricht vermittelt werden.

Neben Know-how und Ausstattung wollen wir auch das pädagogische Potenzial der Schulgebäude heben. Denn der Raum als dritter Pädagoge beeinflusst wesentlich die Art und Weise des Lernens. Die Schulgebäude erschweren durch ihre Raumstruktur zeitgemäße Pädagogik für Inklusion, Ganztages- oder Projektlernen. Wir wollen insbesondere die anstehenden Schulneubauten und -sanierungen nutzen, damit Schulgebäude mit innovativen Raumlösungen z. B. für Clusterräume oder Lernlandschaften, entstehen können.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Einführung von kompetenzorientierten Kerncurricula anstelle von Lehrplänen,
- die Gewährleistung digitaler Basiskompetenzen an allen Schulen und Vertiefungskompetenzen an Profilschulen,
- einen Masterplan und ein Kompetenzzentrum Medien und Digitalisierung für Aus- und Weiterbildung, Beratung und Kooperationen mit externen Partner*innen,
- eine Investitionsoffensive 2022 für digitale Technik an allen Schulen,
- die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Schulportals mit individuellen Accounts von Schüler*innen und Lehrkräften,
- die Entwicklung einer Sächsischen Schulbaurichtlinie für innovative und flexible pädagogische Architektur.

Selbstständigkeit und Mitbestimmung in der Bildung stärken

Gute Bildung kann nur gelingen, wenn sie vor Ort aktiv gestaltet werden kann. Die Voraussetzungen und Herausforderungen an den verschiedenen Bildungseinrichtungen sind ebenso unterschiedlich wie die Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern. Deshalb sind in Kitas und Schulen eine größere Selbstbestimmung und mehr Demokratie notwendig.

Wir streben die **Gleichstellung von Schulen in freier und staatlicher Trägerschaft** an. Sowohl die Gründung als auch der laufende Betrieb von Schulen in freier Trägerschaft muss dauerhaft möglich bleiben. Schulen in freier Trägerschaft müssen gleichberechtigt an allen Modellprojekten und Förderprogrammen teilhaben können.

Viele gute Ideen werden durch einen starren pädagogischen Rahmen und geringe Handlungsspielräume ausgebremst. Wir wollen, dass Kitas und Schulen, die eigene Konzepte entwickeln und umsetzen wollen, organisatorisch, finanziell und personell unabhängiger werden. Alle Kitas und Schulen sollen auf Antrag ihre Bedarfe jenseits der grundlegenden Stellenausstattung über ein pauschales **Budget** decken können. Die Budgethöhe bemisst sich an den spezifischen sozialen und pädagogischen Voraussetzungen der einzelnen Bildungseinrichtungen. Im Rahmen des Budgets sollen konzeptgebunden Honorarkräfte, Assistenzen, psychologische und sozialpädagogische Kompetenzen und pädagogische Maßnahmen

eigenständig organisiert und finanziert werden können.

Die größere Eigenständigkeit von Schulen muss mit einer grundlegenden **Veränderung der Schulaufsicht** einhergehen. Die staatliche Schulaufsicht ist gesetzlich garantiert. Sie verlangt jedoch keine Detailsteuerung durch das Landesamt für Schule und Bildung wie bisher. Wir setzen auf die regelmäßige Evaluation und Entwicklungsberatung der Schulen auf Grundlage ihrer Schulkonzepte. Profilentwicklung, Fortbildung und Qualitätsmanagement an Schulen sollen durch regionale Kompetenzzentren unterstützt werden. Für diese Aufgaben wollen wir schrittweise Personal mit einem breiten Qualifikationsspektrum gewinnen und bisher im Landesamt für Schule und Bildung gebundene Lehrkräfte, soweit möglich, wieder an den Schulen einsetzen. Zugleich wollen wir die Städte und Gemeinden in ihrer Bildungskompetenz, insbesondere bei Aufbau und Pflege kommunaler Bildungslandschaften, unterstützen. Kommunen sollen dabei unterstützt werden, regelmäßig Bildungsberichte zu erstellen und ihrer Verantwortung als Schulträger bei der Bereitstellung räumlicher, finanzieller und personeller Ressourcen durch kommunale Bildungskonzepte gerecht zu werden.

Die Entscheidungsbefugnis über finanzielle, organisatorische und personelle Fragen wollen wir in die Hände der demokratisch gewählten Mitwirkungsgremien legen. Wir wollen die **Elternrechte stärken**, indem wir ein paritätisch von Eltern und Fachkräften besetztes Gremium in den Kitas einführen, das über alle wichtigen Angelegenheiten einer Einrichtung entscheidet. Die **Rechte der Schüler*innen und Eltern** wollen wir durch ein Antrags- und Vetorecht in der Schulkonferenz stärken.

Wir wollen, dass an Kitas und Schulen demokratisches und zivilgesellschaftliches Engagement, soziale Verantwortung und religiöse Toleranz gelernt und gelebt werden. Wir wollen Demokratiekompetenz in der Aus- und Fortbildung von Erzieher*innen und Lehrkräften und Ziele demokratischer Bildung gesetzlich verankern. Als fächerübergreifendes Bildungsziel an Schulen muss in den Kerncurricula verankert werden, dass Schüler*innen **demokratische, soziale und interkulturelle Kompetenz** erwerben. Schulen müssen durch Vernetzung und finanzielle Förderung aktiv dabei unterstützt werden, dass kulturelle, ethnische, religiöse und weltanschauliche Vielfalt erfahrbar wird.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die umfassende Gleichstellung von Schulen in freier und öffentlicher Trägerschaft,
- eine größere finanzielle, organisatorische und pädagogische Selbstständigkeit von Kitas und Schulen,
- die Förderung kommunaler Bildungslandschaften,
- den Umbau der Schulaufsicht (Beratung statt Detailsteuerung),
- die Stärkung der Mitbestimmungsrechte an Kitas und Schulen,
- die Verankerung von demokratischer Bildung in Kitas und Schulen.

Berufliche Bildung und Weiterbildung für eine sich ändernde Arbeitswelt

Sachsen braucht mehr denn je eine qualifizierte berufliche Bildung in allen Phasen des Arbeitslebens. Der rasante Wandel der Arbeitswelt stellt neue Anforderungen an die duale Ausbildung und die Weiterbildung.

Angesichts des Fachkräftemangels ist es nicht hinnehmbar, dass die Zahl der Ausbildungsabbrüche unverändert hoch ist und dass Ausbildungen aus finanziellen Gründen nicht aufgenommen oder abgebrochen werden. Der Freistaat Sachsen muss sich für eine **Mindestausbildungsvergütung** auf Bundesebene stark machen. Schulen in freier Trägerschaft müssen so ausgestattet werden, dass das derzeit erhobene Schulgeld insbesondere in Mangelberufen wie Erziehung, Gesundheitsberufen und Pflege entfallen kann. Durch die Verstärkung von praxisorientierten **Produktionsschulen** und ihre Ausweitung auf öffentliche Träger wollen wir erreichen, dass auch „Schulmüde“ und Jugendliche ohne Schulabschluss durch Ausbildung einen Einstieg in den Beruf finden. Wo es notwendig ist, sollen Berufsschüler*innen durch Beratungslehrer*innen als Lots*innen und Mentor*innen während der Ausbildung und bei der Arbeitsplatzsuche begleitet werden.

Um die Berufsorientierung und ausbildungsbegleitende Betreuung von Azubis zu verbessern, wollen wir **Auszubildendenwerke** zur flächendeckenden Unterstützung für alle Auszubildenden einrichten. Angelehnt an das Modell der Studierendenwerke sollen in Kooperation mit bisherigen Angeboten Dienstleistungen von der Berufsberatung über die Beantragung von BAföG oder Berufsausbildungsbeihilfe bis hin zur Beratung bei Problemen im Betrieb oder psychosozialen Anliegen gebündelt werden. In Zusammenarbeit mit lokalen Wohnungsgesellschaften sollen die Auszubildendenwerke insbesondere in Städten mit angespannten Woh-

nungsmärkten günstigen Wohnraum vermitteln und bereitstellen.

Um auf die ständige Veränderung von Inhalten und Anforderungen zu reagieren, brauchen wir eine stärkere **Modularisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung**. So können individuelle und passgenaue Kompetenzprofile gebildet werden, ohne einen Ausbildungsgang vollständig zu absolvieren. Bildungsträger können damit ihre Angebote gleichermaßen für Aus- und Weiterbildung bereitstellen.

Wir wollen in einem **Bildungsfreistellungsgesetz** den Anspruch auf Bildungsurlaub als bezahlte Freistellung für Weiterbildung gesetzlich verankern. In bislang unzureichend versorgten Regionen und Stadtquartieren wollen wir die Zugänge zur Erwachsenenbildung erleichtern. Die Zuschüsse für die Volkshochschulen wollen wir schrittweise auf den bundesdeutschen Durchschnitt anheben, um ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot zu gewährleisten. Als Teil der sächsischen Bildungslandschaft wollen wir ihre Qualitätsentwicklung vorantreiben.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine Mindestausbildungsvergütung und ein verstärktes Angebot von Produktionsschulen zur Senkung der Abbrechendenquoten,
- eine verstärkte Modularisierung der Aus- und Weiterbildung,
- die Einführung von Auszubildendenwerken, in denen Beratung und Unterstützung gebündelt werden,
- ein Bildungsfreistellungsgesetz und die stärkere Finanzierung von Volkshochschulen.

2.4 Für starke Hochschulen und exzellente Wissenschaft

In einer sich rasant verändernden Welt werden Hochschulen und Wissenschaft wichtiger denn je. Das Wissen, das sie schaffen und vermitteln, hilft, Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung oder Globalisierung und gesellschaftlichen Zusammenhalt anzugehen. Wissenschaft und Forschung sind entscheidende Innovationsmotoren, die sich an den gesellschaftlichen Herausforderungen orientieren sollten. Angesichts von Fake News und zunehmender Wissenschaftsleugnung müssen wir die Rolle von Hochschulen im gesellschaftlichen Diskurs stärken.

Nach einer Phase von Kürzung und Stagnation wollen wir den Stellenwert von Hochschule und Wissenschaft wieder erhöhen. Auf einer soliden finanziellen Grundlage und mit mehr Gestaltungsspielraum sollen die Hochschulen ihre Potenziale voll entfalten können.

Mehr Gestaltungsspielräume für Hochschulen

Die sächsischen Hochschulen sind weit über Sachsen hinaus attraktiv für Studierende und Wissenschaftler*innen. Sie werben eine hohe Zahl von Drittmitteln an. Um die sächsischen Hochschulen handlungsfähig zu machen, bedarf es einer besseren Grundfinanzierung und mehr Gestaltungsspielräumen.

Auch wenn zuletzt weitere Stellenkürzungen abgewendet wurden, stagniert die finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschulen. Es wird mit einer Absenkung der Studierendenzahlen geplant, obwohl Sachsen mehr denn je auf hochqualifizierte Fachkräfte angewiesen ist. Wir wollen diese Entwicklung stoppen und mit den Hochschulen einen **Zukunftspakt 2030** abschließen. Dabei zielen wir darauf ab, die Ausgaben für die laufenden Grundmittel je Student*in jährlich zu dynamisieren, um den Hochschulen zusätzliche finanzielle Spielräume zu geben, um die Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern.

Dadurch wollen wir die Freiheit von Forschung und Lehre erhalten, mehr Qualität in der Lehre ermöglichen und eine Anhebung der Studienplatzkapazitäten ermöglichen und insbesondere die hohe Zahl der zulassungsbeschränkten Studiengänge reduzieren, um zu einer möglichst freien Studienplatzwahl beizutragen. Der Zukunftspakt 2030 soll durch Zielvereinbarungen mit den Hochschulen

untersetzt werden. Die Zielvereinbarungen sollen eine kürzere Laufzeit aufweisen und als Anreizsystem ausgestaltet werden.

Die höhere Grundfinanzierung wollen wir mit mehr gesetzlich eingeräumten Gestaltungsspielräumen etwa bei Fragen ihrer Struktur, Amtszeiten und Gremiengrößen, ihrer Finanzen, Bauten und Liegenschaften oder bei der Ausgestaltung ihres Studienangebotes verbinden. Diese umfassende **organisatorische Selbstständigkeit** wollen wir mit einer Stärkung der **Mitbestimmung in der Hochschule** und der Öffnung für ihr gesellschaftliches Umfeld verbinden. Wir wollen die direkt gewählte Hochschulversammlung einführen, welche insbesondere die Grundordnung beschließt und das Rektorat wählt. Die Mitgliedergruppen der Hochschulen sollen in den Gremien in allen nicht forschungsbezogenen Fragen gleich stark vertreten sein. Der Hochschulrat soll ausschließlich aus externen Mitgliedern zusammengesetzt sein und sich auf die strategische Beratung von Senat und Hochschule und die Vermittlung im Konfliktfall beschränken. Wir wollen starke, autonom handelnde Studierendenvertretungen, die auf einer verbindlichen Mitgliedschaft der Studierenden beruht. Studierende der Berufsakademie sollen die gleichen Freiheiten und Rechte wie Hochschulstudierende erhalten.

Diese umfassende **organisatorische Selbstständigkeit** wollen wir mit einer Stärkung der **Mitbestimmung** und der Öffnung für ihr gesellschaftliches Umfeld verbinden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die bedarfsgerechte Finanzierung der Hochschulen,
- die Dynamisierung der Grundmittel der Hochschulen,
- die Ausweitung der Hochschulautonomie,
- die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Hochschulmitglieder.

Offene, soziale und vielfältige Hochschulen

Immer noch werden zu viele junge Menschen von einem Studium an sächsischen Hochschulen ausgeschlossen, weil die finanziellen und sozialen Rahmenbedingungen nicht stimmen. Ein Großteil der Studierenden ist finanziell von den Eltern abhängig oder muss nebenbei jobben. Wir wollen die **Studiengebührenfreiheit** bis zum ersten Master- oder Diplomabschluss und für das Graduiertenstudium unabhängig von der Herkunft gesetzlich verankern. Wir werden uns im Bundesrat für

eine kurzfristige Erhöhung der BAföG-Sätze sowie mittelfristig für den Einstieg in eine armutsfeste und **elternunabhängige Studienfinanzierung** einsetzen, welche Teilzeit- und Weiterbildungsstudiengänge einschließt.

Wir wollen die Zuschüsse der **Studentenwerke** bedarfsgerecht anheben und mit ihnen bessere Beratungsleistungen sowie einen Ausbau der Angebote an Krippen- und Kitaplätzen vereinbaren. Wir wollen zudem mehr Geld bereitstellen, damit **Studierendenwohnheime** modernisiert und energetisch saniert sowie mit innovativen Konzepten bezahlbare Wohnheimplätze neu geschaffen werden können. Damit kann der Freistaat einen konkreten Beitrag leisten, um dem angespannten Wohnungsmarkt in den wachsenden Städten entgegenzuwirken.

Wir setzen uns für **vielfältige Hochschulen** ein, die unterschiedlichen Lebensentwürfen und Lebenssituationen aller Hochschulangehörigen Rechnung tragen und Diskriminierung keinen Platz geben. Wir wollen, dass Studium, Beruf und Engagement an den Hochschulen grundsätzlich miteinander vereinbar sind. Deshalb soll jeder Studiengang auch in Teilzeit studierbar sein. Die Chancengleichheit an der Hochschule muss gewährleistet sein. Insbesondere für Eltern, Pflegende und Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Behinderung sowie chronisch Kranke sollen Benachteiligungen und besondere Studienvoraussetzungen berücksichtigt werden. Wir wollen die Beratung und Unterstützung von Studierenden mit nicht-akademischem Hintergrund fördern. Die **Chancengleichheit von Frauen und Männern** wollen wir durch klare Zielsetzungen auf jeder Qualifikationsebene verbessern.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- umfassende Studiengebührenfreiheit bis zum ersten Master unabhängig von der Herkunft,
- Einsatz für eine elternunabhängige Studienfinanzierung,
- mehr bezahlbare Wohnheimplätze und bedarfsgerechte Ausstattung,
- Chancengleichheit an sächsischen Hochschulen.

Wissenschaft als Beruf

Wissenschaft ist ein Traumberuf, der jedoch für Lehrende und Forschende mit unsicheren Berufsaussichten und Beschäftigungsbedingungen verbunden ist. Insbesondere durch befristete Beschäftigungsverhältnisse werden die sächsischen

Hochschulen für viele hochqualifizierte Absolvent*innen zunehmend unattraktiv. Wir wollen von Anfang an planbare Perspektiven für Wissenschaft als Beruf schaffen.

Promovierende tragen einen wesentlichen Teil der Lehr- und Forschungsleistungen, aber die Promotionsbedingungen an sächsischen Hochschulen sind nicht zufriedenstellend. Wir wollen die **Rechte der Promovierenden** durch eine verpflichtende Dissertationsvereinbarung, die einheitliche Regelung ihres Status und eigene Vertretungsgremien stärken. Ergänzend zum kooperativen Promotionsverfahren wollen wir ein Promotionsrecht für einzelne Fachbereiche von Fachhochschulen auf Vorschlag einer wissenschaftlichen Kommission hin ermöglichen. Die Aufwendungen für die Graduiertenförderung wollen wir deutlich steigern und dabei auf ein ausgewogenes Verhältnis der Fächer und Geschlechter achten.

Wir wollen nach dem Prinzip **Dauerstellen für Daueraufgaben** schrittweise wieder einen Mittelbau mit Perspektiven auf eine unbefristete wissenschaftliche Beschäftigung jenseits der Professur schaffen. Die Länge befristeter Anstellungen in Drittmittelprojekten soll sich an der Projektlänge orientieren. Durch einen Personalpool sollen Drittmittelprojekte auch durch Mitarbeiter*innen umgesetzt werden, die über die Projektlaufzeit hinaus oder unbefristet beschäftigt sind.

Wissenschaftliche Neugier verträgt sich nicht mit den Hierarchien und Abhängigkeiten der althergebrachten Lehrstühle. Wir wollen stattdessen das international etablierte **Departmentprinzip** hochschulgesetzlich verankern. Ein Drittel der neu zu besetzenden Professuren sollen als **Juniorprofessuren** besetzt werden. Dabei wollen wir einen echten Tenure Track durchsetzen, mit dem die Juniorprofessur nach sechs Jahren bei Evaluierung und Einhaltung vorher vereinbarter Zielstellungen zur ordentlichen Professur führt. In Anlehnung an den international verbreiteten **Lecturer** wollen wir eine unbefristete Beschäftigungskategorie mit dem Tätigkeitsschwerpunkt Lehre einführen sowie Professuren mit Schwerpunkt in Forschung oder Lehre bei gleicher Besoldung ermöglichen.

Wir werden uns für die Aufhebung der Tarifsperrung im Wissenschaftsbereich einsetzen und in einem **Wissenschaftstarifvertrag** verbindliche Regelungen zu Aufgabenfeld, Urlaub und Mindestvergütungen auch für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte, Lehrbeauftragte und Privatdozent*innen festschreiben. Zugleich sollen die Hochschulen Dienstaufgaben, Nebentätigkeiten und Umfang der Lehre eigenständig regeln.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Stärkung der Rechte der Promovierenden,
- die Einführung des Promotionsrechts für einzelne Fachbereiche von Fachhochschulen,
- den Ausbau unbefristeter Beschäftigung und die Rückführung von Befristungen,
- einen verbindlichen Tenure Track für Juniorprofessuren, die Einführung des „Lecturer“ und einen Wissenschaftstarifvertrag.

Innovation mit Verantwortung

Die sächsische Wissenschaftslandschaft bietet weltweit führende Grundlagenforschung, regional vernetzte Anwendungsforschung und bildet die Fachkräfte von morgen aus. Sie entwickelt Antworten auf globale und lokale Herausforderungen – von der Energiewende bis zur Digitalisierung. Wir wollen die Innovationskraft der Hochschulen und Forschungseinrichtungen gezielt stärken und sie dabei in gesellschaftliche Verantwortung nehmen. Dazu gehört, dass sie nur noch für zivile und friedliche Zwecke forschen. Wir werden eine hochschulgesetzliche Regelung nach dem Vorbild anderer Bundesländer verankern, damit Hochschulen sich eine Zivilklausel geben können, nach der sie in Forschung, Lehre und Studium ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Wir wollen im Rahmen der Hochschulentwicklung sowie durch gezielte finanzielle Förderung in strategischen Bereichen die fachliche Ausrichtung und die Kooperation der Hochschulen untereinander sowie mit außeruniversitärer Forschung und Wirtschaft stärken.

Neue Ideen und kreative Forschung wurzeln in der Lehre. Innovative, interdisziplinäre und forschungsorientierte Lehre braucht mehr Spielräume und umfassende Unterstützungsstrukturen. Wir wollen erreichen, dass die Hochschulen ein verbindliches Informations- und Veranstaltungsangebot in der Studieneingangsphase vorsehen und die Stoff- und Prüfungsdichte verringern. Durch eine langfristige Finanzierung der Hochschuldidaktik und die Verankerung hochschuldidaktischer Fähigkeiten bei der Einstellung von Lehrenden wollen wir die Lehrqualität nachhaltig erhöhen.

Wir wollen die sächsischen Hochschulen mit einer abgestimmten **Strategie Digitale Hochschule 2022** schnellstmöglich fit für die Herausforderungen der Digitalisierung machen und diese Strategie darüber hinaus verstetigen. Mit einem

Sonderinvestitionsprogramm soll die digitale Infrastruktur an allen sächsischen Hochschulen so ausgebaut werden, dass digitale Kollaborationstools in der Forschung und digitale Lehr- und Lernmethoden als selbstverständlicher Bestandteil der Hochschullehre anwendbar sind. Digitale Lehr- und Lernmethoden sollen sowohl in der Hochschuldidaktik als auch in der Fachdidaktik der Lehrer*innenbildung verankert werden. Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für digitale Lehr- und Prüfungsformen schaffen. Mit einem sächsischen **Open-Access-Förderfonds** wollen wir die gebührenfreie Publikation von Daten und Forschungsergebnissen fördern. Wir wollen die Vernetzung und den Ausbau wissenschaftlicher Ressourcen in Form von Professuren, Nachwuchsforscher*innengruppen und Promotionen zur Erforschung digitaler Verfahren und der Reflexion von Digitalisierung in einem kooperativen Verfahren abgestimmt mit den jeweiligen Hochschulprofilen fördern.

Digitale Ideen sollen nur friedlichen Zwecken dienen, deshalb lehnen wir die Entwicklung und Erforschung von autonomen Waffensystemen, Algorithmen und Robotern zu Kriegszwecken an sächsischen Hochschulen und anderen Einrichtungen ab. Wir setzen uns für eine Kommission ein, die für in Sachsen entwickelte Soft- und Hardware verbindliche ethische Regeln aufstellt.

Im Rahmen der **Hochschulentwicklungsplanung** und der Ansiedlung außeruniversitärer Forschung wollen wir vor allem zwei Schwerpunkte setzen. Zum einen wollen wir dem Leitbild einer nachhaltigen Wissenschaft folgend die Potenziale der sächsischen Hochschulen zielgerichtet nutzen und Sachsen zu einem führenden Forschungs- und Ausbildungsstandort für regenerative Energieversorgung, Minderung des Primärenergiebedarfs, Energieeffizienz sowie Bioökonomie und postfossile Mobilität entwickeln. Dabei sollen auch die notwendigen sozialen und kulturellen Veränderungen reflektiert werden. Zum anderen wollen wir die Geistes- und Sozialwissenschaften als Grundlage gesellschaftlicher Diskussionsprozesse stärken, damit sie die notwendigen wissenschaftlichen Impulse für die Bewältigung von Herausforderungen der Integration, Fragen sozialer Ungleichheit und des demografischen Wandels sowie für die Gestaltung der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft geben können.

Wir wollen die Fachhochschulen als Hochschulen für angewandte Wissenschaften in ihrer Forschungskompetenz stärken. Zugleich wollen wir sie als Innovationsmotoren mit einem Innovationspool als Teil der Grundfinanzierung ausstatten. Damit wollen wir langfristig angelegte Konzepte zur Gestaltung ökonomischer

Innovationsstrukturen und gesellschaftlicher Herausforderungen fördern. Damit sollen Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen, Existenzgründungen und der Aufbau eines vernetzten Wissensmanagements in Regionen jenseits der urbanen Zentren Dresden und Leipzig ermöglicht werden. Mit Career Services sollen die Fachhochschulen zu Kompetenzzentren für den Fachkräftenachwuchs ausgebaut werden. Wir wollen, dass die Berufsakademie ihre Forschungsmöglichkeiten erweitern kann und ihr besonderes Profil der Kooperation mit Praxispartner*innen stärker für den Bereich der Weiterbildung nutzt.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Förderung innovativer Lehre,
- den Ausbau digitaler Infrastruktur und die Stärkung der Digitalisierungsforschung,
- die Förderung Nachhaltigkeits-orientierter Wissenschaft und Forschung und der Geistes- und Sozialwissenschaften,
- Fachhochschulen als Innovationsmotoren.

2.5 Kultur (er)leben

Kunst und Kultur sind die Erzählungen, Bilder und Gewohnheiten, mit denen sich unsere Gesellschaft verständigt und auseinandersetzt. Sie spiegeln Heimat und Vielfalt wider. Sie haben einen Eigenwert, den es vor allen weiteren Effekten auf Wirtschaft und Tourismus anzuerkennen gilt. Kunst und Kultur brauchen dafür Freiheiten und Freiräume.

Unser Ziel ist es, Sachsens vielgestaltiges kulturelles Erbe zu pflegen und erlebbar zu machen und die Entwicklung neuer künstlerischer Ausdrucksformen zu gewährleisten. Wir wollen allen Menschen Zugang zu Kunst und Kultur ermöglichen. Weder Wohnort noch Geldbeutel, Herkunft noch Behinderung dürfen Menschen von einer intensiven Begegnung mit Kultur und Kunst ausschließen. Kunst ist frei, sie muss nicht gefallen und sie darf nicht dienen. Nur so kann sie ihre innovative Kraft entwickeln und uns immer wieder neue Perspektiven eröffnen. Kultur aus Vielfalt basiert auf liberalen Grundwerten und verkörpert eine lebendige Demokratie. Deshalb sind interkultureller Austausch, kulturelle Teilhabe und ausreichende soziale Absicherung für Kreativberufe besondere Ansprüche unserer Kulturpolitik.

Kultur für alle

Kulturelle Bildung ist uns wichtig – für Kinder und Jugendliche genauso wie für Erwachsene.

Sie bedeutet nicht nur Wissensvermittlung in kulturellen und künstlerischen Prozessen, sondern auch Persönlichkeitsentwicklung durch aktives Gestalten und einen intensiven Austausch zwischen Kunstproduzierenden und Rezipierenden.

Wir wollen die Unterrichtsangebote in den künstlerisch-ästhetischen Fächern absichern, echte Ganztagsangebote in diesem Bereich fördern und Kooperationen zwischen Schulen und Trägern der kulturellen Bildung unterstützen. Wir setzen uns für eine bessere Vergütung der Honorarkräfte und mehr feste Stellen an **Musikschulen** ein und wollen deshalb die Förderung für Musikschulen erhöhen. Programme wie „Jedem Kind ein Instrument“ wollen wir ausbauen. Wir wollen die Einrichtung einer leistungsfähigen landesweiten Koordinierungs- und Beratungsstelle für kulturelle Bildung und zudem die Netzwerkstellen für kulturel-

le Bildung in den Kulturräumen stärken. Für die bessere Zusammenarbeit der Netzwerkstellen mit den Schulen muss der Freistaat seine Schulpolitik auch auf kulturelle Bildung als Teil einer ganzheitlichen Bildung ausrichten und z. B. Lehrer*innen für Kontakte mit außerschulischen Trägern freistellen und Fortbildungen ermöglichen. Die Vermittlungsangebote der Kultureinrichtungen wollen wir mit entsprechender Förderung unterstützen.

Interkulturelle Kulturarbeit setzt wichtige Impulse für ein gelingendes Miteinander. Außerdem ermöglicht sie es Geflüchteten und Migrant*innen, gleichberechtigt am kulturellen Leben teilzuhaben und Kunst und Kultur im Einwanderungsland Sachsen zu gestalten. Wir wollen die interkulturelle Kulturarbeit, die im Freistaat bisher allein durch Eigeninitiative einiger Kulturinstitutionen und Initiativen ermöglicht wurde, systematisch aufbauen, fördern und stärken und Fortbildungen und Vernetzungsmöglichkeiten schaffen. Damit ermöglichen wir, dass Kultur Perspektiven der jeweils anderen öffnet, Vorstellungswelten ändert und so unserer im Wandel befindlichen Gesellschaft eine konstruktive Richtung geben kann. Sachsen braucht ein Diversitätskonzept für die Personalentwicklung in den Kulturverwaltungen und in staatlichen Kultureinrichtungen. Wir unterstützen die Kultureinrichtungen dabei, ihre Programme interkulturell zu öffnen und spezielle Angebote für Migrant*innen zu erarbeiten. Den internationalen Künstler*innen-austausch wollen wir ebenso verstärken wie den Austausch auf institutioneller Ebene. Besondere Bedeutung messen wir dem – deutschlandweit einzigartigen – trinationalen Neißer-Filmfestival zu, das internationale Vielfalt in den ländlichen Raum transportiert.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Absicherung von Unterrichtsangeboten in den künstlerisch-ästhetischen Fächern,
- eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte an Musikschulen,
- den Ausbau von Programmen wie „Jedem Kind ein Instrument“,
- die Einrichtung einer landesweiten Koordinierungs- und Beratungsstelle für kulturelle Bildung,
- die gezielte Förderung der sorbischen Sprache und Kultur,
- die systematische Förderung interkultureller Kulturarbeit,
- ein Diversitätskonzept für die Personalentwicklung in den Kulturverwaltungen und -einrichtungen.

Perspektiven für Kultur eröffnen

Die Stärkung der Freien Szene ist uns ein zentrales Anliegen. Die Freie Szene ist wichtiger Impulsgeber bei künstlerischen Entwicklungen, doch arbeiten deren Akteur*innen in aller Regel unter deutlich schlechteren Bedingungen als ihre Kolleg*innen in den Institutionen. Dies wollen wir ändern und die **Förderung der Freien Szene** signifikant erhöhen. Wir setzen uns für eine Honoraruntergrenze ein. Die Gastspielförderung für Auftritte innerhalb Deutschlands und im Ausland wollen wir verstetigen und ausbauen und auf die Sparten Musik, Film, Literatur und Bildende Kunst erweitern. Zudem wollen wir die Konzeptförderung weiter ausbauen und auch auf neue und kleine Kulturinitiativen erweitern sowie Recherecheförderungen entwickeln. Proben- und Auftrittsorte müssen geschaffen bzw. unterstützt werden. Wir wollen die Selbstorganisation der Akteur*innen unterstützen sowie zur Stärkung von Synergieeffekten zwischen freien Trägern und institutionell geförderten Häusern beitragen. Deshalb wollen wir das Landesbüro Darstellende Künste Sachsen als Interessenvertretung weiter stärken. Wir setzen uns außerdem für eine Musikzentrale ein, die zur künstlerischen Professionalisierung und infrastrukturellen Verbesserung in der Rock-, Pop- und Jazzkultur beiträgt.

Die innovative und dynamische **Kultur- und Kreativwirtschaft** prägt nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung Sachsens, sondern auch die kulturelle. Deshalb wollen wir das Sächsische Zentrum sowie neue Entwicklungen bei der Zusammenarbeit zwischen Handwerk und Kultur- und Kreativwirtschaft nachhaltig stärken. Wir wollen den Kulturwirtschaftsbericht regelmäßig alle zwei Jahre fortschreiben und auf neue Entwicklungen eingehen, um eine aussagefähige Grundlage für die zukünftige Förderung zu schaffen.

Die **Kulturstiftung** des Freistaats Sachsen fördert neue künstlerische Ausdrucksformen, die Vermittlung zeitgenössischer Kunst und Kultur und den künstlerischen Nachwuchs. Um diesen zentralen Aufgaben auch künftig gerecht zu werden und ihre beratende Funktion noch besser wahrzunehmen, wollen wir die Stiftung mit ausreichend Personal ausstatten und die Mittel für die Projektförderung dynamisieren. Eine Studie soll unter Beteiligung der Kulturschaffenden Potentiale zur Weiterentwicklung der Kulturstiftung aufzeigen. Dabei soll auch der **digitale Wandel** von Kunst und Kulturarbeit berücksichtigt werden. Die Landeskulturverbände brauchen einen ständigen Sitz in den entsprechenden Fachbeiräten.

Das sächsische **Kulturraumgesetz** als bewährtes, wichtigstes Instrument der sächsischen Kulturförderung muss in seiner Erneuerungsfähigkeit gestärkt werden, sichert es doch unterschiedlichste Kulturangebote auch jenseits der Großstädte in hoher Qualität. Für die regelmäßige Anpassung der Kulturraumfinanzierung durch den Landtag ist von der Staatsregierung alle vier Jahre ein Bericht über den Finanzbedarf und eine Kulturraumstatistik vorzulegen. Die Tarifbindung öffentlicher Kultureinrichtungen muss wieder selbstverständlich sein. Die sächsischen Programmkinos müssen in ihrer Vielfalt und Vielzahl erhalten und gestärkt werden. Wir wollen dem hohen Beratungsbedarf bei Konzeptentwicklungen und Umgang mit Finanzierungslücken gerecht werden und so sicherstellen, dass die freien Initiativen und die Freie Szene in allen Kulturräumen angemessen unterstützt werden. Wir wollen den Kulturkonvent um gewählte stimmberechtigte Mitglieder und beratende Vorsitzende des Kulturbeirates erweitern. Die finanzielle Belastung der Kulturräume durch die Landes Bühnen Sachsen wollen wir rückgängig machen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine verbindliche Honoraruntergrenze,
- Gastspiel-, Konzeptions- und Rechercheförderungen,
- die signifikante Erhöhung der Kulturförderung,
- ausreichend Personal und finanzielle Mittel für die Sächsische Kulturstiftung,
- die regelmäßige Anpassung der Finanzierung der Kulturräume,
- die Tarifbindung öffentlicher Kultureinrichtungen,
- die Erweiterung der Mitglieder des Kulturkonvents.

Kulturelle Institutionen stärken

Die **Museen und Theater** des Freistaats als wichtige Orte des kulturellen Erbes und der kulturellen Vermittlung brauchen weiter Planungssicherheit. Deshalb muss die sächsische Museumskonzeption dringend über 2019 hinaus fortgeschrieben werden. Wir wollen den Stellenwert der Industriekultur weiter stärken. Innerhalb der Staatlichen Kunstsammlungen brauchen die Ethnografischen Sammlungen, gerade vor der aktuellen Herausforderung, kulturelle Herkunft sichtbar zu machen und rassistischen Positionen zu entgegnen, besondere Beachtung. Angesichts unserer postkolonialen Verantwortung unterstützen wir die Herstellung von Transparenz hinsichtlich der Erwerbungs geschichte der Objekte.

Das Japanische Palais in Dresden verdient eine seiner historischen und architektonischen Bedeutung angemessene Aufmerksamkeit und eine museale Nutzung, in deren Rahmen das Völkerkundemuseum seine Bestände der Weltkultur dauerhaft präsentieren kann.

Zwischen dem Staatstheater Dresden mit Semperoper und Staatsschauspiel und den übrigen Bühnen im Freistaat klafft ein erheblicher Riss in der finanziellen Ausstattung, der sich zwangsläufig auf die Bezahlung der Angestellten, auf die Quantität und folgerichtig auch auf die Qualität der Arbeit auswirkt. Deshalb wollen wir die **Kulturräume** bei der besseren Finanzierung der Theater unterstützen.

Die **Bibliotheken** sind wichtige Bildungsorte, Medienzentren und nicht zuletzt kulturelle Treffpunkte. Wir wollen die enorm wichtige Arbeit der Bibliotheken durch Mindestanforderungen an Personal- und Medienausstattung aufwerten und die Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen verbessern. Deshalb wollen wir ein Bibliotheksgesetz, denn so werden Bibliotheken nicht mehr zur Verhandlungsmasse bei finanziellen Engpässen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Fortschreibung einer verlässlichen Museumskonzeption,
- eine besondere Beachtung der Staatlichen Ethnografischen Sammlungen,
- eine bessere Finanzierung der Theater in den Kulturräumen,
- ein Bibliotheksgesetz, das Personal- und Medienausstattung sowie die Qualität sichert.

Erbe und Erinnerung pflegen

Um das kulturelle Erbe auch für nachfolgende Generationen zu erhalten, muss die **Digitalisierung** wertvollen Schrift- und Kulturgutes und des audiovisuellen Erbes vorangebracht werden – wir wollen deshalb das Landesdigitalisierungsprogramm ausbauen. Mit einer speziellen Künstler*innen- und Werksdatenbank wollen wir die Vor- und Nachlässe sächsischer Künstler*innen erfahrbar machen.

Digitalisierte Kunstwerke, Objekte und Räume ersetzen analoge Angebote nicht, sollen aber als Erweiterung künstlerischer Ausdrucksformen, als Mittel zur Diskussion für kulturelle Beteiligung und Engagement nutzbar gemacht werden. Deshalb wollen wir die Erstellung von Digitalisaten und den allgemeinen Zu-

gang zum kulturellen Erbe stärker fördern und das Digitalisierungsprogramm erweitern: Wir wollen rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, damit Museen ihre Bestände digital zugänglich machen und neue Strategien der Vermittlung, Sammlung und Ausstellung erproben können. Für Kulturschaffende und Kulturvermittelnde sollen Möglichkeiten für Austausch, Weiterbildung, Experimentierräume und digitale Qualifizierungshilfen geschaffen werden.

Die **politisch-historische Bildung** ist angesichts der deutschen Vergangenheit im 20. Jahrhundert und einer neu aufkeimenden Zustimmung für national-autoritäre Strukturen wichtiger denn je. Die Bildungsarbeit an Schulen und anderen Einrichtungen muss weiter gefördert werden. Die Gedenkstätten und Dokumentationszentren, die an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern, müssen ausreichend finanziell und personell ausgestattet werden. Wir unterstützen zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus auseinandersetzen. Wir setzen uns für den Aufbau der Gedenkstätte KZ Sachsenburg als Beispiel für die frühen Konzentrationslager in Sachsen ein.

Die **Gedenkstätten, Archive und Dokumentationszentren**, die die DDR-Vergangenheit aufarbeiten, wollen wir als wichtige Lernorte weiterentwickeln. Die öffentliche Zugänglichkeit der Stasi-Unterlagen muss weiterhin gewährleistet sein. Wir wollen, dass die in der DDR verfolgten Menschen gesellschaftliche und staatliche Aufmerksamkeit und Anerkennung bekommen.

Um die wichtige Arbeit der **Gedenkstätten** in Sachsen zu unterstützen, brauchen wir eine Entwicklungskonzeption der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft. Eine gute Vernetzung von Bildungsträgern ist die Voraussetzung dafür, dass der Bildungsauftrag der Gedenkstätten zeitgemäß umgesetzt werden kann.

Denkmale sind unser gebautes kulturelles Gedächtnis. Um dieses Gedächtnis zu bewahren, dürfen sich **Denkmalschutz** und -pflege nicht auf einzelne herausragende Bauten beschränken, sondern müssen die vielen kleineren Denkmale im Blick haben, durch deren Summe die geschichtliche Entwicklung Sachsens erlebbar gemacht wird. Wir begreifen Denkmalschutz als Querschnittsaufgabe mit ökologischen, kulturellen und ökonomischen Aspekten. Die Mitwirkungsrechte ehrenamtlicher Denkmalschützer*innen wollen wir stärken. Deshalb treten wir für ein Verbandsklagerecht im Denkmalschutz ein. Wir wollen die Strukturen der öffentlichen Denkmalpflege in ihrer Leistungsfähigkeit erhalten und stärken. Des-

halb wollen wir für eine leistungsfähige Fachbehörde die Landesämter für Archäologie und für Denkmalpflege zusammenführen und dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst zuordnen. Damit die Denkmale und Gedenkort ohne Einschränkungen für alle Menschen erlebbar sind, bedarf es kluger Lösungen für barrierefreie Zugänge.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Förderung politisch-historischer Bildungsarbeit an den Schulen,
- finanzielle und personelle Absicherung der Gedenkstätten, Archive und Dokumentationszentren und ihre Weiterentwicklung zu modernen Lernorten,
- eine Entwicklungskonzeption der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft,
- die Förderung von Initiativen, die aktive Geschichtsbildung leisten,
- die Zusammenführung der Landesämter für Archäologie und Denkmalpflege zu einer Fachbehörde, ein Verbandsklagerecht im Denkmalschutz,
- barrierefreie Zugänge zu Denkmälern.

Vielfalt und Qualität in den Medien sichern

Wir stehen zur Bestands- und Entwicklungsgarantie des **öffentlich-rechtlichen Rundfunks** in Deutschland und zur solidarischen Finanzierung durch alle, die sich dies leisten können. Doch wir erwarten von den öffentlich-rechtlichen Anstalten eine qualitative Weiterentwicklung und den verantwortungsvollen, transparenten Umgang mit finanziellen Ressourcen. Damit die öffentlich-rechtlichen Medienanstalten weiterhin ein zeitgemäßes und an den Kommunikations- und Informationsgewohnheiten der Beitragszahler*innen orientiertes Internetangebot mit Bewegtbild, Ton und Text anbieten können, muss bei der Neuregelung des Telemedienauftrags das Verbot der Pressähnlichkeit endlich fallen, statt es zu verschärfen.

Den **Rundfunkrat** als gesellschaftliches Kontrollgremium des MDR wollen wir staatsferner besetzen und regelmäßig erneuern. Er muss paritätisch mit Frauen und Männern besetzt sein. Regierungsvertreter*innen dürfen keinen direkten Einfluss auf die Konstituierung des Rundfunkrats haben. Die Vielfalt der Gesellschaft soll sich besser im Rundfunkrat widerspiegeln und deshalb sollen zum Beispiel Vertreter*innen von LSBTIQ und Migrant*innenorganisationen in den Rat aufgenommen werden. Im Rahmen seines Grundversorgungsauftrags

versucht der MDR möglichst viele Menschen mit Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsangeboten zu erreichen; im Zweifelsfall soll er sich für Qualität statt Quote entscheiden.

In der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) wollen wir die Mitbestimmung und Transparenz durch gesellschaftlich relevante Gruppen verbessern, die Versammlung in ihren Beratungs- und Initiativrechten stärken und ihr das Haushaltsrecht übertragen. Es sollen insbesondere Medienforschungsprojekte, freie Medien und neue Medien gestärkt werden. Nichtkommerzieller Rundfunk ergänzt die sächsische Medienlandschaft jenseits von MDR und kommerziellen Anbieter*innen. Wir wollen für die **freien Medien** ein sicheres finanzielles Fundament gesetzlich verankern.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine Bestandsgarantie und Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, eine staatsfernere und gesellschaftlich repräsentativere Besetzung des Rundfunkrates,
- die Mitbestimmung gesellschaftlich relevanter Gruppen in der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien,
- die Förderung neuer und freier Medien.

3. DER STAAT IST FÜR DIE MENSCHEN DA

Eigentlich merken wir immer nur dann, welche große Errungenschaft ein gut funktionierender Staat ist, wenn etwas schief läuft – wenn er seinen Aufgaben nicht mehr nachkommt, wenn er in kritischen Situationen machtlos erscheint oder wenn er die Ideen engagierter Menschen ausbremst.

In Sachsen haben wir in den letzten Jahren erlebt, dass einiges in unserem Freistaat nicht funktioniert. Der Rechtsstaat konnte nicht in angemessener Form gegen rechtsextreme Ausschreitungen und Angriffe auf Migrant*innen vorgehen. Immer wieder hat sich der Eindruck verfestigt, dass etliche Staatsbedienstete rechtsextrem denken. So wurde das Vertrauen in unseren Rechtsstaat untergraben. Wir sehen, dass die Polizei – insbesondere außerhalb der großen Städte – kaum präsent ist und sich damit bei vielen Menschen ein Gefühl von Unsicherheit breit macht. Statt diese Probleme wirklich anzugehen, hat die CDU-SPD-Koalition mit ihrem neuen Polizeigesetz vor allem die Freiheitsrechte der Bürger*innen in Sachsen ausgehöhlt.

Gleichzeitig blockiert die Staatsregierung das Engagement derer, die dieses Land zu einem besseren entwickeln wollen. Nach über 25 Jahren CDU-Herrschaft atmet das Staatsverständnis der Regierenden in Sachsen nur noch den Geist des Obrigkeitsstaates. Wirksame Beteiligungsrechte der Bürger*innen fehlen ebenso, wie eine wirkliche Transparenz des staatlichen Handelns, die es den Menschen ermöglicht, Probleme frühzeitig zu erkennen.

Wir GRÜNE wollen das ändern. Wir wollen Sachsen wieder zu einem durchsetzungsfähigen Rechtsstaat machen. Wir stehen für einen Staat, der für die Menschen da ist, wenn sie ihn brauchen – ob im Kleinen, wenn man den Notruf wählt, oder im Großen, wenn es darum geht, die Menschen zu unterstützen, die sich für Menschlichkeit und gegen Hass engagieren. Wir wollen rechtsstaatliche Strukturen in Sachsen stärken und Freiheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Toleranz als Werte unserer Institutionen verankern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen Staat, der die Freiheit der Menschen respektiert und schützt. Freiheit ist für uns kein Etikett, sondern eine politische

Verpflichtung – nicht zuletzt aufgrund unserer Wurzeln in der DDR-Bürgerrechtsbewegung. Der Staat ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Er soll die Bürger*innen so weit wie möglich unbehelligt lassen und ihre Selbstbestimmung garantieren. Unsere Freiheit darf nicht haltlosen Sicherheitsversprechen geopfert werden.

Wir wollen einen Freistaat, der es den Bürger*innen ermöglicht, sich einzubringen und die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Sachsen braucht eine starke Zivilgesellschaft und das Engagement seiner Bürger*innen. Wir wollen deshalb endlich die Blockaden aufbrechen, die die Menschen tagtäglich in ihrem Engagement für unsere Gesellschaft und für ein anderes Sachsen behindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen stehen für einen grundlegenden politischen Kulturwandel, eine Politik umfassender Teilhabe und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Dafür braucht es auch starke und selbstbewusste Parlamente – auf allen Ebenen.

Ein wirkmächtiger Staat, der für die Menschen da ist, setzt auf starke Kommunen und ermöglicht diesen, soviel wie möglich vor Ort zu entscheiden. Deshalb fordern wir mehr Rechte für die Gemeinden und einen Finanzausgleich, der die Kommunen wieder handlungsfähig macht.

Da Sachsen Teil eines geeinten Europas ist, wollen wir bessere Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten und eine klar pro-europäische Politik des Freistaats, die sich nicht im Abgreifen von EU-Geldern erschöpft.

3.1 Aufbruch für mehr Demokratie und Transparenz

Politik soll nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern muss mit ihnen gestaltet werden. Wenn man die Menschen mit ihren Vorstellungen für unsere Gesellschaft wirklich ernst nimmt, muss man ihnen die Möglichkeit geben, diese verwirklichen zu können. Wir GRÜNE stehen dafür ein, dass die Bürger*innen sich wirksam einbringen können, statt nur von oben in politischen Gnadenakten gelegentlich nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Engagement braucht Transparenz. Wer nicht weiß, was der Staat und seine Verwaltung eigentlich vorhaben, kann dem auch nicht mit eigenen Ideen begegnen. Deshalb braucht eine neue politische Kultur in Sachsen, sowie einen Aufbruch zu mehr Transparenz des Staates.

Bessere Bürger*innenbeteiligung und mehr Entscheidungsrechte für die Menschen

Weil wir überzeugt sind, dass viele Menschen viele gute Ideen für die Zukunft Sachsens haben, wollen wir ihnen die Chance geben, Politik auch zwischen den Wahlen mitzugestalten. Wir wollen dazu die **Hürden für Volksanträge und Volksbegehren deutlich senken**. Das Quorum zur Einreichung eines Volksbegehrens wollen wir auf fünf Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung herabsetzen. Dafür, dass der Sächsische Landtag sich mit einem Anliegen im Rahmen eines Volksantrags befasst, sollen künftig 35.000 Unterstützungsunterschriften ausreichen. Zudem sollen Sachsens Bürger*innen künftig auch die Möglichkeit erhalten, einen **Volksentscheid** gegen ein vom Landtag verabschiedetes Gesetz und ein **Volksbegehren** zu übergeordneten Planungsverfahren durchführen zu können. Auch der Landtag soll die Möglichkeit erhalten, ein bereits beschlossenes Gesetz zum Gegenstand eines Volksentscheids machen zu können.

Genauso wollen wir auf kommunaler Ebene die Gestaltungsmacht der Menschen stärken. Die Voraussetzungen für Engagement im Rahmen von Beteiligung an politischen Prozessen müssen überall im Freistaat gleich sein. In keiner Gemeinde und keinem Landkreis soll für die Einleitung eines **Bürger*innenbegehrens** die Unterstützung von mehr als fünf Prozent der Einwohner*innen notwendig sein – das bisher geltende und übermäßig hohe Quorum an Ja-Stimmen für einen erfolgreichen Bürger*innenentscheid wollen wir auf das verfassungsrechtlich zulässige Mindestmaß absenken. Bei Volks- und **Bürger*innenent-**

scheiden sollten die Informationen zu den jeweiligen Pro- und Contra-Positionen für jede*n transparent in Abstimmungsbüchlein dargestellt werden.

Viele Menschen in Sachsen setzen sich vor allem für die Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes vor Ort ein und wünschen sich hier mehr Möglichkeiten, ihre Ideen konkrete Politik werden zu lassen. Deshalb wollen wir in der Gemeindeordnung verbindlich festschreiben, dass die Bürger*innen das Recht haben, mit einer verhältnismäßig geringen Zahl an Unterschriften, **Informationen** über anstehende Vorhaben der Verwaltungen oder die verbindliche **Beteiligung an Planungen** mit geeigneten Instrumenten zu erzwingen. Die Einleitung solcher Beteiligungsverfahren muss eine aufschiebende Wirkung für die Umsetzung der Planungen haben, auf die sie sich beziehen. Die Gemeinden sollen dazu verpflichtet werden, zur weiteren Ausgestaltung dieser Verfahren **Bürger*innenbeteiligungssatzungen** zu erlassen. Wir wollen die Bürger*innen in große Projekte des Landes frühzeitig und proaktiv einbeziehen. Dafür werden wir einen Leitfaden und eine neue Planungskultur entwickeln. Menschen sollen bei Großprojekten über den gesamten Verlauf hinweg beteiligt sein. Interessenvertretungen und Anwohner*innen wollen wir durch Bürger*innenbefragungen, unabhängige Moderationen, runde Tische oder Schlichtungsverfahren einbinden.

Aber auch der beste Instrumentenkasten reicht nicht aus, wenn es in den Behörden in Sachsen keine Kultur der Beteiligung gibt, die die Anliegen der Menschen wirklich ernst nimmt. Anders als mitunter angenommen, liegt die große Chance für eine gute Zukunft unseres Landes nicht in der Bürokratie der Amtsstuben, sondern in den Köpfen der Menschen. Die Digitalisierung bietet viele neue Möglichkeiten für die Transparenz von Behörden und zum Mitgestalten demokratischer Entscheidungsprozesse. Diese wollen wir GRÜNE nutzen, zum Beispiel durch die Bekanntmachung und Erweiterung der zentralen und **landesweiten Beteiligungsplattform**, auf der die Bürger*innen informiert werden und ihre Meinung zu aktuellen Vorhaben einbringen können. Zukünftig sollen alle Gesetzentwürfe auf dieser Plattform diskutiert werden können. Wir wollen auch, dass alle Beteiligungsmaßnahmen in einem bürger*innenfreundlichen Rahmen stattfinden, so dass eine Beteiligung aller möglich ist. Dazu gehören die Barrierearmut der Veranstaltungsorte oder ein verpflichtendes Angebot zur Kinderbetreuung bei Veranstaltungen.

Häufig bewegen die Menschen in Sachsen ganz konkrete Probleme im Handeln von Behörden oder sie haben klare Wünsche an diese. Um diesen Anliegen besser

gerecht zu werden, brauchen wir in Sachsen ein **modernes Petitionsrecht**. Jede an den Landtag gerichtete Petition soll in Zukunft online durch andere mitgezeichnet werden können. Der Anspruch der Petent*innen auf eine öffentliche Anhörung des Anliegens im Petitionsausschuss des Landtags soll bereits ab einer Schwelle von 2.500 Unterschriften greifen. Wir wollen außerdem ein Lobbyregister für den sächsischen Landtag einführen, um die Arbeit des Landtages transparenter zu machen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Erleichterung von Volksbegehren im Land und Bürger*innenbegehren in den Kommunen durch ein niedrigeres Quorum von jeweils 5 Prozent,
- niedrigere Hürden für Volksanträge an den Landtag,
- die Möglichkeit von Volksentscheiden gegen vom Landtag beschlossene Gesetze,
- das Recht der Bürger*innen, in den Kommunen Beteiligungsverfahren zu erwirken,
- ein modernes Petitionsrecht durch die Möglichkeit der Online-Mitzeichnung und erleichterte Anhörungen im Landtag,
- ein Lobbyregister für den sächsischen Landtag.

Wahlalter absenken und politische Bildung stärken

Man muss nicht volljährig sein, um zu wissen, welche Politik aus der eigenen Sicht die richtige für unser Land ist. Deshalb wollen wir GRÜNE jungen Menschen mehr zutrauen und das **aktive Wahlalter** für den Landtag und die Kommunalwahlen **auf 14 Jahre senken** sowie noch darüber hinausgehen und prüfen, ob unter 14-Jährige selbstständig beantragen können sollen, sich ins Wähler*innenverzeichnis eintragen zu lassen.

Damit die breiteren Beteiligungsmöglichkeiten auch gut genutzt werden können, braucht es vor allem Wissen, denn manchmal erscheinen politische Prozesse kompliziert und kaum durchschaubar. **Politische Bildung** kann dabei helfen, diesen vermeintlichen Irrgarten zu verstehen. Wir sehen dabei die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung als eine wichtige Akteurin, die dieses Wissen vermitteln soll. Nicht nur wegen der in der Vergangenheit dominanten unkritischen und einseitigen Ausgestaltung von Diskussionsforen in Bezug auf PEGIDA sehen wir die Notwendigkeit, die Landeszentrale für politische Bildung neu auf-

zustellen. Sie soll unabhängiger von der Staatsregierung gemacht werden, indem sie stärker an den Landtag angebunden und mit einer*inem durch den Landtag gewählten Landesbeauftragte*n für politische Bildung an der Spitze versehen wird. Zudem fordern wir, dass im Kuratorium der Landeszentrale künftig je ein Sitz für die Landtagsfraktionen geschaffen und dass nicht-parlamentarische Kuratoriumsmitglieder von den Verbänden selbst benannt werden. Damit die Arbeit der Landeszentrale nachvollziehbar und effektiv gestaltet wird, fordern wir einen jährlichen Bericht des*der Landesbeauftragten und eine regelmäßige unabhängige qualitätsbezogene Evaluation der Arbeit.

Demokratie muss von klein auf gelernt werden. Kitas und Schulen müssen demokratisch gestaltet werden, damit Kinder und Jugendliche entsprechend ihres Alters mitwirken können. Wichtig ist, dass das Wissen über unser demokratisches System, seine Werte und Geschichte stärker im Unterricht der Schulen verankert wird. Wir wollen den **Gemeinschaftskundeunterricht** deshalb bereits ab der fünften Klasse einführen. Dabei soll stärker als bisher auch Augenmerk auf die persönlich-politische Meinungsbildung gelegt werden. Neben der Vermittlung von Systemwissen über die Funktion des politischen und wirtschaftlichen Systems in Deutschland und Europa muss Schule auch Raum bieten, die eigene politische Meinung entwickeln zu können.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Senkung des Wahlalters bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 Jahre,
- eine starke Landeszentrale für politische Bildung, die an den Landtag angebunden ist,
- Gemeinschaftskundeunterricht ab der 5. Klasse.

Transparenter Staat statt gläserner Bürger

Bestmögliche Transparenz ist die Voraussetzung für das Engagement vieler Bürger*innen. Weil wir GRÜNEN wollen, dass sich möglichst viele Menschen für unsere Gesellschaft engagieren und sich mit ihren Ideen einbringen, wollen wir die Transparenz des Staates auf allen Ebenen verbessern und es den Menschen in Sachsen einfacher machen, sich umfassend über Planungen und Entscheidungen zu informieren. Damit soll ein Kulturwandel im Handeln der öffentlichen Verwaltung hin zu mehr Transparenz und der besseren Möglichkeit der Kontrolle eingeleitet werden.

Sachsen braucht ein Transparenzgesetz

Transparenz erhöht die Kontrollierbarkeit staatlichen Handelns und schafft Vertrauen. Zudem können die Bürger*innen in einem transparenten Staatswesen viel früher Missstände und Probleme erkennen und sich entsprechend gesellschaftlich engagieren. Mit einem in seinen Grundlagen, Plänen und seinem Handeln transparenten Staat sind „die da oben“ keine abstrakten Vollstrecker*innen einer als möglicherweise sinnfrei empfunden Bürokratie mehr, sondern Partner*innen in einem Dialog mit der Gesellschaft.

Deshalb wollen GRÜNE in Sachsen endlich ein modernes **Transparenzgesetz** umsetzen. Unser Ziel ist es, den sächsischen Bürger*innen einen Rechtsanspruch auf staatliche Information zu garantieren. Die Bürger*innen sollten unkompliziert und kostenlos Verwaltungshandeln und Entscheidungen nachvollziehen können. Alle zur Veröffentlichung geeigneten behördlichen Dokumente und Informationen des Freistaats und der Kommunen sollen zukünftig unkompliziert auf einer zentralen **Transparenzplattform** abrufbar sein. Dort sollen die Informationen allgemein verständlich veröffentlicht werden.

Wir GRÜNE wollen das Open-Data-Prinzip durchsetzen, damit überall da, wo öffentliches Geld eingesetzt wird, um Software oder Daten zu generieren, diese auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Es muss der Grundsatz gelten: öffentliche Daten nutzen, private Daten schützen. Wir wollen ein Open-Data Portal, das diesen Namen auch verdient. Egal ob Kohlendioxidkonzentration, Bevölkerungsstatistiken oder Informationen zu Wasserqualität: vom Freistaat erhobene Daten müssen in einem maschinenlesbaren Format als offene Daten veröffentlicht werden.

Gäbe es in Sachsen einen Edward Snowden, der rechtswidrige Praktiken beim Verfassungsschutz aufdecken würde, so hätte er wohl ebenfalls nicht mit Dankbarkeit, sondern mit erheblichen Sanktionen zu rechnen. Aber manchmal ist unser Rechtsstaat auf mutige Menschen angewiesen, die erhebliche Fehlentwicklungen oder gar rechtswidriges Handeln in Behörden offenbaren. Deshalb wollen wir den **Schutz von Whistleblower*innen** verbessern. Whistleblower*innen sind keine Nestbeschmutzer*innen oder Denunziant*innen. Ihnen kommt eine Schlüsselrolle bei der Aufdeckung schwerer Korruption, gravierender Fehlentwicklungen, nicht hinnehmbarer Gefahren für Mensch und Umwelt oder bei der Aufklärung von Straftaten zu. Deshalb fordern wir einen umfassenden Schutz und das Ab-

sehen von strafrechtlicher und disziplinarrechtlicher Verfolgung, wenn durch Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes erhebliche Fehlentwicklungen aufgedeckt werden. Zur Korruptionsverhütung im öffentlichen Dienst sollen zudem ein*e Vertrauensanwält*in bestellt und ein elektronisches System zur anonymen Kommunikation mit Whistleblower*innen eingerichtet werden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein Transparenzgesetz, welches es den Bürger*innen ermöglicht, sich kostenfrei über Verwaltungshandeln zu informieren und das die Veröffentlichung von Verwaltungsinformationen im Internet vorsieht,
- den öffentlichen Zugang zu Daten, die mit öffentlichen Mitteln generiert wurden,
- ein Gesetz zum Schutz von Whistleblower*innen, die erhebliche Fehlentwicklungen offenbaren.

Die Zukunft der Verwaltung ist digital

Warum muss man für so viele Verwaltungswege eigentlich immer noch zu einer Behörde und dort erst einmal eine Wartenummer ziehen, um dann Berge von Papier auszufüllen? Weil wir in Sachsen leider immer noch bei der Digitalisierung der Verwaltung hinterherhinken. Wenn endlich die Kommunikation mit Behörden einfach online möglich ist, hilft das, die Verwaltung zu modernisieren und Bürokratie abzubauen.

E-Government und der digitale Zugang zur Verwaltung ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Selbstverständlichkeit. Egal ob Staatskanzlei, Sachsenforst oder Stadtverwaltung: Es bedarf einheitlicher Standards und Formate, damit die Bürger*innen schnell und problemlos an Formulare kommen und ihre Behördenkommunikation online abwickeln können. Wir fordern deshalb, dass das Sächsische E-Government-Gesetz verpflichtend für alle staatlichen Behörden wird.

Der Freistaat Sachsen muss hierbei die kommunale Ebene bei der Umstellung hin zu einem vollumfänglichen E-Government sowohl finanziell als auch mit Know-How unterstützen. Um einen Zugang für alle zu gewährleisten, müssen alle Dokumente wie Formulare, Vorlagen oder Anträge weiterhin analog zugänglich sein.

In der Verwaltung sollen weitgehend freie, quelloffene Software (Open Source) und offene Standards eingesetzt werden. Das spart langfristig Steuergelder, da die Verwaltung so von kostspieligen Lizenzen und Kooperationszwängen befreit wird, es erhöht die IT-Sicherheit und beendet die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern. Vom Freistaat Sachsen finanzierte Softwareprojekte sollen grundsätzlich frei sein und auf offenen Standards basieren. Was öffentlich finanziert wird, muss auch frei nutzbar sein. Zudem wollen wir Green IT als Landesstrategie festschreiben, damit durch energiesparende und umweltschonende Herstellung, Nutzung und Entsorgung die Digitalisierung nachhaltig gestaltet wird.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Anwendung des Sächsischen E-Government-Gesetzes auf alle Behörden,
- die Möglichkeit, zwischen einem analogen und einem digitalen Zugang zu Verwaltungsdokumenten zu wählen,
- die Verwendung von Open-Source-Software in den Behörden.

3.2 Für starke und transparent arbeitende Parlamente

Starke und selbstbewusste Parlamente sind das Herzstück unserer Demokratie. Damit sie so auftreten und Probleme lösen können, dürfen sie weder gefühlt noch tatsächlich ein verlängerter Arm von Regierung oder Verwaltung sein. Deshalb wollen wir die Rechte des Landtags und der Kommunalvertretungen stärken.

Für die Stärkung des Landtags und der Kommunalvertretungen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für ein **Parlamentsinformationsgesetz** ein, in dem klar geregelt ist, dass der Landtag frühzeitig über Vorhaben der Staatsregierung wie Verordnungen, Verwaltungsabkommen und Staatsverträge zu informieren ist. Auf diesem Wege soll auch das Agieren der Staatsregierung auf europäischer Ebene besser zu kontrollieren sein.

Neben dem Plenum des Sächsischen Landtags sind die Ausschüsse die zentralen Orte parlamentarischer Arbeit. Anders als die Plenarsitzungen sind die Ausschusssitzungen des Sächsischen Landtags aber bisher nicht öffentlich. Um die Transparenz der parlamentarischen Arbeit zu erhöhen, setzen wir uns dafür ein, dass **Ausschüsse**, außer in begründeten Ausnahmefällen, **öffentlich tagen**.

Der Sächsische Landtag kann seine vielfältigen Aufgaben und insbesondere seine Verantwortung, die Regierung gut zu kontrollieren, nur wahrnehmen, wenn er dazu personell in der Lage ist. Deshalb setzen wir uns für die Beibehaltung der jetzigen Größe des Parlaments ein. Allerdings wollen wir GRÜNE ein **modernes Wahlrecht** durchsetzen, das verhindert, dass der Landtag durch Überhang- und Ausgleichsmandate seine verfassungsmäßige Regelgröße von 120 Abgeordneten überschreitet. Die Vergabe der Landtagssitze nach der Wahl soll nach einem Modell berechnet werden, welches das Ergebnis nicht zugunsten der größeren Parteien verzerrt. Zudem wollen wir das Parteienprivileg bei den Landtagswahlen aufbrechen. Auch Wähler*innenvereinigungen sollen zu Landtagswahlen antreten können, wenn sie die notwendige Zahl an Unterstützungsunterschriften vorweisen können.

Die **kommunalen Vertretungen** bilden die Basis der repräsentativen Demokratie. Gerade weil die Kommunalpolitik in den letzten Jahren deutlich komplexer ge-

worden ist, wollen wir ihre Stellung stärken. Dazu gehört für uns die Möglichkeit, bereits ab fünf Prozent der Mitglieder des Gemeinderates oder des Kreistages eine Fraktion mit angemessener Personal- und Sachausstattung bilden zu können, um effektive Arbeit zu ermöglichen. Ebenso wollen wir die Macht der Bürgermeister*innen beschränken, indem wir die Amtszeit an die der Räte anpassen und zudem ermöglichen, dass den Vorsitz des Rates auch ein Rat führen kann und nicht die Bürgermeister*in selbst.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein Parlamentsinformationsgesetz, das die frühzeitige Kontrolle der Regierung durch den Landtag verbessert,
- die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen im Landtag,
- ein modernes Wahlrecht, das Überhangmandate vermeidet und Wähler*innenvereinigungen ermöglicht, zur Landtagswahl anzutreten,
- die Möglichkeit der Fraktionsbildung mit angemessener Ausstattung in Kreis- und Gemeinderäten, wenn eine Liste 5 Prozent der Wähler*innen repräsentiert,
- die Stärkung der Kommunalvertretungen gegenüber den Bürgermeister*innen.

Zahlen sind Macht – mehr Transparenz im sächsischen Haushalt

Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments. Doch selbst vielen Abgeordneten fällt, es schwer die Fallstricke des Haushaltes mit mehreren tausend Seiten zu verstehen – wie sollen das dann erst die Bürger*innen können, deren Steuergeld mit dem Haushalt verwaltet wird? Wir meinen, dass es mehr Transparenz im Landeshaushalt geben muss.

Der Freistaat betätigt sich umfassend wirtschaftlich durch Beteiligungen an Unternehmen. Das birgt Risiken, wie zuletzt die Zuschüsse an die Staatliche Porzellan Manufaktur Meissen gezeigt haben. Zudem ist ein Großteil der Schulden des Freistaats in diese Beteiligungen ausgelagert und damit verschleiert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb die turnusmäßige Behandlung der **Beteiligungsberichte** des Freistaats im Landtag. Darüber hinaus müssen die jeweiligen Geschäftsmodelle der einzelnen Unternehmungen einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Wir wollen zudem durchsetzen, dass der Freistaat seine Beteiligungen vorbildlich führt. In einem „Public-Corporate-Governance-Kodex“

sollen Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung festgelegt werden. Dies ist bereits im Bund und in anderen Bundesländern ein bewährtes Steuerungs- und Kontrollinstrument für staatliche Beteiligungen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine bessere Transparenz des Haushalts durch die Bereitstellung des Haushaltes in einer grafisch-interaktiven Übersicht in Anlehnung an die Transparenz des Bundeshaushaltes. Die Kosten für eine grafisch-interaktive Aufarbeitung und Präsentation der Haushaltspläne sind überschaubar. In einer ersten Weiterentwicklungsstufe der Visualisierung sollen dann auch die Vermögen und Schulden aus den Beteiligungen sowie dem Sondervermögen des Freistaats (wie bspw. dem Zukunftssicherungsfonds) einbezogen werden. Der Mehrwert eines transparenten Haushaltes für Bürger*innen wäre ungleich größer, da diese nachvollziehen können, was mit ihrem Geld wirklich passiert.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die turnusmäßige Behandlung der Beteiligungsberichte des Freistaats im Landtag,
- verbindliche Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung für den Freistaat,
- mehr Haushaltstransparenz durch öffentlich zugängliche Visualisierungen.

Für einen fairen kommunalen Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich stellt über seine Mittelverteilung eine entscheidende Finanzierungsquelle für die sächsischen Kommunen dar. Die aktuelle Regelung verschiebt jedoch die Entscheidung über den Finanzbedarf einer Kommune hin zur Staatsregierung und damit weg von den regionalen, gewählten Volksvertreter*innen vor Ort. Die Verteilung der finanziellen Mittel erfolgt überwiegend nach Einwohner*innenzahlen. Dabei sind Einwohner*innen einer größeren Stadt finanziell mehr wert als Einwohner*innen einer Landgemeinde. Diese Art der Mittelzuweisung ist nicht mehr zeitgemäß.

Wir stehen dafür, dass endlich ein Diskurs über die notwendige Modernisierung mit dem Ziel beginnt, die Selbstverwaltungshoheit und finanzielle Eigenverantwortung der sächsischen Kommunen zu erhöhen und den Übergang hin zu einem **bedarfsorientieren Finanzausgleich** zu schaffen. Als erste Schritte fordern wir einen Nebenansatz zum Ausgleich der sozialen und demografischen Disparitäten

sowie einen **ökologischen Lastenausgleich** in das bestehende System zu integrieren. Der Naturschutz – und damit die nicht oder nur eingeschränkte wirtschaftliche Nutzung von bestehenden Ökosystemen – muss als erhöhter finanzieller Bedarf der Kommunen erkannt und anerkannt werden und darf nicht indirekt bestraft werden.

Wir fordern, dass parallel zu diesen notwendigen Schritten im aktuellen System die Debatte darüber begonnen wird, wie die große Herausforderung einer grundlegenden Reform des kommunalen Finanzausgleichs gemeistert werden kann. Dabei muss es möglich gemacht werden, dass die Kommunen ihre Bedarfsforderungen einbringen können und diese objektiv geprüft werden. Ziel ist eine gemeinsame Reform hin zu einem transparenten und flexibleren bedarfsorientierten Ausgleichssystem.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- den Einstieg in eine große Reform hin zu einem bedarfsorientierten kommunalen Finanzausgleich,
- die Integration eines Nebenansatzes zum Ausgleich der sozialen und demografischen Disparitäten sowie einen ökologischen Lastenausgleich in das bestehende System.
- Sicherheit im Dienste der Freiheit – unsere Bürger*innenrechte

Sicherheit im Dienst der Freiheit – unsere Bürger*innenrechte

Die Menschen sollen sich frei entfalten können und ohne Angst vor Überwachung und vor Kriminalität leben können. Freiheit ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die Menschen sicher leben können – denn wer Angst um seine Freiheit haben muss, kann sich nie sicher fühlen. Die Leitlinie GRÜNER Innenpolitik ist, dass Sicherheit in erster Linie die Freiheit der Menschen ermöglichen und sie nicht einschränken soll. Deshalb stehen wir für einen Rechtsstaat, der unsere Grundrechte schützt, statt sie immer weiter auszuhöhlen.

Massenhafte Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder einen umfassenden Zugriff auf unsere Daten im Netz lehnen wir ab. Statt derart plumper Symbolpolitik setzen wir auf mehr Prävention, Hilfe und Aufklärung, um Konflikte nachhaltig zu lösen. Auch die zunehmende Privatisierung der Sicherheit durch private Unternehmen und Tendenzen hin zu einer Militarisierung der Polizei sehen wir

kritisch. Wir setzen uns stattdessen für einen effektiven Schutz durch eine bürger*innennahe Polizei ein, die in ganz Sachsen schnell zur Stelle ist, wenn sie gebraucht wird.

Noch nie war die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, so gering wie heute. Und dennoch werden die aktuellen Debatten über Kriminalität und die Verschärfung der Sicherheitsgesetzgebung vor allem von einer gefühlten Unsicherheit dominiert. Wir wissen um diese Zunahme eines Unsicherheitsgefühls in der Gesellschaft. Wir lehnen es jedoch ab, hieraus die falschen Schlüsse zu ziehen. Ressentiments gegenüber Minderheiten, eine zunehmende Law-and-Order-Rhetorik und eine Vermischung von Sicherheits- und Ausländer*innenpolitik stellen keine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik dar, sondern spalten unsere Gesellschaft weiter.

Freistaat statt Schnüffelstaat

Datenschutz ist manchmal mühsam, aber essenziell in unserer digitalisierten Gesellschaft. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Bürger*innenrechtspartei eine Herzensangelegenheit. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass Behörden dieses Grundrecht schützen. Dies ist allerdings in Sachsen viel zu häufig nicht der Fall. Obwohl die Datenschutzgrundverordnung seit Mai 2018 generell Verbesserungen zum Schutz der personenbezogenen Daten gebracht hat, ist Sachsen mit dem neuen Polizeigesetz auf dem besten Weg in Richtung eines Überwachungsstaats.

Mit der Ausweitung der Videoüberwachung, der Möglichkeit der Gesichtserkennung per intelligenter Kamerasysteme und immer mehr Datenverarbeitungsbefugnissen wird auch eine massive Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten einhergehen. Schon jetzt speichert die Polizei viel zu viele Daten über die Bürger*innen. Allein über 9 Millionen Datensätze zu Personen sind bei der sächsischen Polizei im Integrierten Vorgangsbearbeitungssystem (IVO) gespeichert – 1,3 Millionen mehr als noch im Jahr 2012. Dazu kommt eine stetig wachsende Zahl von sogenannten Personengebundenen Hinweisen, mit denen die Polizei Menschen beispielsweise als „gewaltbereit“ oder „potenziell ansteckend“ klassifiziert – Betroffene wissen davon häufig nichts und wundern sich höchstens, warum die Polizei sich bei einer Kontrolle aus ihrer Sicht unangemessen verhält. In diesen und anderen Datenbanken der Polizei und des Verfassungsschutzes werden Daten teilweise zehn Jahre und länger gespeichert. Die Kriterien

für die Speicherung sind vollkommen intransparent. Deshalb wollen wir zukünftig die Sicherheitsbehörden dazu verpflichten, die betroffenen Personen regelmäßig und von sich aus über **die gespeicherten Daten zu informieren**. Ebenso soll eine unabhängige Taskforce die Speicherungen auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen. Daten die die gesetzlichen Speicherfristen überschritten haben, sollen automatisch gelöscht werden.

Sachsen soll zum Vorbildland in Sachen **Datenschutz** werden. Dazu muss auch der Datenschutz im privaten Bereich deutlich gestärkt werden. Der Skandal um die Nutzung von Facebook-Daten im US-Präsidentenwahlkampf hat einmal mehr gezeigt, welchen hohen Wert Daten für Unternehmen haben und wie leicht es ist, mit ihrer Verarbeitung Menschen zu beeinflussen. Deshalb fordern wir eine weitere personelle und strukturelle Stärkung des Sächsischen Datenschutzbeauftragten, damit dieser wirksam die Einhaltung des Datenschutzes überprüfen und durchsetzen kann.

Wir wollen die Öffentlichkeit für alle Aspekte des Datenschutzes besser sensibilisieren. Deshalb werden wir uns für die Gründung eines unabhängigen Instituts für Datenschutz und Informationssicherheit einsetzen. Dieses Institut soll die Bevölkerung über neuste Entwicklungen im Bereich des Datenschutzes informieren und zudem regelmäßig auf bekannt gewordene IT-Sicherheitslücken hinweisen und sich um deren Schließung bemühen.

Aufgabe des Staates ist es auch, unsere Daten vor dem Zugriff Unbefugter und sensible Strukturen vor Angriffen zu schützen. Deshalb wollen wir GRÜNE die **IT-Sicherheit** in Sachsen deutlich vorantreiben. Wir wollen dazu das IT-Sicherheitsmanagement des Freistaats Sachsen personell und technisch weiter ausbauen, aber auch seine Aufgaben auf den Schutz der IT-Netze der Kommunen ausweiten. Gerade bei Unternehmen, die im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge aktiv sind, muss deutlich mehr für die IT-Sicherheit getan werden. Dazu wollen wir die entsprechende Technik stärker fördern und bei Bedarf strengere Vorschriften erlassen.

Es ist die Aufgabe des Staates, Sicherheitslücken in der IT zu schließen. Deshalb lehnen wir polizeirechtliche Befugnisse, wie die Quellen-Telekommunikationsüberwachung und die Online-Durchsuchung, nicht nur als tiefen Eingriff in unsere Privatsphäre, sondern auch aus Gründen der IT-Sicherheit ab. Um den dafür notwendigen Trojaner beispielsweise auf einem Handy zu installieren, muss der

Staat jene Sicherheitslücken kaufen und nutzen, die auch von Kriminellen für Angriffe benötigt werden und die man eigentlich schnellstmöglich schließen sollte. Auch die oftmals geforderten Hackbacks, also das offensive Zurückschlagen eines Hackerangriffes, basieren auf diesen Sicherheitslücken und gefährden somit unser aller Sicherheit.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- das Recht der Bürger*innen, über die Daten, die die Polizei von ihnen speichert, informiert zu werden,
- die Stärkung des Sächsischen Datenschutzbeauftragten,
- die Gründung eines unabhängigen Instituts für Datenschutz und Informationssicherheit,
- den Ausbau des IT-Sicherheitsmanagements des Freistaats Sachsen,
- den Schutz der Privatsphäre vor staatlicher Überwachung durch Trojaner.

Stark ist der Staat, der die Grundrechte schützt

Die sächsischen Sicherheitsbehörden haben in den letzten Jahren vielfach bewiesen, dass sie bereits bestehende Überwachungsbefugnisse mitunter vollkommen unverhältnismäßig gegen die Menschen im Freistaat einsetzen. Zuletzt hat dies der regelrechte Überwachungsexzess gegen die Fans der BSG Chemie Leipzig gezeigt, bei welchem hunderte Telefone ohne verwertbares Ergebnis abgehört wurden. Wir GRÜNE stehen für einen **Paradigmenwechsel** in der Sicherheitsgesetzgebung. Neue Eingriffsbefugnisse müssen für eine effektive Polizeiarbeit im Einzelnen auch tatsächlich nachweisbar erforderlich sein und dürfen nicht übermäßig in die Grundrechte der Bürger*innen eingreifen. Wir GRÜNE wollen eine umfassende Evaluation der Sicherheitsgesetzgebung in Sachsen durchsetzen – mit dem Ziel, all jene Befugnisse zu streichen, die entweder nicht gebraucht werden oder einen zu tiefen Eingriff in die Bürger*innenrechte darstellen. Gesetze, die die Eingriffsbefugnisse für die Sicherheitsbehörden regeln, dürfen künftig maximal fünf Jahre gelten. Somit müssten schwere Eingriffe in die Grundrechte vom Gesetzgeber stets bewusst neu beschlossen anstatt immer nur ausgeweitet zu werden.

Polizeiliches Handeln muss stets und ohne Ausnahme auf einer klaren gesetzlichen Grundlage erfolgen. Wachsweiche Gefahrenbegriffe und die Einführung immer neuer unscharfer Rechtsbegriffe in den Sicherheitsgesetzen lehnen wir

ab. Auch die Verlagerungen von polizeilichen Befugnissen auf Landesebene weit in das Vorfeld tatsächlicher Gefahren kann keine GRÜNE Zustimmung finden. Die Einführung einer präventiven Telekommunikationsüberwachung, mit der Begründung der Terrorabwehr, ist ebenso wenig notwendig und angemessen, wie das Instrument der elektronischen Fußfessel. Die bereits umfassend verschärften Regelungen in der Strafprozessordnung zum Zweck der Terrorabwehr sind hier mehr als ausreichend. Für eine effektive Terrorabwehr braucht es in erster Linie eine gut ausgebildete Polizei, die gute Ermittlungsarbeit macht.

Um Kriminalität gar nicht erst aufkommen zu lassen, wollen wir die Präventionsarbeit ausbauen. Wir wollen die Arbeit der **Kriminalpräventiven Räte** stärken, damit vor Ort frühzeitig in Bezug auf Kriminalitätsentwicklungen gegengesteuert werden kann. Zur Vermeidung von Eskalationssituationen in Stadien setzen wir uns für eine Stärkung der Fanprojekte ein – Stadionverbote gegen Fußballfans können nur eine ultima ratio darstellen. Einer Radikalisierung wollen wir vor allem mit Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit in öffentlichen Einrichtungen begegnen und Deradikalisierungsprogramme besser ausstatten.

Wir GRÜNE sehen den zunehmenden Trend zur Aufrüstung und Militarisierung der Polizei und der Ordnungsbehörden mit großer Sorge. Gepanzerte Fahrzeuge mit Maschinengewehren und Handgranaten sind keine adäquate Mittel für die Polizeiarbeit. Den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei wollen wir auf jene Situationen beschränken, in denen dies zur Abwehr einer unmittelbaren Gefahr für Leben und Gesundheit erforderlich ist. Dadurch wird der Einsatz von Pfefferspray beispielsweise zur Räumung von friedlichen Sitzblockaden unzulässig. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist für uns indiskutabel.

Wir stehen für einen öffentlichen Raum, in dem sich alle Menschen frei und ohne Angst vor Repressalien bewegen können. Sogenannte „gefährliche Orte“, an denen alle Menschen ohne Anlass kontrolliert werden dürfen, entsprechen nicht diesem Verständnis – die Möglichkeit zur verdachtsunabhängigen Durchsuchung von Personen wollen wir deshalb abschaffen. Solange weiterhin durch die Polizei „gefährliche Orte“ festgelegt werden, müssen diese sofort und mit Begründung im Internet veröffentlicht werden.

Videoüberwachung im öffentlichen Raum führt lediglich zur Verlagerung von Kriminalität an andere Orte. Sie ist deshalb für die Prävention ungeeignet und kann lediglich bei der Strafverfolgung zur Aufklärung beitragen. Deshalb stellen

wir GRÜNE uns weiter gegen die flächendeckende Ausweitung der Videoüberwachung. Auch den Einsatz sogenannter „Bodycams“ sehen wir in der geplanten Form kritisch, da er keinen Mehrwert für die Grundrechtssicherung bietet. In Sachsen werden jedes Jahr hunderte Funkzellenabfragen durchgeführt, ohne, dass die Betroffenen darüber informiert werden. Wir wollen die Nutzung der Funkzellenabfrage einschränken und zudem nach dem Vorbild Berlins die Rechte der Betroffenen dadurch stärken, dass diese zukünftig beispielsweise per SMS oder durch ein entsprechendes Informationstool über stattgefundene Funkzellenabfragen informiert werden.

Auch Alkoholverbotzonen bekämpfen lediglich Symptome und verhindern keine Straftaten. Wir wehren uns dagegen, dass durch Kontrollbereiche und Verbotszonen immer mehr staatlich gelenkt werden soll, wer sich wann im öffentlichen Raum aufhält – der öffentliche Raum ist für alle da. Wir wollen die **städtebauliche Kriminalprävention** in Sachsen stärken. Vielfach entstehen bereits durch falsche Ansätze in der Stadtplanung, wie unzureichende Beleuchtungskonzepte, Räume der Angst und der Unsicherheit. Um dies zukünftig zu vermeiden, wollen wir eine Arbeitsgruppe **im Landeskriminalamt** schaffen, die die Kommunen bei Sicherheitsaudits für Stadtentwicklungsprojekte unterstützt, und so zu einem öffentlichen Raum beitragen, in welchem sich alle Menschen wohl und sicher fühlen.

Die **Versammlungsfreiheit** ist eines der bedeutendsten Grundrechte. Wir wollen sie als Ausdruck der bürgerlichen Selbstermächtigung stärken und dem Freistaat ein neues liberales und modernes Versammlungsgesetz geben. Dabei wollen wir die Verbotsmöglichkeiten beschränken, friedliche Blockaden von Versammlungen zur Ordnungswidrigkeit herabstufen und die Behörden zur stärkeren Kooperation verpflichten. Sondereinsatzkommandos haben bei Versammlungslagen aus unserer Sicht nichts zu suchen.

Das Gewaltmonopol des Staates ist ein entscheidender Pfeiler des Rechtsstaates. Waffen in Privatbesitz stellen eine Bedrohung und kein Mehr an Sicherheit dar. Wer Waffen besitzt, muss regelmäßig staatlich kontrolliert werden. Um dies zu gewährleisten, fordern wir eine bessere personelle Ausstattung der Waffenbehörden. Waffen gehören nicht in die Hand von Gewalttäter*innen oder Verfassungsfeinden. Wir setzen uns daher für einen konsequenten Entzug der waffenrechtlichen Genehmigungen, die sich im Besitz von Nazis, Reichsbürgern und anderen Verfassungsfeind*innen befinden, ein.

Um unsere Demokratie zu stärken, braucht es einer Zäsur beim sächsischen Verfassungsschutz. Dieser ist überdimensioniert und arbeitet ineffektiv. Seinen Einschätzungen liegt die längst überholte Extremismus-Theorie zugrunde und zu meist sind sie falsch. In der Konsequenz ist Sachsens Verfassungsschutz vor allem eins: stets überrascht, wenn etwas passiert. Seit seinem Versagen im Zusammenhang mit den Morden des NSU ist klar, dass diese Behörde nicht reformierbar ist – die letzten Jahre haben dies bestätigt. Wir fordern daher die komplette **Auflösung des Landesamts für Verfassungsschutz** und die Gründung einer neuen Behörde zur Terrorabwehr mit weniger Personal und klar begrenzten und umfassend kontrollierten Befugnissen. Diese neue Behörde dient dem Schutz unserer freien und vielfältigen Gesellschaft vor terroristischen Bedrohungen und leistet damit einen wirklichen Beitrag zum Schutz aller hier lebenden Menschen. Wir bauen die parlamentarische Kontrolle deutlich aus, in der dafür zuständigen Parlamentarischen Kontrollkommission müssen künftig alle Fraktionen vertreten sein. Zudem soll ein*e Beauftragte*r des Landtags ernannt werden, die*der das laufende Geschäft dieser Behörde kontrolliert.

Zusätzlich zu dieser Behörde, wollen wir GRÜNE eine Forschungsstelle für Demokratie einrichten, die eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit antidemokratischen und menschenfeindlichen Tendenzen in Sachsen ermöglichen soll und die Öffentlichkeit über aktuelle Entwicklungen informiert.

Der Einsatz von V-Leuten, also Szeneangehörigen, die durch den Verfassungsschutz angezapft wurden, hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt. Vielmehr hat er die rechtsextreme Szene erst stark gemacht. Wir fordern daher die Abschaffung des Einsatzes von V-Leuten.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein Verfallsdatum für Gesetze, die die Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden regeln,
- die Stärkung Kriminalpräventiver Räte und von Fußballfanprojekten,
- die Eindämmung von Überwachungsmaßnahmen,
- die städtebauliche Kriminalprävention,
- ein freiheitliches Versammlungsrecht,
- die Entwaffnung von Nazis und Reichsbürgern,
- die Auflösung des derzeitigen sächsischen Verfassungsschutzes und die Neugründung einer gut kontrollierten Terrorabwehrbehörde,
- ein Zentrum für Demokratieforschung,
- die Beendigung von V-Leute-Einsätzen.

Für eine bürger*innennahe und gut ausgebildete Polizei

Viele Polizist*innen machen jeden Tag einen guten Job – viele, aber eben nicht alle. Die Vorfälle in Heidenau und Clausnitz, die Ausschreitungen von Rechtsextremen in Chemnitz und die Kontakte einzelner Polizist*innen zur Terrorgruppe Freital haben viele Menschen zweifeln lassen, ob die Polizei jederzeit in der Lage ist, gegen die Feinde unserer Demokratie vorzugehen. Ein wirkmächtiger Rechtsstaat lebt davon, dass sich seine Bediensteten tagtäglich für Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit einsetzen. Um das Vertrauen aller in die Polizei zu stärken, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sie transparenter und bürger*innennäher auftreten lassen und zudem besser ausbilden.

Eine gute Polizei braucht eine exzellente Ausbildung. Wer in unsere Grundrechte eingreifen und das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen darf, muss bestmöglich geschult sein. Statt Polizist*innen an einer eigenen Polizeihochschule abzuschotten und dadurch den Korpsgeist zu fördern, wollen wir GRÜNE die **Ausbildung öffnen**. Junge Polizist*innen sollen zukünftig gemeinsam mit anderen zukünftigen Staatsbediensteten an der Verwaltungsfachhochschule lernen. Die **Grund- und Menschenrechtsausbildung** angehender Polizeibediensteter muss viel intensiver werden. Deshalb wollen wir die Polizeirechtsausbildung für die Polizeikommissaranwärter*innen nach dem Vorbild Berlins durch Jurist*innen an den Universitäten vornehmen lassen. Eine weitere Verkürzung der Studienausbildung lehnen wir strikt ab. Das Fach „Demokratische Bildung“ wollen wir in der Polizeiausbildung insgesamt stärken, um antidemokratischen Tendenzen in der Polizei von Anfang an entgegenzuwirken. Interkulturelle Kompetenz und Geschlechtersensibilität müssen in regelmäßigen verpflichtenden Weiterbildungen eine zentrale Rolle spielen und zur Voraussetzung für Beförderungen werden.

Motivierte Mitarbeiter*innen sind eine entscheidende Säule guter Polizeiarbeit. Deshalb braucht es mehr Wertschätzung für die Polizist*innen. Im Polizeidienst müssen bessere Karriereöglichkeiten eröffnet werden. Wir setzen uns zudem für eine Bezahlung nach Dienstposten ein, damit Polizist*innen auch für die Arbeit bezahlt werden, die sie leisten, statt permanent die Spargbüchse des Finanzministeriums zu sein. Wir wollen mehr engagierte Frauen in der Polizeiführung sehen und durch gezielte Frauenförderung intransparente Männerbünde auch in der Polizei aufbrechen. Dazu setzen wir uns auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits während der Ausbildung und auch im Berufsleben ein.

Unsere Polizei muss die Breite der Gesellschaft besser widerspiegeln. Dazu wollen wir verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund für die Ausbildung gewinnen. Den regelmäßigen Austausch und die Zusammenarbeit mit Polizeien anderer Bundesländer und unserer Nachbarländer Polen und der Tschechischen Republik wollen wir ausbauen.

Auch wenn wir GRÜNE die Qualität der Polizei in den nächsten Jahren in den Vordergrund stellen wollen, braucht es weiterhin große Anstrengungen, um ausreichend Polizei auf die Straße und vor Ort zu bekommen. Vor allem bei der Polizei wurde in den letzten Jahren an allen Ecken und Enden Personal eingespart.

Eine gute Personaldecke bei der Polizei erreicht man nicht mit einer Schnellausbildung von Wachpolizist*innen in nur drei Monaten, die wir GRÜNE aufgrund der unzureichenden Ausbildung als Sicherheitsrisiko für den Rechtsstaat ablehnen. Vielmehr braucht es endlich ein durchdachtes Personalkonzept, das dauerhaft dazu führt, dass wir wieder mehr Polizist*innen im Freistaat haben und damit auch angemessen auf schwierige Einsatzlagen reagieren können. Wir GRÜNE stehen dabei vor allem dafür, dass die Polizei vor Ort präsent und ansprechbar ist. Deshalb wollen wir wieder **mehr Polizeireviere** in der Fläche eröffnen und setzen uns für mehr Bürger*innenpolizist*innen ein – unser Ziel ist es, in jeder Stadt mit über 10.000 Einwohner*innen einen rund um die Uhr besetzten Polizeistandort zu haben.

Oberste Priorität in der Polizeiarbeit muss Transparenz sein. Wir werden auch in Sachsen endlich eine **Kennzeichnungspflicht** für Polizist*innen im Einsatz einführen. Um den Sorgen einiger Polizist*innen hinsichtlich einer Kennzeichnung zu begegnen, sollen die Beamt*innen selbst entscheiden dürfen, ob sie ihren Namen oder eine Nummer tragen wollen. Wir wollen auch die Dokumentation polizeilichen Handelns verbessern. Bereits jetzt hat jede*r Bürger*in die Möglichkeit, sich polizeiliche Maßnahmen schriftlich bestätigen zu lassen. Um mehr Transparenz zu schaffen, soll künftig bei jeder polizeilichen Maßnahme eine Quittung darüber für die Betroffenen ausgestellt werden.

Gerade bei angespanntem Demonstrationsgeschehen, jedoch auch im täglichen Dienst, sind Polizist*innen großen psychosozialen Belastungen ausgesetzt, welchen der polizeiarztliche Dienst nur in begrenztem Maße Rechnung tragen kann. Dauerhafte Belastungszustände können nicht nur zu Überlastung, sondern auch zu unverhältnismäßigen Reaktionen von Polizist*innen führen. Neben einer guten

Kontrolle polizeilicher Maßnahmen wollen wir deshalb die Prävention innerhalb der Polizei stärken. Dazu gehört für uns die Einrichtung eines psychosozialen Betreuungsdienstes für Polizeibedienstete, ebenso ausreichend Zeit für eine kritische Einsatznachbereitung und regelmäßige Weiterbildungen im Bereich Konfliktmanagement und Antiaggressionstraining. Eine bessere Fehlerkultur in der Polizei wollen wir auch durch eine unabhängige, beim Landtag angesiedelte **Beschwerdestelle** erreichen. Diese darf kein zahnloser Tiger wie die aktuelle Beschwerdestruktur sein, sondern muss mit ausreichenden Ermittlungskompetenzen ausgestattet sein, um Fehlverhalten nachzugehen und Ansprechpartnerin sowohl für die Bürger*innen, als auch für die Polizeibediensteten zu sein.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- Grund- und Polizeirechtsausbildung durch Jurist*innen der Universitäten für junge Polizeikommissaranwärter*innen,
- eine Polizist*innenausbildung, die demokratische Bildung, interkulturelle Kompetenz und Geschlechtersensibilität vermittelt,
- mehr Bürger*innenpolizist*innen und mehr Polizeireviere in der Fläche,
- eine Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen,
- die Einrichtung eines Psychosozialen Dienstes in der Polizei Sachsen,
- eine unabhängige Beschwerdestelle, die für die Polizei zuständig ist.

Klare Kante gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist ein existenzielles Problem im Freistaat, er gefährdet Menschen und unser gesellschaftliches Zusammenleben. Viel zu lange wurde der Radikalisierung in unserem Bundesland zugesehen, zu wenig gegen rechtsextreme Gruppierungen vorgegangen und die Zivilgesellschaft gegängelt statt unterstützt.

Wir GRÜNE wollen diejenigen unterstützen, die sich Neonazis und anderen Rechtsextremen entgegenstellen – mit einer konsequenten Haltung für Menschlichkeit und gegen die Feinde der Freiheit. Wir wollen die **Demokratieförderung** in Sachsen weiter stärken und die Zivilgesellschaft stärker unterstützen. Misstrauen in jene, die sich jeden Tag für ein demokratischeres Sachsen einsetzen, wird es mit uns nicht geben, weder in Form einer Extremismusklausel, noch durch eine Überprüfung von Demokratieprojekten durch den Verfassungsschutz.

Mit uns gibt es keine Bagatellisierung eines der schwerwiegendsten Probleme in

Sachsen. Wir wollen nicht nur, dass die Behörden konsequent gegen rechtsextreme Straftaten und Strukturen vorgehen, sondern dass diese auch transparenter mit ihren Erkenntnissen umgehen. Die rechte Szene verfügt über eine große Zahl von Treffobjekten. Weder der Verfassungsschutz noch die Polizei informieren und sensibilisieren hier die Akteure vor Ort. Das wollen wir ändern, denn es ist die Aufgabe der Sicherheitsbehörden, über rechtsextreme Strukturen aufzuklären, statt sie zu verheimlichen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- bessere Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus,
- den dauerhaften Verzicht auf die „Extremismusklausel“ für Demokratieprojekte,
- öffentliche Aufklärung über Aktivitäten der rechten Szene durch die Sicherheitsbehörden.

Eine leistungsfähige Justiz für einen funktionierenden Rechtsstaat

Ein funktionierender Rechtsstaat braucht eine funktionierende Justiz. Der jahrelange auf Personalabbau gerichtete Kurs der Staatsregierung hat vor den Gerichten und Gefängnissen keinen Halt gemacht. Lange Verfahrensdauern, die Überlastung von Gerichten und Staatsanwaltschaften, die mitunter dazu führen, dass wichtige Strafverfahren gegen die rechte Szene nicht geführt werden konnten, und auch das Erreichen der Überlastungsgrenze für den Justizvollzug sind die Folge.

Wir GRÜNE wollen die Leistungsfähigkeit von Justiz und Justizvollzug durch eine angemessene personelle und materielle Ausstattung der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten wieder stärken. Der Überalterung der Justiz und den daraus folgenden massiven Altersabgängen muss durch ein durchdachtes **Personalkonzept** begegnet werden – wir müssen jetzt das benötigte Personal einstellen.

Wir wollen die Justiz als dritte Gewalt unabhängiger vom Justizministerium machen und für mehr Transparenz sorgen. Um dies zu erreichen, wollen wir die Auswahl und Beförderung von Richter*innen einem **Richter*innen-Wahlausschuss** übertragen und das Einzelfallweisungsrecht der*des Justizminister*in gegenüber der Staatsanwaltschaft abschaffen.

In Justiz und Justizvollzug wollen wir Aus- und Fortbildungen über Radikalisierungstendenzen, Rassismus und Geschlechtersensibilität verbindlich vorsehen. Wir wollen den Einsatz spezialisierter Staatsanwält*innen für alle Opfer von geschlechtsbezogener Gewalt, insbesondere Stalking, Opfer homophober Gewalt, Menschenhandel und Zwangsprostitution.

Der Justizvollzug ist für uns ein wichtiges Thema, nicht nur, weil sich an der Frage, wie der Rechtsstaat mit denjenigen umgeht, denen er die Freiheit nimmt, zeigt, ob er seinen eigenen Ansprüchen gerecht wird, sondern weil die Resozialisierung von inhaftierten Menschen ein wichtiges Element gesellschaftlicher Prävention ist. Wir GRÜNE stehen für eine bessere personelle und materielle Ausstattung der **Justizvollzugsanstalten**. Wir setzen uns sowohl für den personellen Ausbau der psycho-sozialen Dienste und spezifischer therapeutischer Angebote, etwa der Suchttherapie, als auch des Allgemeinen Vollzugsdienstes ein.

Doch es reicht nicht aus, nur die Zahl der Bediensteten im Justizvollzug zu erhöhen. Gleichzeitig muss auch die Zahl der Inhaftierten gesenkt werden. Dazu setzen wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe ein – wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann, gehört nicht ins Gefängnis. Zudem wollen wir Cannabis legalisieren und Schwarzfahren zur Ordnungswidrigkeit herabstufen. Dies ist aus unserer Sicht nicht nur gesellschaftlich geboten, sondern würde auch die Justiz und die Justizvollzugsanstalten entlasten. Auf Landesebene fordern wir bis dahin die Einführung von Maßnahmen, die die Anordnung von Ersatzfreiheitsstrafen in Sachsen erheblich reduziert. Gleichzeitig werden wir die sozialarbeiterischen Maßnahmen für Gefangene mit kurzen Freiheitsstrafen verstärken, um den schädlichen Einwirkungen insbesondere kurzer Haftstrafen begegnen zu können. Wir wollen daneben alternative **Wiedergutmachungsverfahren** etablieren und dazu insbesondere freie Träger deutlich stärken und finanziell fördern. Die Unterbringung im offenen Vollzug soll bei Erstinhaftierten zur gesetzlichen Regel und bei Freiheitsstrafen unter einem Jahr gesetzlich vorgeschrieben sein.

Seit 2015 ist der Anteil ausländischer Inhaftierter gestiegen. Sprachbarrieren und andere kulturelle Realitäten, die im Gefängnis auf engstem Raum aufeinander treffen, stellen Bedienstete und Gefangene gleichermaßen vor Herausforderungen. In der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiter*innen der Justizvollzugsanstalten muss **interkulturelle Kompetenz** eine größere Rolle spielen und verbindlich in Ausbildungsinhalten verankert werden. Wir wollen die Angebote für den Spracherwerb sowie schulische oder berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für

ausländische Gefangene ausweiten, um deren Resozialisierung und Integration zu verbessern. Radikalisierung findet nicht selten im Gefängnis statt. Um dem begegnen zu können, wollen wir das landesweite **Präventions- und Deradikalisierungsangebot** in den Bereichen Rechtsextremismus und Islamismus weiterentwickeln.

Damit der Übergang in ein Leben ohne Kriminalität gelingt, braucht es nach der Haft bestmögliche Unterstützung, insbesondere bei der Wohnungssuche, bei der Suche nach einer Arbeitsstelle oder beim Schuldenabbau. Wir setzen uns dafür ein, dass die Angebote der unterschiedlichen Hilfesysteme besser vernetzt werden. Die Bewährungshilfe und die freie Straffälligenhilfe wollen wir aufwerten und die Ehrenamtlichen besser begleiten und fortbilden.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine angemessene personelle und materielle Ausstattung von Justiz und Justizvollzug,
- die Auswahl von Richter*innen durch einen Richter*innen-Wahlausschuss,
- die Entwicklung von Alternativen zur Freiheitsstrafe und alternativen Wiedergutmachungsverfahren.

Wir stärken die, die uns retten

Freiwillige Feuerwehren nehmen eine elementare gesellschaftliche Aufgabe für das Gemeinwohl wahr. Sie sind nicht nur das Rückgrat der Brandbekämpfung, sondern auch ein wichtiger Ort des Engagements für unsere Gesellschaft. Die personelle Situation der Freiwilligen Feuerwehren in Sachsen wird jedoch immer schlechter. Wir wollen deswegen die Feuerwehren im ländlichen Raum durch die Einrichtung gut ausgestatteter gemeindeübergreifender **Stützpunktfeuerwehren** strukturell stärken.

Brandmelder retten Leben und helfen damit auch der Feuerwehr. Bisher ist in Sachsen lediglich halbherzig eine Brandmelderpflicht für Neubauten eingeführt worden. Wir wollen nicht, dass der Schutz von Menschenleben vom Alter des Gebäudes abhängt und werden eine Nachrüstpflicht für alle Wohngebäude durchsetzen.

Eine gute **Aus- und Fortbildung** ist der Schlüssel für eine gute Arbeit der Feuerwehren. Deshalb haben wir das Ziel, die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule weiter auszubauen, damit die ehrenamtlichen Einsatzkräfte regelmäßige Weiterbildungen und attraktive Fortbildungen angeboten bekommen. Dabei muss auch dem Themenfeld Katastrophenschutz stärker Rechnung getragen werden.

Das Ehrenamt in allen Hilfsorganisationen braucht eine **bessere Anerkennung**, damit sich wieder mehr Menschen für diesen anspruchsvollen und verantwortungsvollen Dienst an unserer Gesellschaft entscheiden. Wir setzen uns für eine bessere Anerkennungskultur, nicht nur, aber auch in Form einer angemessenen Grundaufwandsentschädigung, für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz ein. Weiterhin wollen wir uns dafür stark machen, dass verstärkt auch Migrant*innen Mitglied in den Freiwilligen Feuerwehren werden.

Wer schnelle medizinische Hilfe benötigt, muss diese auch rechtzeitig bekommen. Deshalb setzen wir uns für eine **Verbesserung des Rettungsdienstes** in Sachsen ein. Viel zu häufig werden derzeit die gesetzlich festgeschriebenen Hilfsfristen von 12 Minuten nicht eingehalten. Der Kostendruck im Rettungsdienst hat sich in den letzten Jahren stark bemerkbar gemacht. Rein auf finanzielle Kriterien zugeschnittene Ausschreibungsverfahren der Landkreise gehen zu Lasten der Mitarbeiter*innen im Rettungsdienst. Nicht ohne Grund ist in den vergangenen Jahren auch im Rettungsdienst ein Fachkräftemangel zu verzeichnen. Um die angespannte Situation im Rettungsdienst zu ändern, muss nicht nur das Innenministerium seiner Aufgabe als zuständige Aufsicht gerecht werden, sondern auch das System der Rettungsdienstvergabe in Sachsen neu gedacht werden. Wir setzen uns für eine Abkehr vom gegenwärtigen Vergabemodell ein und wollen eine ernsthafte Diskussion über Alternativen anstoßen.

Wir werden den **Katastrophenschutz** finanziell stärken, die rechtlichen Grundlagen für die Bewältigung von Großschadensereignissen an die aktuellen Herausforderungen anpassen und dafür Sorge tragen, dass alle ehrenamtlichen Helfer*innen im Katastrophenschutz den anderen Hilfeinheiten in Bezug auf die Finanzierung und die Freistellung gleichgestellt werden – auch bei deren Einsätzen unterhalb der Katastrophenschwelle, die einen Großteil des Alltags ausmachen.

Die **Psychosoziale Notfallversorgung** ist ein wichtiger Teil der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr. Die vorhandenen ehrenamtlichen Strukturen in den Landkrei-

sen brauchen dringend Unterstützung. Wir werden deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Psychosoziale Notfallversorgung als Pflichtaufgabe der Landkreise Eingang in die Gesetzgebung erhält und wollen die Vernetzung zwischen der Psychosozialen Notfallversorgung und den Einheiten des Katastrophenschutzes stärker befördern.

Angriffe auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst stellen ein ernstzunehmendes Problem dar. Die Verschärfung des Strafrechts ist jedoch in unseren Augen kein geeignetes Mittel, um die Einsatzkräfte besser zu schützen. Wir setzen uns für regelmäßige Konflikt- und Deeskalations- sowie Selbstverteidigungstrainings für Einsatzkräfte ein, um deren Selbstvertrauen im Einsatz zu stärken.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- eine Nachrüstpflicht für Brandmelder in allen Wohngebäuden,
- eine angemessene monatliche Grundentschädigung für Mitglieder der Hilfs- und Rettungsorganisationen,
- Psychosoziale Notfallversorgung als Pflichtaufgabe der Landkreise.

3.3 Die bestmögliche Verwaltung für einen gut funktionierenden Freistaat

Eine leistungsstarke und am Wohle der Menschen orientierte Verwaltung ist ein Kernelement unseres demokratischen Rechtsstaates. Die Verwaltung eines Landes ist nichts Abstraktes, sie wird durch die Menschen geprägt, die ihr jeden Tag ein Gesicht geben. Gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter*innen sind ein großes Pfund für eine moderne bürger*innennahe Verwaltung.

Sachsens Verwaltung braucht ein Personalkonzept

Viel zu lange wurde in Sachsen die Mitarbeiter*innenschaft in der Verwaltung vor allem als Sparmasse für den Finanzminister gesehen. Drei Jahrzehnte CDU-Personalpolitik mit Stellenstreichungen und unterbliebenen Einstellungen haben dazu geführt, dass der Freistaat Sachsen bis 2030 nun über 38.000 neue Fachkräfte gewinnen muss. Dennoch verstreicht Jahr um Jahr, ohne dass sich die Staatsregierung planvoll dieser Herausforderung annimmt und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Sachsen in einem zunehmend umkämpften Arbeitsmarkt deutlich erhöht.

Wir wollen deshalb zusammen mit den Gewerkschaften und Personalräten einen verbindlichen und transparenten Weg entwickeln, den öffentlichen Dienst in Sachsen auf Dauer leistungsfähig und fit für die Zukunft zu machen – mit ausreichend gut motiviertem und gut bezahltem Personal. Wir brauchen dafür endlich die Entwicklung eines zukunftsweisenden laufbahn- und ressortübergreifenden Personalkonzepts für die gesamte sächsische Verwaltung mit verbindlicher mittel- und langfristiger Planung der Aufgaben und vor allem des dafür notwendigen Personals. Um zu verhindern, dass nebeneinanderher geplant wird, müssen zukünftig Konzepte zu Behördenstandorten, Personalplanung und individueller Personalentwicklung Hand in Hand gehen.

Wer als Arbeitgeber*in attraktiv sein will, muss die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine **gute Bezahlung** im öffentlichen Dienst. Dazu gehört auch eine Besoldung, die nicht nur gerade so verfassungsgemäß ist, sondern die Leistung unserer Landesbediensteten angemessen honoriert. Sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst empfinden wir als mangelnde Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiter*innen. Deshalb wollen wir dies Praxis abschaffen.

Wir bauen die Möglichkeiten aus, die eine Arbeit im öffentlichen Dienst seinen Mitarbeiter*innen bietet. Dies bedeutet für uns die gezielte Frauenförderung in Spitzenpositionen und „Männerdomänen“ mit einem zeitgemäßen **Gleichstellungsgesetz** wie auch die Schaffung des Anspruchs auf flexible Arbeitszeiten. Job-sharing und Home Office sind für uns berechtigte Ansprüche der Mitarbeiter*innen an ein zeitgemäßes, attraktives Arbeitsumfeld in der Verwaltung. Wir wollen die Rechte der Personalvertretungen stärken, um den Mitarbeiter*innen in der Verwaltung mehr Möglichkeiten der Mitgestaltung zu geben.

Eine gute Verwaltung braucht eine **bestmögliche Ausbildung**. Deswegen wollen wir die Verwaltungshochschule des Freistaats weiter stärken. Mit einer höheren Individualisierung von Ausbildung und Karriere im öffentlichen Dienst wollen wir die Verwaltung öffnen – sowohl für Quereinsteiger*innen als auch für Migrant*innen. Die Vertiefung des länderübergreifenden und EU-weiten Austauschs unmittelbar auf Behördenebene ist uns dabei ein wichtiges Anliegen. So können im öffentlichen Dienst auf breiter Basis interkulturelle Kompetenzen auch jenseits des sächsischen Tellerrandes erlernt werden.

Bessere Repräsentation von Ostdeutschen in der Landesverwaltung

Ostdeutsche sind in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert. Das betrifft nicht nur die Unternehmen in Sachsen und die sächsische Justiz, sondern auch die Landesverwaltung. Wir wollen faire Aufstiegschancen für Menschen mit ostdeutscher Sozialisation und einen höheren Anteil Ostdeutscher in den Führungspositionen der Landesverwaltung. Wir setzen uns außerdem weiter dafür ein, dass eine deutlich höhere Zahl an Bundesbehörden in Sachsen angesiedelt wird.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- ein Personalkonzept für die öffentliche Verwaltung mit verbindlicher mittel- und langfristiger Planung, damit künftig Ausbildung und Personalplanung aus einem Guss erfolgen,
- eine angemessene Besoldung der Landesbediensteten,
- die Abschaffung sachgrundloser Befristungen von Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst,
- gezielte Förderung von Frauen und zeitgemäße Arbeitsformen in der Verwaltung.

3.4 Ein weltoffenes Sachsen in Europa

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Verwirklichung der europäischen Idee – für Frieden, Freiheit und Solidarität.

Wir sehen Sachsens Aufgabe darin, in den kommenden Jahren einen Beitrag für ein stärkeres, demokratischeres und solidarischeres Europa zu leisten. Dafür werden wir auch im Sächsischen Landtag kämpfen. Sachsens geografische Lage begreifen wir als eine große Chance und wollen die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern verbessern.

Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu unseren europäischen Nachbarländern lehnen wir als Angriff auf die Werte Europas ab. Ein Hofieren rechtspopulistischer Kräfte kommt für uns nicht in Frage. Sachsens gute Kontakte nach Ostmitteleuropa dürfen nicht dazu führen, dass Grundrechtsverstöße beispielsweise in Ungarn oder Polen als scheinbare Normalität akzeptiert werden. Wir GRÜNE sehen vielmehr den zivilgesellschaftlichen Austausch als wichtigste Grundlage für eine gute Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern.

Sachsens Beitrag zu mehr Demokratie in einem geeinten Europa

Wir wollen Sachsens Einfluss nutzen, um Europa demokratischer zu gestalten. Der Freistaat Sachsen soll sich dafür einsetzen, dass Deutschland die Reformanstöße im Sinne einer Vertiefung der Europäischen Demokratie aufgreift.

Die Einsetzung eines eigenständigen Europaausschusses des Sächsischen Landtags in der laufenden Legislaturperiode war ein wichtiger Schritt und ein GRÜNER Erfolg. Der Ausschuss trägt dem Einfluss, den die europäische Gesetzgebung auf das Alltagsleben in Sachsen hat, Rechnung, weshalb wir uns für die Beibehaltung des Ausschusses stark machen. Wir setzen uns für vermehrte Dialoge des Europaausschusses mit EU-Parlament, Rat und Kommission ein. Es ist jetzt an der Zeit, den Landtag in europäischen Belangen weiter zu stärken, damit er sich bereits im Vorfeld an EU-Gesetzgebungsprozessen beteiligt, statt nur im Nachhinein über europäische Entscheidungen zu klagen.

Um die regionale Vertretung Sachsens in der EU stärker demokratisch zu legitimieren, setzen wir uns dafür ein, dass die Vertreter*innen im **Ausschuss der Regionen** durch den Landtag gewählt anstatt wie bisher durch die Staatsregierung

bestimmt werden.

Wir wollen, dass der Freistaat Sachsen sich für mehr Demokratie in der EU einsetzt – beispielsweise für ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments in der EU-Gesetzgebung und für die Senkung der Beteiligungshürden der Europäischen Bürger*inneninitiative.

Die von den Schulen sowie von Vereinen, Verbänden und freien Trägern geleitete europapolitische Bildungsarbeit wollen wir stärken. Denn durch die Vermittlung der europäischen Grundwerte vom Wissen über die institutionelle Struktur und politischen Prozesse in der europäischen Union erleichtern wir allen EU-Bürger*innen die Teilhabe an politischen Entscheidungen auf europäischer Ebene. Wir entwickeln zusammen mit den Trägern europapolitischer Bildungsarbeit ein Gesamtkonzept für die Bildungsarbeit in Sachsen.

Bei Europa- und Kommunalwahlen haben alle EU-Bürger*innen, die in Sachsen leben, die Möglichkeit, an den Wahlen teilzunehmen. Wir wollen für sie unter gleichen Bedingungen wie für deutsche Staatsangehörige ein Landtagswahlrecht einführen. Dazu soll sich Sachsen den Initiativen zur Öffnung des Grundgesetzes anschließen. Perspektivisch sollte die Unionsbürgerschaft zu einer europäischen Staatsbürgerschaft fortentwickelt werden, so dass Unionsbürger*innen in den Mitgliedstaaten, in denen sie leben, grundsätzlich die vollen bürgerlichen Rechte genießen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Stärkung des Europaausschusses im Landtag,
- die Wahl der Vertreter*innen im Ausschuss der Regionen durch den Landtag,
- die Stärkung der europapolitischen Bildungsarbeit.

Sachsen braucht gute Nachbarschaft

Mit seiner zentralen Lage und den Nachbarländern Polen und Tschechien hat Sachsen ideale Voraussetzungen für eine vertrauensvolle, grenzübergreifende Zusammenarbeit. Wir wollen das Wissen über die Nachbar*innen verbessern, die gemeinsame Geschichte kennen und verstehen lernen. Gemeinsame Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene aller drei Nachbarländer sind dabei die Basis für den Abbau von Vorurteilen: sie tragen zu einem verständnisvollen Miteinander bei, stärken die gemeinsame euroregionale Identität und helfen, die Zusammenarbeit in vielen wichtigen Bereichen zu vertiefen. Gut funktionierende Euroregionen können den Bürger*innen die Vorteile des vereinten Europa nahebringen.

Sprachbarrieren müssen aktiver abgebaut und insbesondere in den Euroregionen mehr nachbarsprachlicher Unterricht vom Kindergarten an gefördert werden. Auch die grenzüberschreitenden Bildungsangebote sollten schon in Kitas und Grundschulen beginnen: zB. die Zusammenarbeit im Bereich Kinderbetreuung, Austausch der Lehrer*innen und Erzieher*innen, Ausweitung des Unterrichtes in der Nachbarsprache, Verankerung grenzüberschreitender Fragen in die Lehrpläne, Studierenden- und Schüler*innenaustausche sowie Begegnungsprojekte. Wenn der Austausch über nationale Grenzen hinweg zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Bildungsbiografie aller EU-Bürger*innen ist, ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der europäischen und grenzüberschreitenden Gemeinschaft geschafft. Wir wollen die Anerkennung nicht nur von Universitätsabschlüssen, sondern auch von Berufsausbildungen sowie Fort- und Weiterbildungen deutlich vereinfachen. Wir unterstützen eine vertiefte Hochschulkooperation: z. B. gemeinsame Hochschulinitiativen, gemeinsame Nutzung von Einrichtungen, Zusammenarbeit in der Forschung zwischen den sächsischen, tschechischen und polnischen Hochschulen bzw. Universitäten sowie die Entstehung von kombinierten Studienfachrichtungen zweier Partneruniversitäten. Auch die Idee einer gemeinsamen Europäischen Hochschule in unserer Region ist unser Ziel.

Die von der EU bereitgestellten Fördermittel sollen insbesondere für Projekte der Zusammenarbeit von Vereinen, Hochschulen, der Berufsausbildung oder der Förderung eines grenzübergreifenden Arbeitsmarktes eingesetzt werden.

Städtepartnerschaften wollen wir ausbauen und stärken und gemeinsam nach neuen Perspektiven und Möglichkeiten des Austauschs über ähnliche Problem-

lagen, wie beispielsweise die Gestaltung des öffentlichen Raumes, nachhaltige Mobilität oder Luftreinhaltung ermöglichen. Das touristische Potenzial der Grenzregionen wollen wir besser nutzen. Möglichkeiten dafür sehen wir beispielsweise in der grenzübergreifenden Entwicklung und Vermarktung von Dienstleistungsangeboten im Bereich Tourismus. Das grenzübergreifende ÖPNV-Angebot wollen wir verbessern und beispielsweise die Gültigkeit von Elbe-Labe-Ticket und Euro-Neiße-Ticket auf zwei Tage verlängern. Wir wollen einen legislativen Rahmen schaffen, damit Projekte im schulischen Bereich, der Gesundheitsversorgung, des Hochwasserschutzes und der polizeilichen Zusammenarbeit grenzübergreifend koordiniert werden können.

Auch die Kulturgeschichte der Region wollen wir sichtbar machen. Wir setzen uns für eine Kooperation mit polnischen und tschechischen Museen ein, um durch einen Austausch von Ausstellungen oder Exponaten unsere gemeinsame mittel-europäische Geschichte erfahrbar zu machen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- Bildungsangebote für alle Altersgruppen, die das Verständnis für die Nachbarländer und unsere gemeinsame mitteleuropäische Geschichte fördern,
- die zielgenaue Verwendung der EU-Fördermittel zur Lösung von Problemen der Grenzregionen,
- den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Tourismus,
- die Verlängerung der Gültigkeit von Elbe-Labe-Ticket und Euro-Neiße-Ticket auf zwei Tage.

EU-Förderung ab 2021 nachhaltig vor Ort einsetzen

Im Jahr 2021 beginnt die neue EU-Förderperiode. Gerade in Zeiten vermehrter anti-europäischer Töne wollen wir den Fördermitteleinsatz im gesamteuropäischen Kontext sehen und fordern, dass Sachsen sich in Zukunft für einen weiteren gesamteuropäischen Unionsansatz stark macht, statt nationalstaatliche Differenzierungen zu befürworten.

Wir wollen darüber reden, wofür die Mittel ab 2021 eingesetzt werden sollen. Die Menschen vor Ort wissen am besten, wo das Geld sinnvoll eingesetzt ist. Deswegen möchten wir partizipative Entscheidungen vor Ort und einen **dezentralen Ansatz der Kohäsionspolitik** stärken, indem Bürger*innen auf lokaler Ebene dar-

über mitentscheiden, wie Mittel vergeben werden. Damit werden die Wahrnehmbarkeit der EU-Förderung erhöht und die Akzeptanz der europäischen Einigung insgesamt gestärkt. Ein partizipativer Ansatz, wie etwa beim LEADER-Programm, soll auch für andere Programme möglich werden.

Wir wollen die Vernetzung von Akteur*innen vor Ort unterstützen und Best-Practice-Austausch zwischen ihnen fördern. Bürger*innenbeteiligungsformate wollen wir besonders in grenznahen Regionen grenzübergreifend schaffen. Der bürokratische Aufwand für Antragstellende soll dabei möglichst gering gehalten werden. Die Anlaufstellen sollen auf die regionalen Bedarfe zugeschnitten sein und konkrete Hilfestellung bei der Beantragung geben. Unser Ziel ist es, die Zeit bis 2021 zu nutzen, um die laufende Förderperiode gemeinsam mit den Fördermittelempfänger*innen zu evaluieren, insbesondere hinsichtlich einer möglichst zügigen Umsetzung der Förderprogramme und einer schnellen Mittelausreichung.

Die Eindämmung des Klimawandels und die Einstellung auf seine Folgen müssen auch in Sachsen ein Schwerpunktinvestitionsfeld von EU-Fördergeldern werden. Ziel muss es sein, das Ende der Förderung fossiler Energieträger einzuleiten und die Lausitz als europäische Modellregion für einen gelingenden Strukturwandel zu unterstützen. Gerade in der Grenzregion kann zudem die Förderung nachhaltiger CO₂-armer Mobilität einen großen Effekt erzielen. Nicht zuletzt muss aber gerade in der aktuellen Situation auch der Förderung des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt eine große Bedeutung zukommen.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Möglichkeit, vor Ort über die Verwendung von EU-Fördermitteln mitzuzentscheiden,
- den Klimaschutz als Kriterium für die Verwendung von Fördermitteln.

Ein weltoffenes Sachsen übernimmt globale Verantwortung

Das andere Sachsen, für das wir streiten, ist ein Sachsen der Weltoffenheit. Als solches wollen wir auch global Verantwortung übernehmen. Weltweiten Herausforderungen, wie dem Klimawandel, der Flucht und Migration oder Nachhaltigkeit in unserem Konsum und unserer Lebensweise stellen wir uns. Darum verstehen wir Entwicklungspolitik nicht als isoliertes Politikfeld oder Nischenthema, sondern als existenzielle Querschnittsaufgabe, die sich schlüssig durch sämtliche Politikfelder und durch alle Institutionen im Freistaat ziehen muss.

Wir sehen uns in Sachsen den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen verpflichtet. **Internationale Partnerschaften** aus Zivilgesellschaft, Wissenschaften, Religionsgemeinschaften, Kommunen, Verwaltungen, Schulen und anderen Akteuren wollen wir unterstützen. In dieser Zusammenarbeit können wir viel voneinander lernen, um gemeinsam globalen Herausforderungen zu begegnen. Entwicklungspolitisch engagierte Menschen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke sollen besser unterstützt werden. Wir GRÜNE wollen die **Arbeit des Entwicklungspolitischen Netzwerks Sachsen fördern** und einen ständigen entwicklungspolitischen runden Tisch etablieren. Eine-Welt-Promotor*innen wollen wir fördern und die Vergabe eines jährlichen Eine-Welt-Preises in Sachsen einrichten.

Der Freistaat ist verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen seines Handelns und steht deswegen bei seinen eigenen Ausgaben entwicklungspolitisch in der Pflicht. Sächsische Steuergelder dürfen nur für Waren und Dienstleistungen verwendet werden, die unter menschenwürdigen und ökologisch sowie sozial verträglichen Bedingungen entstehen. Dafür wollen wir das **Vergabegesetz** reformieren, um verbindlich sicherzustellen, dass klar formulierte ökologische, ökonomische, soziale und ethische Standards bei Produktion und Handel beachtet werden. Investitionen in Rüstungsgeschäfte, Atom- oder Kohleindustrie kommen für uns nicht in Frage.

Wer GRÜN wählt, stimmt für

- die Unterstützung internationaler Partnerschaften zwischen Regionen, Städten, Dörfern, Universitäten oder Schulen,
- einen ständigen entwicklungspolitischen runden Tisch und die Unterstützung entwicklungspolitischer Organisationen,
- die Aufnahme ökologisch und sozial nachhaltiger sowie ethisch-menschenrechtlicher Standards bei Handel und Produktion als Kriterien in das sächsische Vergabegesetz.

STICHWORTREGISTER**A**

- Abfall** 27
Abgeordnete 134
Arbeit 28, 37, 39, 62-73, 77, 84, 87, 90, 91, 102, 121, 122, 129, 130, 134, 135, 141, 144, 150, 153, 159
Arbeitslosigkeit 68, 88
Armut 87, 88
Arterhaltung 17
Asyl 66, 82
Aue 25
Ausbildung 14, 37, 38, 56, 57, 70, 82, 92, 95, 103-105, 108, 144, 145, 153
Auszubildende 56, 94
Autobahn 60, 61

B

- Bahn** 54-58, 81
Bahnhof 57
Barrierefreiheit 58
Baumschutz 20
Bergbau 45, 46
Bergrecht 45, 46
Beteiligung 13, 42, 43, 81, 119, 121, 127, 128
Bibliotheken 121
Bildung 13, 65, 71, 84, 85, 101-109, 117, 118, 122, 129, 130, 144, 146
Biodiversität 15, 31
Biosphärenreservat 16
Biotop 17
Biotopverbundnetz 17
Braunkohle 23, 39, 45, 46, 47
Bund 44-46, 69, 87, 98, 136
Bürger*innenenergie 43, 44
Bürokratieabbau 92

D

Datenschutz 13, 69, 105, 138-140
DDR-Vergangenheit 122
Demokratie 11, 13, 41, 106, 117, 127, 130, 134, 143, 144, 154, 155
Demokratieförderung 146
Denkmalschutz 57, 122, 123
Digitalisierung 13, 50, 57, 60, 62, 72, 73, 88, 95, 104, 106, 110, 114, 115, 121, 128, 132, 133
Divestment 47-49
Drogenpolitik 92

E

E-Government 68, 132, 133
Ehrenamtliches Engagement 76
Einwanderung 83
Elbe 16, 23-25, 157
Energieeffizienz 52, 67, 115
Energieverbrauch 51, 73
Energiewende 39, 40, 43-50, 62, 65, 66, 72, 114
Entwicklung 16, 19, 21, 27, 28, 44, 46, 50, 57, 64-68, 80, 96, 98, 101, 106, 110, 115, 117, 119, 122, 149, 152, 157, 159
Ernährung 32
EU 24, 25, 30, 47, 48, 63, 69, 126, 153-158
Europa 11, 65, 126, 130, 154-160
Existenzgründung 67, 68, 78

F

Fair 69
Familie 67, 71, 75, 77, 88, 101, 144
Familienbetrieb 30
Finanzausgleich 126, 136, 137
Flächenfraß 18, 20, 30, 32
Flächenverbrauch 18, 20
Fließgewässer 33
Flughafen 26
Förderprogramme 43, 63, 66, 158

Forschung 38, 44, 65, 110, 113-116, 156
Forstwirtschaft 21, 22, 28
Frauen 13, 58, 68, 74, 77-79, 112, 123, 144, 153
Frauenhäuser 79
Freie Szene 119, 120
Freiwillige Feuerwehr 149
Freiwilligendienstleistende 56
Fuß 12, 58, 59, 60

G

Ganztagsschulen 102
Geburtshelfer 91
Gedenkstätten 122, 123
Gemeinschaftsschule 101
Gender Budgeting 77, 79
Gentechnik 33
Gerechtigkeit 11, 13, 43, 125
Gesundheitsförderung 71
Gesundheitsversorgung 13, 82, 87, 89, 157
Gleichstellungsgesetz 77, 153
Glyphosat 32
Großschutzgebietsverwaltung 16
Gründer*innen 66-68
Grundschule 102
Grünfläche 20

H

Handwerk 63, 66, 67, 119
Haushalt 135
Hebammen 91
Hochmoor 25
Hochschulautonomie 111
Hochschulen 17, 78, 82, 103, 110-116, 156
Hochwasserschutz 21, 24, 25, 31

I

Immissionsschutzrecht 47
Informationsfreiheitsgesetz 36
Inklusion 80, 82, 85, 105
Innenstädte 19
Innovation 72, 73, 88, 89, 114
Integration 70, 72, 82, 84, 85, 98, 115, 137, 149
Internet 4, 72, 73, 132, 141, 174
IT-Sicherheit 133, 139

J

Jagd 37
Juniorprofessuren 113, 114
Justiz 79, 147-149, 153
Justizvollzugsanstalten 93, 147, 148

K

Katastrophenschutz 150
Kinder 15, 17, 38, 39, 41, 54, 75, 77, 79, 80, 84, 87, 90, 95-97, 101, 103, 104, 117, 130, 156
Kindeswohl 75
Kitas 54, 79, 80, 84, 95, 96, 101, 103-108, 130, 156
Klima 12, 20, 29, 31, 39
Klimaschutz 18, 39-55, 66, 158
Klimaschutzgesetz 53
Klimaschutzplan 53
Kohleausstieg 40, 46, 47, 48, 49, 65
kommunales Finanzausgleich 136, 137
Kommunen 18, 19, 26, 27, 42-44, 48, 49, 51, 54, 57, 58, 60, 64, 69, 73, 75, 77, 81, 82, 84, 87, 88, 93, 97-100, 107, 126, 129, 131, 136, 137, 139, 142, 159
Korruption 49, 131
Krankenhäuser 83, 91
Kreativwirtschaft 63, 119
Kriminalpräventiven Räte 141
Kultur 11, 63, 65, 76, 85, 86, 117-119, 127, 128
Kulturelle Bildung 117

Kulturraum 120

L

Landbau 29
Landesförderprogramm „Grüne Kommunen“ 48
Landestierschutzbeauftragte*n 36, 38
Landwirtschaft 16-18, 23-25, 28-40, 48, 53
Lärm 12, 20, 25, 54, 58-60
lebenslanges Lernen 71
Lebensmittel 12, 29, 33, 35, 90, 95
Lehrer*innen 17, 38, 84, 85, 105, 118, 156
Luft 12, 15, 25, 48, 90

M

MDR 123, 124
Medien 85, 105, 106, 123, 124
Menschen mit Behinderung 58, 70, 72, 80-82, 87
Migration 66, 84, 85, 159
Minderheiten 14, 85, 86, 138
Mindestlohn 71
Mobilität 39, 51, 54-59, 87, 97, 115, 157, 158
Mobilitätsgarantie 55
Müll 27, 35

N

Nachhaltigkeitsstrategie 64
Nachhaltigkeitsziele 63, 65
Nahmobilität 59
Naturschutz 15-17, 22, 29, 35, 41, 43, 137
Naturschutzstationen 16, 17
Netzausbau 43, 49, 50

O

öffentlich-rechtlichen Rundfunk 123
Ökolandwirtschaft 29, 30, 31

Ökologie 17, 34, 36, 50, 51, 62-73

Ökonomie 62-73

ÖPNV 25, 55, 56, 88, 157

P

Parlamentsinformationsgesetz 134, 135

Pestizide 32, 34

Pflege 13, 24, 74, 76, 87, 92, 94, 107, 108

Polizei 14, 55, 79, 83, 93, 125, 137-141, 144-147, 151

Privatisierung 137

Promovierende 113

Prostituiertenschutzgesetz 80

Psychosoziale Notfallversorgung 150, 151

R

Rad 25, 54, 58, 59

Radverkehr 54, 59, 60

Rechtsextremismus 146, 147, 149

Rekommunalisierung 44

Renaturierungsprogramm 23-25

Rettungsdienst 150, 151

S

Schiene 60

Schlachtung 35

Schulden 51, 80, 135, 136

Schulen 17, 54, 55, 72, 79, 80, 82, 84, 92, 95, 96, 101-108, 117, 118, 122, 123, 130, 155, 159, 160

Schulen in freier Trägerschaft 103, 106, 108

Schüler*in 17, 166

Schutzgebiet 17

sexistische Werbung 78

Sinti und Roma 86

Sorben 86

soziale Arbeit 77, 87

Sport 65, 81, 96, 97

Spree 23

Staat 125-127, 130, 131, 140

Stadtentwicklung 142

Steuern 64

Straßenbau 21

Straßenbäume 21

Strom 40, 50, 51

Studiengebührenfreiheit 111, 112

Studierende 108, 110, 111

Sucht- und Drogenprävention 93

T

Technologie 49, 72

Tierhaltung 29, 33, 34

Tierheim 37

Tierschutz 28-38, 69

Tiertransporte 36

Tourismus 16, 66, 117, 157

Transparenz 36, 41, 43, 48-51, 69, 120, 124-128, 130, 131, 134-136, 145, 147

U

Überwachung 137, 140

Umwelt 15, 24, 27-29, 32, 36, 41, 43, 45, 47, 60, 63-65, 69, 70, 131

Umweltbildung 17

Umweltschutz 15, 27, 69

Unternehmen 16, 27, 44, 45, 48, 60, 61, 63-73, 78, 79, 90, 95, 99, 135, 137, 139, 153

V

Verbandsklagerecht 36, 38, 86, 122, 123

Verbraucherschutz 69, 90

Verfassungsschutz 131, 143, 146, 147

Verkehr 25, 40, 53, 54, 57, 58, 64, 96

Versammlungsfreiheit 142

Verwaltung 79, 81, 85, 127, 130, 132-134, 152, 153

Videoüberwachung 137, 138, 141, 142

Vielfalt 15, 20, 22, 24, 30, 32, 74-76, 79, 80, 82, 84, 94, 101, 107, 117-120, 123, 158

Volksbegehren 127, 129
Volksentscheid 127
Volkshochschule 102

W

Wahlalter 75, 129
Wahlrecht 81, 84, 134, 135
Wald 17, 22
Waldumbau 22
Wanderwege 21
Wasser 12, 15, 18, 22-24
Weidetierhaltung 35, 36
Weiterbildung 52, 66, 76, 79, 85, 93, 103, 104, 106, 108, 109, 116, 122, 148
Wertschöpfungsketten 29, 64, 65
Whistleblower*innen 131, 132
Wildtierstation 37
Willkommenszentren 83
Windenergie 42, 43
Wirtschaft 43, 44, 47, 53, 60, 62, 66, 67, 69, 77, 114, 117
Wirtschaftsförderung 63, 65
Wissenschaft 39, 44, 68, 89, 110-116, 123
Wohnen 76, 82, 87, 98
Wolf 37

Z

Zirkus 38

NOTIZEN